

Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein im Rahmen der Behördenbeteiligung

Inhaltsverzeichnis

Zu 1: Einleitung.....	6
Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 12 und 26	6
Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 14 und 24	6
Zu 2.1: Klimaschutz.....	7
2.1-1 Grundsatz – Klimaschutzrelevante Böden	7
Zu 2.2: Klimafolgenanpassung.....	7
2.2-1 Ziel – Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher und hoher Priorität.....	7
2.2-3 Grundsatz – Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion.....	8
2.2-4 Grundsatz – Böden mit besonderer Kühlungsfunktion.....	10
2.2-5 Grundsatz – Bodenschutz zum Vorbeugen von Schäden durch Starkregen.....	10
Zu 2.3: Regionale Grünzüge.....	10
2.3-1 Ziel – Regionale Grünzüge.....	10
Zu 3.1: Kulturlandschaftsentwicklung	19
3.1-2 Grundsatz – Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche	19
3.1-3 Grundsatz – Kulturhistorische Kleinstrukturen	19
Zu 3.2: Freizeit, Erholung, Tourismus	19
3.2-2 Grundsatz – Sicherung und Schutz des Orts- und Landschaftsbildes	19
Zu 4.1: Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	21
4.1-1 Grundsatz – Dezentrale Entwicklung	21
4.1-2 Grundsatz – Daseinsvorsorge sichern	21
4.1-5 Ziel – Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung.....	22
4.1-6 Grundsatz – Siedlungsräumliche Gliederung durch Grünflächen	24
Zu 4.2 Allgemeine Siedlungsbereiche.....	25
4.2-1 Ziel – Nutzung der Allgemeinen Siedlungsbereiche.....	25
4.2-2 Grundsatz – zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche	26
4.2-3 Ziel – Allgemeine Siedlungsbereiche mit Zweckbindung	27
Zu 4.3: Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).....	27
4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	27
4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	27
4.3-3 Grundsatz – Zukunftsweisende Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	29

Zu den Zeichnerische Darstellung – Abgrenzung von ASB und GIB	30
4.4-2 Grundsatz – Standorte von Einkaufszentren.....	39
Zu 5.1: Festlegungen für den gesamten Freiraum	39
5.1-3 Grundsatz – Leitbilder der Landschaftsentwicklung	39
5.1-4 Grundsatz – Orts- und Landschaftsbild bestimmende Strukturen	40
5.1-5 Grundsatz – Siedlungs- und freiraumübergreifende Biotopvernetzung.....	40
Zu 5.2: Wald und Forstwirtschaft	41
5.2-1 Grundsatz – Erhalt großflächiger, unzerschnittener Waldbereiche und überregionaler Wildtierkorridore.....	41
5.2-6 Ziel – Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen	42
5.2-7 Grundsatz – Erhalt und Pflege kulturhistorischer Waldnutzungsformen und Objekte	43
Zu 5.3: Offenland und Landwirtschaft.....	43
5.3-1 Grundsatz – Sicherung von Offenland	43
Zu 5.4: Natur und Landschaft	44
5.4-1 Ziel – Bereiche für den Schutz der Natur	44
5.4-2 Ziel – Umsetzung der Bereiche für den Schutz der Natur.....	44
5.4-6 Grundsatz – Biotopvernetzung innerhalb der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung.....	52
Zu 5.5: Wasser und Wasserwirtschaft.....	53
5.5-1 Ziel – Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz.....	53
5.5-3 Ziel – Überschwemmungsbereiche	56
Zu 6.1: Verkehr	60
6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem	60
Zu 6.2: Straßennetz	60
6.2-2 Ziel – Zukünftige Straßenbaumaßnahmen.....	60
Zu 6.3: Verkehr	61
6.3-1 Grundsatz – Güterverkehr auf den Schienenstrecken	61
Zu 6.4: Schienenpersonennahverkehr und straßengebundener ÖPNV	61
6.4-6 Grundsatz – Alternative Bedienungsformen des ÖPNV.....	61
Zu 6.5: Radverkehr	62
6.5-1 Grundsatz – Regionales Radwegenetz	62
6.5-3 Grundsatz – Straßenbegleitende Radwege.....	63
Zu 6.7: Abwasserentsorgung	64
6.7-1 Ziel – Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen	64
Zu 8.1: Windenergie	64
8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche	64
Zusätzliche Anregung: Regiopole Siegen.....	67

A Vorbemerkungen und allgemeine Anregungen und Bedenken

Mit Schreiben vom 27.01.2021 wurde u.a. die Stadt Siegen als Verfahrensbeteiligte über den Sachstand zur Regionalplanaufstellung informiert und zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 30.06.2021 aufgefordert.

In dieses Verfahren zur Neuaufstellung ist die Stadt Siegen bereits seit geraumer Zeit in verschiedenen Formen eingebunden worden: Im Januar 2018 wurden die Kommunen aufgefordert, bis Ende April, also innerhalb von 3 Monaten, umfangreiche Daten zu erfassen, digital verarbeitungsfähig (Shape- und Excel-Dateien) bereitzustellen und Beurteilungen z. B. hinsichtlich der Qualität von gewerblichen Reserveflächen auf Basis von Eigentüternachweisen vorzunehmen. Auf der anderen Seite wurden der Stadt Siegen im laufenden förmlichen Beteiligungsprozess keine GIS-analysefähigen Daten zur Verfügung gestellt. Die Stadt Siegen musste zum Abgleich der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs mit den kommunalen Entwicklungsvorstellungen die vorgenommenen Abgrenzungen des Regionalplanentwurfs „nachzeichnen“ bzw. Planausschnitte visuell vergleichen, um eine gesicherte Stellungnahme erarbeiten zu können. Dies hat den Arbeitsaufwand zum Verfassen der Stellungnahme bezüglich der zeichnerischen Darstellung unnötigerweise deutlich erhöht.

Hinzu kommen die textlichen Festlegungen: Der Regionalplanentwurf umfasst allein insg. ca. 550 Seiten textliche Festlegungen, Begründung und Erläuterungskartenwerk. Die Lesbarkeit wird beträchtlich dadurch erschwert, dass mehrere Dokumente parallel zu sichten sind und häufig nicht nachvollziehbar ist, warum Textteile den textlichen Erläuterungen bzw. der Begründung, warum den Haupttexten und warum Anhängen zugeordnet sind. Hinzu kommt ein knapp 4.500 Seiten starker Umweltbericht, in dem die betreffenden Textteile zu recherchieren waren, die die Stadt Siegen betreffen. Außerdem wird in den textlichen Festlegungen häufig auf Inhalte von Fachbeiträgen verwiesen, ohne die Inhalte zu zitieren bzw. in den Regionalplanentwurf zu übernehmen, wenn sie für die textlichen Festlegungen maßgeblich sind. Eine mindestens teilweise Lektüre der Fachbeiträge war daher ebenfalls erforderlich, um das gesamte Planwerk zu überblicken.

Der Regionalplanentwurf enthält außerdem an zahlreichen Stellen dynamische Verweisungen. Er verweist beispielsweise auf Webseiten bzw. Online-Fachinformationssysteme bzw. kartographische Inhalte in einem Web-GIS. Solche Informationen können im Gegensatz zum rechtskräftigen Regionalplan beliebig geändert und fortgeschrieben werden. So könnte es beispielsweise dazu kommen, dass eine Flächenkategorie massiv ausgeweitet wird und damit eine textliche Festlegung räumlich eine viel größere Tragweite erhält als bisher. Der Regionalplan ist ein Planwerk, das auf Basis von gesetzlichen Grundlagen in einem demokratischen Prozess aufgestellt wird. Für Änderungen des Regionalplans sind ebenfalls demokratisch legitimierte Verfahren auf Basis der einschlägigen Rechtsgrundlagen erforderlich. Dieses Prinzip wird mit der Möglichkeit unterlaufen, den räumlichen Anwendungsbereich von Festlegungen des Regionalplans durch bloße Änderungen einer WebGIS-Anwendung herbeizuführen. Daher sind dynamische Verweisungen im Regionalplan aus Sicht der Stadt Siegen nicht geeignet, um als Grundlage für eine Festlegung im Regionalplanentwurf zu dienen. Flächenkategorien, auf die in den textlichen Festlegungen Bezug genommen wird, müssen auch innerhalb des Regionalplanentwurfs zeichnerisch dargestellt und erläutert sein. Auch in der kommunalen Bauleitplanung sind dynamische Verweisungen im Übrigen unzulässig.

Der Regionalplanentwurf enthält des Weiteren viele Festlegungen, die nicht seiner Maßstabsebene entsprechen. Es wird Bezug genommen auf kleinteilige Strukturen wie Einzelbäume, historische Ofenreste oder punktuelle öffentliche Trinkwasserentnahmestellen. Auf der Maßstabsebene der zeichnerischen Darstellung (M 1:50.000) werden üblicherweise raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha dargestellt. Wenn einzelne Planungen dennoch raumbedeutsam bzw. von regionaler Bedeutung sind, beispielsweise Haltepunkte im Schienenpersonennahverkehr, können sie als Symbol-Planzeichen dargestellt werden. Die Darstellung von „Kleinststrukturen“, so bezeich-

net im Grundsatz 3.1-3 im Regionalplan, wird seitens der Stadt Siegen als weder notwendig noch zielführend erachtet. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sieht § 1 Abs. 6 BauGB einen umfangreichen Katalog von Belangen vor, die in die bauleitplanerische Abwägung einzustellen sind. „Kleinststrukturen“ sind also im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans sowie der Bebauungspläne stets zu beachten. Die gesetzliche Grundlage dafür besteht bereits mit dem Baugesetzbuch – inhaltsgleiche Regelungen im Regionalplan erhöhen den Begründungsaufwand bei der Aufstellung von Bauleitplänen und bürokratisieren die ohnehin bereits komplexen Verfahren zusätzlich.

Die Stadt Siegen fordert daher allgemein, das Planwerk insgesamt schlanker zu gestalten, auf dynamische Verweisungen zu verzichten und auf die wesentlichen textlichen und zeichnerischen Festlegungen zu reduzieren. Dies gilt insbesondere bezüglich Regelungen zu kleinteiligen oder „Kleinst“-Strukturen sowie im Hinblick auf diverse Eingriffe in die kommunale Planungshoheit durch sehr restriktive, aber aus Sicht der Stadt Siegen nicht notwendige Festlegungen.

Pro Kommune haben zwei Werkstattgespräche stattgefunden. In dem Ersteren hatten die Kommunen die Möglichkeit, ihre Zukunftsvision bis 2040 darzustellen und zu erläutern. Seitens der Stadt Siegen wurde ein erheblicher Aufwand betrieben, die städtische Zielrichtung aufzuzeigen und welche Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sein müssen, damit sie ihre Rolle als Oberzentrum im ländlichen Raum wahrnehmen kann. Es konnte auch deutlich gemacht werden, dass die Stadt Siegen im Rahmen ihrer Planungshoheit in den letzten Jahren ausschließlich Baugebiete (Wohnen und Gewerbe) entwickelt hat, die sich an dem entsprechenden Bedarf orientieren. Dies ist dadurch belegbar, dass die Gebiete jeweils nach kürzester Zeit fast komplett bebaut waren. Als Beispiel sind die letzten Baugebiete Am Zäunchen und Ober dem Feldgarten zu nennen. Gleiches gilt für die Neuausweisung von Gewerbegebieten. Erst lange, nachdem alle Grundstücke in den B-Plangebieten Leimbachtal und Martinshardt I vermarktet wurden, wird mit der Erschließung des Erweiterungsbereichs Martinshardt II zu rechnen sein. Hierfür liegen bereits einige konkrete Interessensbekundungen vor und die Stadt Siegen plant derzeit die Umsetzung eines zukunftsfähigen, klimaeffizienten, nachhaltigen, innovativen Gewerbegebietes auf einer als GIB im Regionalplan ausgewiesenen Fläche.

Damit zeigt die Stadt Siegen, wie viele andere Kommunen in Südwestfalen auch, dass sie einen verantwortungsvollen Umgang hinsichtlich der Entwicklung von Siedlungsflächen im Außenbereich bereits seit langer Zeit praktiziert und Eingriffe in die kommunale Planungshoheit, wie sie im vorliegenden Regionalplanentwurf durch die restriktive Siedlungsflächenbedarfsberechnung und -ausweisung getroffen werden, nicht erforderlich sind.

Beispiele für diese gravierenden Eingriffe in die kommunale Planungshoheit sind die geplanten Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten der GIB sowie das Heranrücken der BSN und Regionalen Grünzüge an die Siedlungsbereiche auf Siegener Stadtgebiet, aber auch die nicht an den tatsächlichen Gegebenheiten der Stadt Siegen orientierte Siedlungsflächenbedarfsprognose sowie die Ausweisung von Vorranggebieten ohne Eignungswirkung für die Windkraft. Nähere Ausführungen hierzu sind dem Teil B der Stellungnahme zu entnehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele dieser Themen im Zuge der Werkstattgespräche von Seiten der Bezirksregierung der Stadt Siegen nicht oder nur unzureichend kommuniziert wurden und somit eine Auseinandersetzung im Sinne des Gegenstromprinzips mit den Themen erst jetzt erfolgen kann, nachdem sie Eingang in das umfassende Planwerk gefunden haben.

Flächen, die im Regionalplanentwurf als Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) oder Bereiche für Gewerbliche und Industrielle Nutzung (GIB) oder als andere Siedlungsflächenkategorie ausgewiesen werden, sind mit Restriktionen behaftet, die durch weitere Ziele oder Grundsätze offenbar weiter eingeschränkt werden. Beispielsweise durch Pufferflächen, die beim Angrenzen an BSN innerhalb und damit zu Lasten der ASB und GIB freizuhalten sind, durch überlagernde Festlegung von Überschwemmungsgebieten auf Basis veralteter Daten (preußische Überschwemmungslinien) oder durch die Festlegung, dass Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion nicht beeinträchtigt werden sollen. Im Ergebnis sollen

als Siedlungsflächen ausgewiesene Flächen offenbar nicht in dem Umfang nutzbar sein wie zeichnerisch dargestellt – die Flächenausweisungen sind somit als nicht endabgewogen zu bewerten.

Die Stadt Siegen fordert, insbesondere im Hinblick auf die zeichnerisch dargestellten ASB und GIB sowie weitere Siedlungsflächenkategorien, nur solche Flächen auszuweisen, die endabgewogen sind. Flächen, die auf Grund anderer Ziele und Grundsätze als Siedlungsfläche nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzbar sind, dürfen nicht zeichnerisch dargestellt werden. Durch das Nebeneinanderstellen widersprüchlicher textlicher und zeichnerischer Festlegungen ist der Regionalplan nicht endabgewogen. Der „Flächenetikettenschwindel“ geht zu Lasten der Stadt Siegen, da der berechnete und zeichnerisch dargestellte Siedlungsflächenbedarf nicht der tatsächlich nutzbaren Potenzialfläche für die Bauleitplanung entspricht.

Es stellt sich zudem die Frage, warum das in dem durch die Bezirksregierung Arnsberg selbst koordinierte Gespräch am 19.09.2019 durch Rechtsanwalt Tyczewski vorgestellte Instrument des Raumordnungsvertrags gem. § 14 ROG keine Anwendung gefunden hat, um den Zielen der Regionalplanung und kommunalen Planung konsensual zur Umsetzung zu verhelfen.

Herrn Tyczewskis Ausführungen¹ zufolge bietet der Raumordnungsvertrag „die Möglichkeiten der Vorbereitung sowie Verwirklichung der Regionalplanung und kann insofern ergänzend zum Regionalplan die Raumentwicklung steuern. Zugleich kann er eine raumordnerische Zusammenarbeit von Regionalplanung und Kommunen auf Augenhöhe bewirken, da sich die Akteure auf bestimmte raumordnungsrechtliche Aspekte einigen und so jeweils eigene Vorstellungen einbringen können.“

Das hier vorliegende Planwerk wurde in wichtigen Punkten nicht annähernd konsensual mit der Stadt Siegen erarbeitet, sondern trotz der vorgenannten Beteiligungsrunden bis zum Erarbeitungsbeschluss unter Verschluss gehalten. Aus Sicht der Stadt Siegen ist das Gegenstromprinzip verletzt: die Rückkopplung des Planentwurfs mit der Bezirksregierung Arnsberg im Zuge der Entwurfserarbeitung hat nicht stattgefunden. Die Stadt Siegen ist erst mit dem fertiggestellten Planwerk im Sinne einer Top-Down-Planung konfrontiert worden. Die Zusammenarbeit der Bezirksplanungsbehörde und der Stadt Siegen auf Augenhöhe wurde nicht gesucht, das Instrument der Raumordnungsverträge wurde ungenutzt gelassen bzw. es wurde seitens des Plangebers in einer digitalen Informationsveranstaltung für den Kreis Siegen-Wittgenstein am 12.04.2021 lediglich darauf verwiesen, dass raumordnerische Verträge im Nachgang zur Regionalplanaufstellung zu schließen seien. Die Stadt Siegen vertritt hier in Übereinstimmung mit den Ausführungen von Rechtsanwalt Tyczewski eine andere Auffassung – raumordnerische Verträge als ein kooperatives Instrument der Regionalplanung sollten Teil des Regionalplanaufstellungsverfahrens sein (vergl. Städtebaulicher Vertrag auf Bebauungsplanebene) .

Die gesamte Vorgehensweise zur Planaufstellung entspricht aus Sicht der Stadt Siegen nicht dem Gegenstromprinzip und führt nicht zu einer konstruktiven Zusammenarbeit im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung – die Stadt Siegen fordert daher, zumindest die weitere Aufstellung des Regionalplans transparent und in Kooperation und enger Abstimmung zwischen Kommune und Bezirksplanungsbehörde vorzunehmen.

¹ Tyczewski, BauR 2021, 152 - Einleitung

B Anregungen und Bedenken zu den Zeichnerischen und Textlichen Festlegungen sowie zu den weiteren Bestandteilen des Regionalplanentwurfs

Der Aufbau dieses Teils der Stellungnahme orientiert sich am Aufbau der textlichen Festlegungen des Regionalplanentwurfs. Wo notwendig, wird im Zuge der einzelnen Anregungen und Bedenken auf die übrigen Unterlagen des Regionalplanentwurfs (Zeichnerische Darstellung, Erläuterungskarten als Teil der textlichen Festlegungen, Umweltbericht und Fachbeiträge) Bezug genommen.

Zu 1: Einleitung

Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 12 und 26

[...] Die im rechtswirksamen Regionalplan und den Flächennutzungsplänen der Kommunen gesicherten Flächen für die Wohnbaulandentwicklung werden vielerorts nicht mehr in diesem Maße benötigt.[...]

Die Entwicklung der ASB ist nachhaltig und der demographischen Entwicklung entsprechend angemessen zu gestalten. Die Bevölkerungszahl wird in weiten Teilen des Planungsraums bis zum Jahr 2040 deutlich abnehmen. Die derzeit im Regionalplan und auch in den Flächennutzungsplänen gesicherten Flächen für die Wohnraumentwicklung werden daher vielerorts nicht mehr in diesem Maße benötigt und sind im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung zurückzuführen und nicht weiter planerisch als ASB bzw. als Wohnbaufläche zu sichern.

Bewertung / Kritik bzw. Anregung / Forderung

Diese Aussage kann so pauschal aus Sicht der Stadt Siegen nicht getroffen werden. Da die Restriktionen bei der Entwicklung von Wohnbauland und gewerblichen bzw. industriellen Bauflächen immer stärker zunehmen, muss den Kommunen eine gewisse Flexibilität, auch in Form einer Auswahl zwischen mehreren Flächen, die für eine Entwicklung geeignet sind, eingeräumt werden. Zu dem Ergebnis kommt auch die Veröffentlichung des difu². Darauf gestützt regt die Stadt Siegen an, dies als Hinweis in der Einleitung an beiden Stellen zu ergänzen. Das Vorhandensein der Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet nämlich nicht automatisch, dass diese Flächen einer Nutzung zugeführt werden. Dies wird dadurch deutlich, dass, wie oben schon erläutert, die Stadt Siegen in der Vergangenheit sehr flächensparend und passgenau neue Baugebiete eher unter dem Bedarf entwickelt hat.

Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 14 und 24

[...] Der Regionalplan unterstützt die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft im Planungsraum, indem er neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung festlegt. [...]

[...] Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass die festgelegten GIB auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung effizient und nachhaltig umgesetzt werden. Das bedeutet, dass mit Hilfe der Instrumente des Baugesetzbuches zum einen nicht GIB-konforme Nutzungen ausgeschlossen werden [...].

Bewertung / Kritik bzw. Anregung / Forderung

Mit den im Regionalplanentwurf getroffenen Festlegungen wird die kommunale Planungshoheit bezüglich der Entwicklung von Bereichen für Gewerbliche und Industrielle Nutzung (GIB) deutlich eingeschränkt, da in dieser Gebietskategorie künftig nur noch Betriebe zulässig sein sollen, die nicht wohnverträglich sind. In der kommunalen Bauleitplanung wird eine Entwicklung der GIB nach dem Willen der Bezirksplanungsbehörde nur noch hin zur Festsetzung GI (Industriegebiet) gemäß BauNVO möglich sein. Die Stadt Siegen bietet in ihren Gewerbe- und Industriegebieten jedoch auch solchen Betrieben Ansiedlungsmöglichkeiten, die nicht stark emittieren, für die jedoch andernorts im Stadtgebiet, beispielsweise

² Aktive Bodenpolitik | Fundament der Stadtentwicklung | Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis, Januar 2021

auf Grund verkehrlicher Auswirkungen oder benötigter Flächenzuschnitte, keine Flächen verfügbar sind. Für eine zukunftsgerichtete Gewerbe- und Industriegebietsentwicklung der Stadt Siegen ist es daher essentiell, dass die Flexibilität der bauleitplanerischen Ausgestaltung im Hinblick auf die GIB bestehen bleibt und nicht durch den Regionalplan beschnitten wird. Mehr dazu unter dem Ziel 4.3-1.

Zu 2.1: Klimaschutz

2.1-1 Grundsatz – Klimaschutzrelevante Böden

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen Böden mit Funktion als Kohlenstoffsinken oder Kohlenstoffspeicher gesichert werden. Bei Planungen und Maßnahmen der Landschaftsentwicklung sollen klimaschutzrelevante Böden gesichert oder wiederhergestellt werden.

Bewertung / Kritik

Die in diesem Grundsatz angesprochenen schutzwürdigen Böden sind im Regionalplanentwurf nicht dargestellt. Es wird auf den Fachbeitrag des GD NRW bzw. auf dessen Kartenwerk verwiesen und darauf, dass die Bereiche, die gemäß dem Grundsatz zu schützen sind, durch aufstehende Vegetation sowie mittels historischer Datenquellen zu identifizieren seien. Der Fachbeitrag des GD NRW ist auf der Seite der Bezirksregierung im Gegensatz zu anderen Fachbeiträgen nicht herunterzuladen oder einzusehen.

Anregung / Forderung

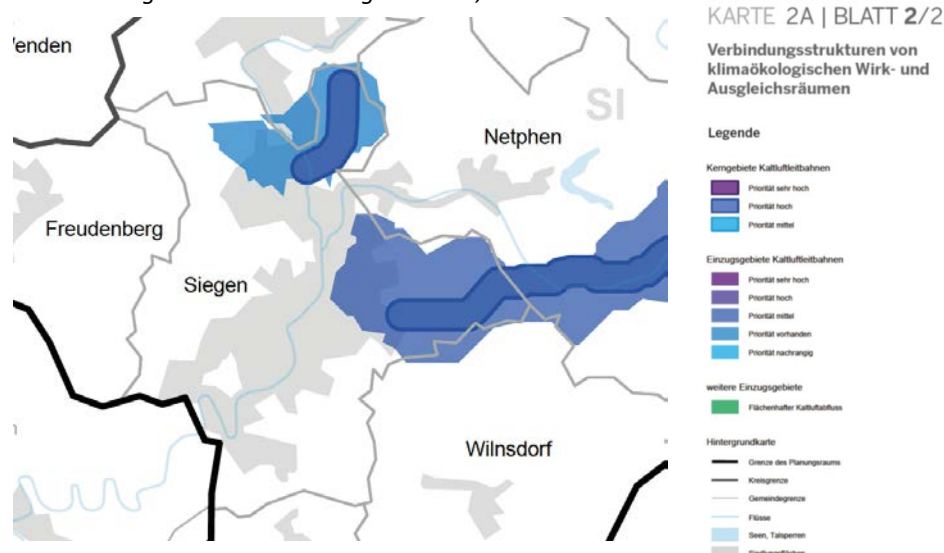
Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Da der räumliche Bezug dieses Grundsatzes völlig unklar bleibt und somit keine Stellungnahme seitens der Stadt Siegen möglich ist, wird gefordert, diesen Grundsatz zu streichen.

Zu 2.2: Klimafolgenanpassung

2.2-1 Ziel – Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher und hoher Priorität

Die Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit überörtlicher Bedeutung mit sehr hoher und hoher Priorität dürfen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen nicht in ihren klimaökologischen und lufthygienischen Funktionen beeinträchtigt werden (vgl. Erläuterungskarte 2A).

Dazu: Auszug aus der Erläuterungskarte 2A, Blatt 2

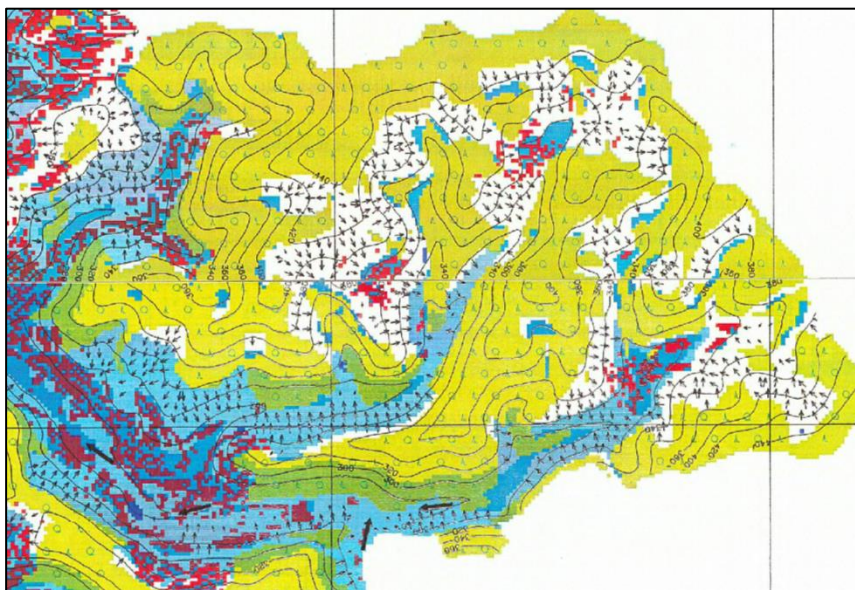


Bewertung / Kritik

Der Regionalplanentwurf beschreibt in der Erläuterungskarte 2A „Verbindungsstrukturen von klimaökologischen Wirk- und Ausgleichsräumen“ eine regional bedeutsame Kaltluftleitbahn, die entlang des Siegtals in Netphen über das Feuersbachtal bis in den städtischen Siedlungsbereich von Kaan-Marienborn verläuft. Diese Ausweisung kann aufgrund der tatsächlichen topografischen Verhältnisse fachlich nicht nachvollzogen werden, da die Kaltluft danach vom Netphener Siegtal kommend ca. 70 Höhenmeter hangaufwärts über einen bewaldeten Höhenrücken (Feuersbacher Furt) fließen müsste, um im Feuersbachtal Richtung Innenstadt abfließen zu können.

Die nachstehende Übersichtskarte (Auszug Klimagutachten Stadt Siegen, 1993) der lokalklimatisch bedeutsamen Flächen Feuersbach- und Breitenbachtal gibt die tatsächlichen Verhältnisse der Kaltluftentstehungsflächen und Kaltluftabflüsse wieder. Ein Zufluss von Kaltluft aus dem Siegtal in Netphen ist hier erwartungsgemäß nicht zu erkennen.

Auszug Klimagutachten Stadt Siegen, 1993



Methodisch ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass die angesprochenen Kernbereiche der Kaltluftentstehungsgebiete nur in der Erläuterungskarte 2A und nicht in der zeichnerischen Darstellung verortet sind, jedoch als Ziel zu beachten sind. Auf Grund des groben Maßstabs der Erläuterungskarten können die nicht zu beeinträchtigenden Bereiche aus Sicht der Stadt Siegen nicht verortet werden. Da es sich um ein Ziel der Raumordnung handelt und diese als endabgewogen zu verstehen ist, muss eine genaue Verortung und inhaltlich-fachliche Richtigkeit vorauszusetzen sein.

Anregung / Forderung

Die Abgrenzung der Kaltluftentstehungsgebiete ist auf Basis der örtlichen fachlichen Informationen zu überarbeiten. Die neue Abgrenzung ist in eine detailliertere Erläuterungskarte im Sinne einer guten Verortung oder in die zeichnerische Darstellung des Regionalplans aufzunehmen.

Im Hinblick auf die fragliche Endabgewogenheit im Sinne der Verbindlichkeit, der räumlichen und sachlichen Bestimmtheit der Flächen wird angeregt, das Ziel in einen Grundsatz der Raumordnung umzuwandeln, da Grundsätze in die Planung der entsprechend konkretisierenden Bauleitplanung einzelfallbezogen und spezifisch eingebunden werden müssen.

2.2-3 Grundsatz – Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion

Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion im Übergangsbereich von Siedlungsraum und Freiraum sollen insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung gesichert und entwickelt werden. Dabei sol-

len vor allem die Flächen mit höchster, sehr hoher und hoher Funktionserfüllung nicht beeinträchtigt werden.

Bewertung / Kritik

Auszug aus dem FIS Klimaanpassung:



Auszug aus der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs:



Die in diesem Grundsatz angesprochenen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion sind im Regionalplanentwurf ebenfalls nicht dargestellt. Hier wird auf den Fachbeitrag Klima sowie auf das LANUV-Fachinformationssystem Klima verwiesen.

Der Auszug aus dem FIS Klimaanpassung, Layer Klimaanalyse Gesamtbetrachtung, offenbart, dass lediglich ein Teil der geplanten neuen Wohnbaufläche am Wellersberg als Siedlungsbereich hinterlegt ist. Ein Teil des Bereichs, der seitens der Stadt Siegen zur Entwicklung vorgesehen ist, wird als Grünfläche mit hoher thermischer Ausgleichsfunktion deklariert. Im Umweltbericht hingegen wird die Fläche gemäß dem zugehörigen Steckbrief nur auf sehr hohe bzw. höchste Ausgleichsfunktion untersucht. Die Formulierung des Grundsatzes ist jedoch davon abweichend sehr viel weitreichender und bezieht sich auch auf Flächen mit hoher Ausgleichsfunktion.

Anregung / Forderung

Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Bezüglich dieses Grundsatzes wird eine dynamische Verweisung auf das LANUV-Fachinformationssystem Klimaanpassung ergänzt, die so aus Sicht der Stadt Siegen rechtlich als nicht zulässig angesehen wird. Der hier formulierte Grundsatz widerspricht beispielsweise der Ausweisung des ASB im Bereich des Wellersbergs auf Siegener Stadtgebiet. Es wird daher gefordert, dass die Bezirksregierung die Belange des Klimaschutzes im Zuge der Ausweisung von Siedlungsflächen (ASB, GIB) weiter untersucht und die Belange der Siedlungsflächenentwicklung und des Natur- und Landschafts- bzw. Klimaschutzes – wie es als Plangeberin ihre Aufgabe ist – gegen- und untereinander (sach)gerecht abwägt. Im Ergebnis müssen im Regionalplan Siedlungsflächen dargestellt werden, die durch die Stadt Siegen vollumfänglich beplant werden können und nicht in ihrer Realisierbarkeit durch Informationen außerhalb des Regionalplanentwurfs und unkonkret formulierte Grundsätze der textlichen Festlegungen eingeschränkt werden.

2.2-4 Grundsatz – Böden mit besonderer Kühlungsfunktion

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen Böden mit besonderer Kühlungsfunktion vor Inanspruchnahme geschützt werden.

Bewertung / Kritik und Anregung / Forderung

Siehe dazu auch Textliche Festlegungen S. 33 – klimaschutzrelevante Böden.

2.2-5 Grundsatz – Bodenschutz zum Vorbeugen von Schäden durch Starkregen

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll Schäden in Folge von Starkregenereignissen vorgebeugt werden. Wälder mit besonderer Bedeutung für den Schutz vor Wassererosion sowie Böden mit besonderer Wasseraufnahmekapazität im 2 m-Raum sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen und in ihrer Funktion zu sichern.

Bewertung / Kritik und Anregung / Forderung

Siehe dazu auch Textliche Festlegungen S. 33 – klimaschutzrelevante Böden.

Zudem wird hier offensichtlich von der Stadt Siegen wie von allen anderen Kommunen erwartet, dass Kartenwerke des Landesbetriebs Wald und Holz sowie des Geologischen Dienstes NRW analysiert und somit Waldbestände mit der im Grundsatz angesprochenen besonderen Wasseraufnahmekapazität des Bodens eigenständig identifiziert werden. Ob nun die im Grundsatz angesprochenen Wälder oder die dort erwähnten Böden oder nur die sich gegenseitig überlagernden Wälder und Böden zu schützen sind, bleibt in der Formulierung offen. Auch in den Flächensteckbriefen des Umweltberichtes ist nur vermerkt, ob Böden mit hoher Wasseraufnahmekapazität in der jeweils ausgewiesenen Fläche vorkommen oder nicht. Eine Verortung wurde auch dort nicht vorgenommen. Die Stadt Siegen sieht die entsprechende Auswertungsarbeit sowie die Abwägung der Belange der Schutzgüter auf Ebene des Regionalplans jedoch klar als Aufgabe der Bezirksregierung Arnsberg als Trägerin der Regionalplanung an. Diese Aufgabe wurde hier nur unzureichend erfüllt und mündet in einer unklaren Grundsatz-Formulierung. Zu diesem Grundsatz sei weiterhin angemerkt, dass sich die Bewertungsgrundlage durch die massiven Borkenkäferkalamitäten auch auf Siegener Stadtgebiet deutlich verändert hat und daher diesbezüglich eine Neubewertung und Neuformulierung des Regionalplanentwurfs als notwendig erachtet wird.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert analog zum Grundsatz 2.1-1, auch den Grundsatz 2.2-5 zu streichen.

Zu 2.3: Regionale Grünzüge**2.3-1 Ziel – Regionale Grünzüge**

Die regionalen Grünzüge sind insbesondere aufgrund ihrer klimaökologischen und lufthygienischen Funktion sowie zur siedlungsräumlichen Gliederung zu sichern und zu entwickeln. Sie sind vor siedlungsräumlicher Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn für siedlungsräumliche Entwicklungen keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und insbesondere ihre klimaökologische und lufthygienische Funktionsfähigkeit und ihre Funktion zur siedlungsräumlichen Gliederung erhalten bleiben. Die Entwicklung der im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteile ist im Rahmen der raumordnerischen Voraussetzungen und unter Beachtung von Satz 3 möglich.

Allgemeine Bewertung / Kritik

Grundsätzlich ist der fachliche Hintergrund zur geplanten Ausweisung Regionaler Grünzüge als Maßnahme zum Erhalt klimaökologischer Ausgleichsflächen zu begrüßen, jedoch nur dann, wenn die Ausweisung solcher Regionalen Grünzüge sachgerecht erfolgt. Die Ausweisung muss sich also klar aus den örtlichen Gegebenheiten und der Lokalklimatischen Bedeutung der Flächen ableiten lassen. Im Ruhrge-

biet, wo die Ausweisung Regionaler Grünzüge seit den 1920er Jahren im Siedlungsflächenverband Ruhr (SVR) Tradition hat, dient die Ausweisung der Regionalen Grünzüge vorrangig der Vernetzung von Grün- und Freiräumen innerhalb der dicht besiedelten Metropolregion Ruhr sowie der siedlungsstrukturellen Gliederung. Einerseits bieten die Regionalen Grünzüge geschützte Bereiche für Flora und Fauna und zur Entwicklung von Trittsteinbiotopen sowie zur Verknüpfung der Natur- bzw. Flussräume von Ruhr, Em-scher und Lippe. Andererseits dienen diese Bereiche den Menschen der Region zur Erholung und als Aufenthaltsflächen.

Die Flächen, die die Bezirksregierung Arnsberg im hier vorliegenden Regionalplanentwurf als Regionale Grünzüge deklariert, bilden kein solches zusammenhängendes Freiraumsystem. Vielmehr handelt es sich um vorrangig punktuelle Flächenfestlegungen, die sich korsettartig um ausgewählte Siedlungsbereiche sowie über Siedlungsbereiche im AFAB (Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche) legen. Die Intention, Freiräume für die Erholung an Siedlungsräume anzubinden, einen Biotopverbund zu schaffen oder den Siedlungsraum zu gliedern, sind mit diesen Flächenausweisungen nicht erkennbar.

Die Methodik zur Ermittlung der Regionalen Grünzüge lässt sich nicht aus deren ursprünglicher Intention bzw. aus der Intention der Grünzugausweisungen des LEP NRW herleiten und erscheint äußerst frag-würdig. In einem ersten Schritt wurden Räume mit einem erhöhten Verdichtungsgrad identifiziert. Wie sich dieser „erhöhte Verdichtungsgrad“ quantitativ bemisst, ist nicht ausgeführt. Hinzugenommen wur-den Bereiche mit ungünstiger thermischer Situation heute sowie in 50 Jahren, basierend auf einer Karte aus dem Fachbeitrag Klima. Weiterhin bilden Siedlungsbereiche einen Suchraum, „bei denen von einer weiteren Verdichtung des Siedlungskörpers bzw. einem Zusammenwachsens von Siedlungskörpern aus-zugehen ist.“ (Begründung: S. 16). Nähere Angaben dazu, worauf diese Prognose der Bezirksregierung Arnsberg fußt, bleiben aus. Für die eigentliche Flächenausweisung wird dann unter anderem auf die nicht korrekt ermittelten Kaltluft-Leitbahnen verwiesen (s. unter „Zu 2.2: Klimaanpassung“ dieser Stel-lungnahme) sowie auf die Räume mit thermischen Ausgleichsfunktionen. Die weiteren Abgrenzungskri-terien für die Flächen werden nur genannt, unter Verweis auf die Funktionen Erholung und Biotopver-netzung:

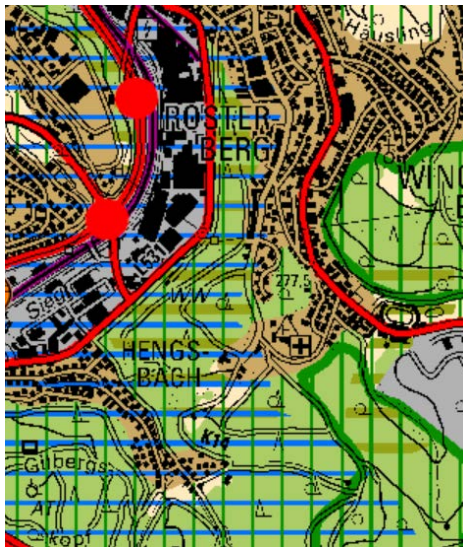
- | Erholungswald nach Waldfunktionenkarte
- | Klimaschutzwald nach Waldfunktionenkarte
- | Flächen des Biotopverbundes gem. Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- | Räumlicher Bezug zu Verdichtungsgebiet
- | Lage von Hitzeinseln im Siedlungsraum
- | Kommunale Planungsabsichten

Wie die genaue Abgrenzung vonstattengeht, ist nicht nachzuvollziehen, ebenso nicht, welche Abgren-zungsmethodik sich hinter dem Kriterium „kommunale Planungsabsichten“ verbirgt oder wie sich der „räumliche Bezug“ zu einem Verdichtungsgebiet genau gestaltet. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das planerische Ergebnis der Abgrenzung nach Abarbeiten der gewählten Methodik nicht der Intention der Ausweisung von Regionalen Grünzügen nach fachlicher, eingangs erläuteter Definition entspricht.

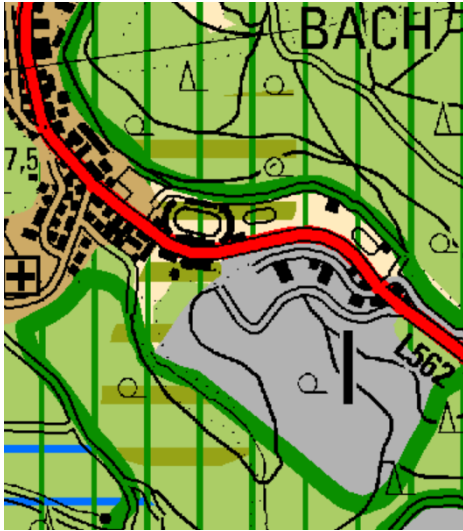
Auch bei detaillierter Betrachtung ist nicht ersichtlich, auf welcher fachlichen Grundlage die Festlegun-gen der Regionalen Grünzüge im Siegener Stadtgebiet basieren. Sie korrespondieren in weiten Teilen nicht mit den örtlichen Erkenntnissen und Untersuchungen:

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Fischbacherberg / Hermelsbach“**Detailbetrachtung:**

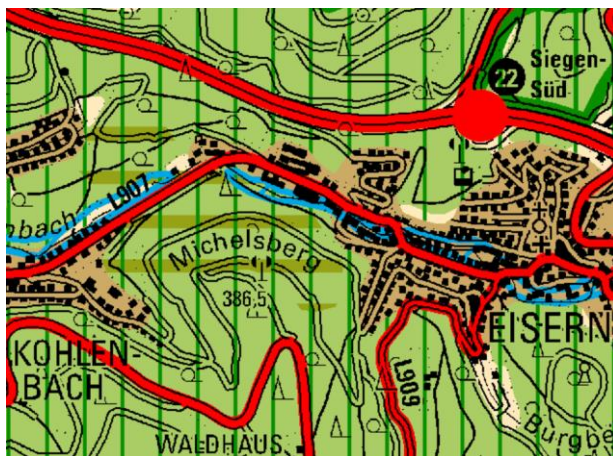
Den mit Wald bestandenen Hängen am Fischbacherberg und entlang der Straße an den drei Pfosten kommt nach dem Klimagutachten Siegen keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Sieghänge am Rosterberg / Hengsberg“**Detailbetrachtung:**

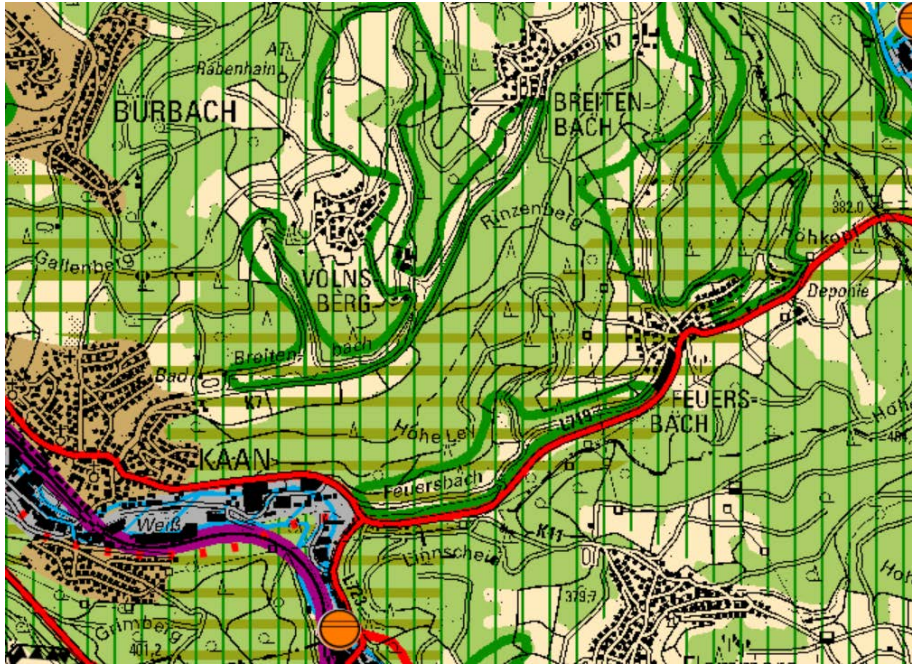
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Gleichwohl sind und bleiben die Hänge bewaldet, bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht möglich.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Leimbachtal / Minnerbachtal“**Detailbetrachtung:**

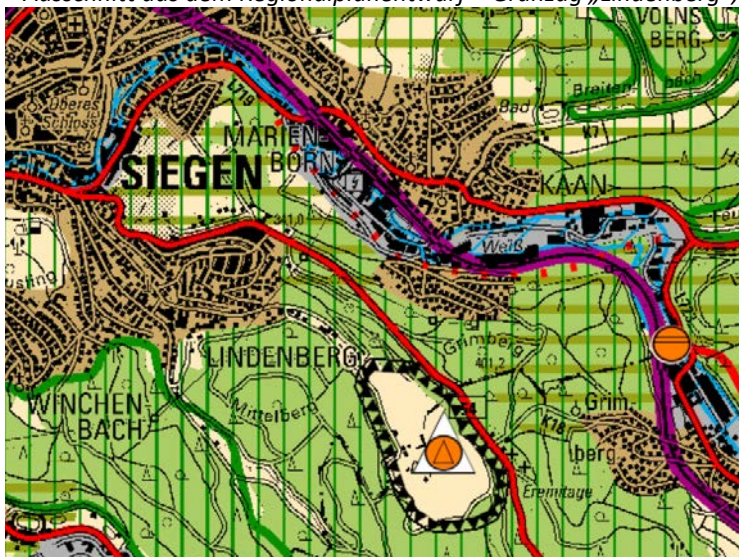
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen und aus dem Minnerbachtal nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden, zumal große Teile der Flächen bereits bebaut sind (Leimbachstadion, Reitzentrum, Gewerbe). Die zum Teil entwaldeten Hänge werden sich (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Michelsberg“, Eisern**Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen beidseits des Eisernbachtals nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Feuersbachtal / Breitenbachtal“**Detailbetrachtung:**

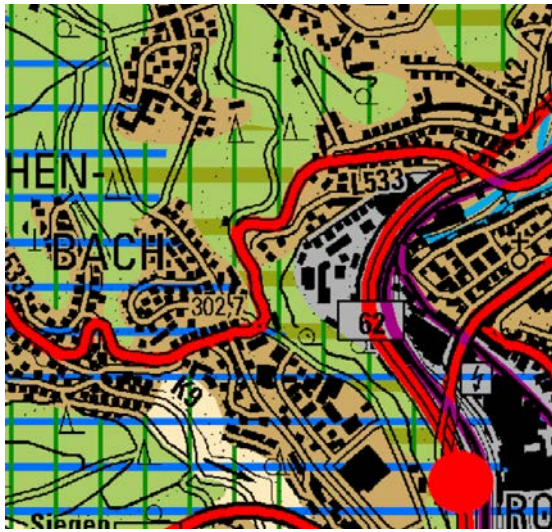
Das Klimagutachten Siegen weist im Breitenbachtal und Feuersbachtal großflächig lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung des Siedlungsraum Kaan-Marienborn beitragen. Die Ausweisung eines Regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Lindenberg“, Siegen**Detailbetrachtung:**

Das Klimagutachten Siegen weist im Bereich des Lindenberg in Siegen lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung der Siegener Innenstadt bzw. der Ortslage Kaan-Marienborn beitragen.

Die Ausweisung eines regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Sieghänge am Heidenberg“



Detailbetrachtung:

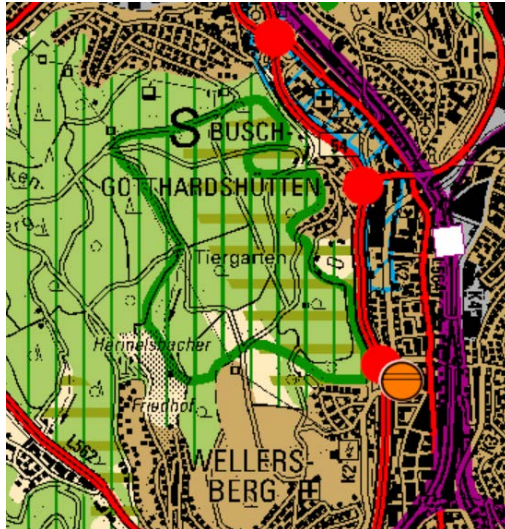
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den Waldflächen nördlich Niederschelden nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist demzufolge diesem Bereich keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Waldflächen nördlich Niederschelden“

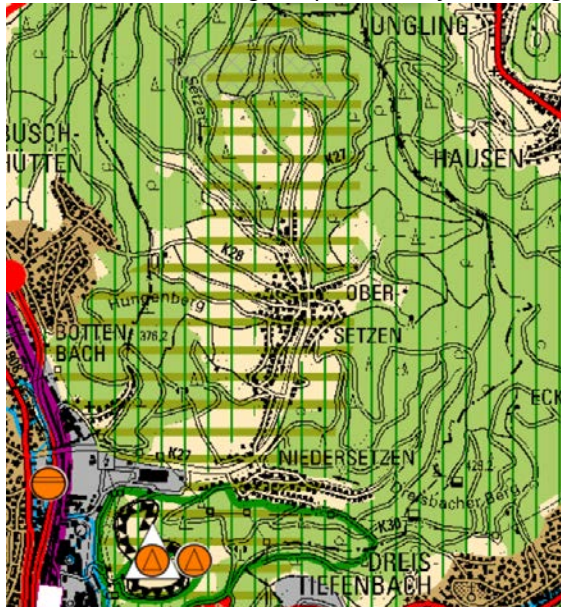


Detailbetrachtung:

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Die bewaldeten Hänge bleiben erhalten bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht möglich.

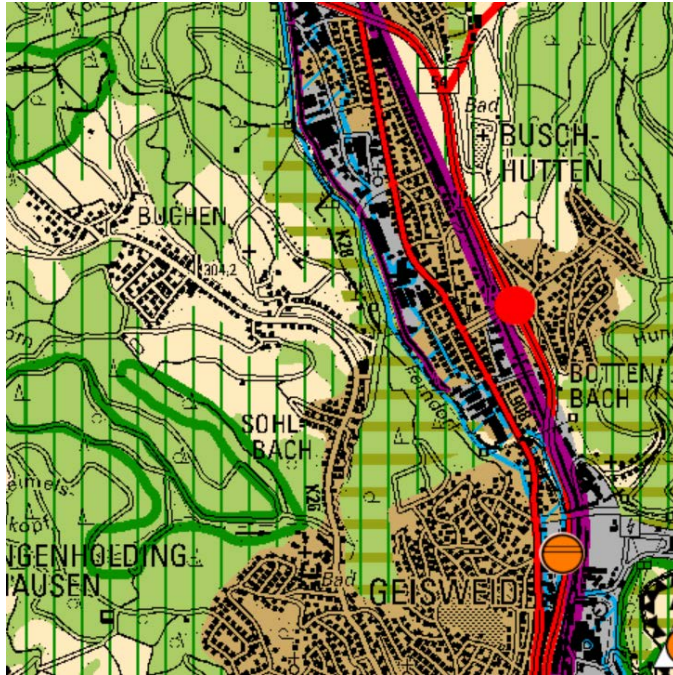
Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Tiergarten Weidenau“**Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind aus den Waldflächen des Tiergartens nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Gleichwohl besitzt das Waldgebiet eine große Bedeutung als ortsnahe Erholungsfläche und als struktureicher Wald mit einem bedeutenden Arteninventar. Diesbezüglich bestehen keine Bedenken gegen die Ausweisung als Regionaler Grünzug – allerdings fehlt auch diesem Grünzug wie allen anderen die eigentliche Vernetzungsfunktion.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Setzebachtal“**Detailbetrachtung:**

Das Klimagutachten Siegen weist im Setzebachtal großflächig lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung des Ferndorftales mit der Ortslage Geisweid und dem Industriegebiet beitragen. Die Ausweisung eines Regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Waldflächen entlang des Ferndorftales“

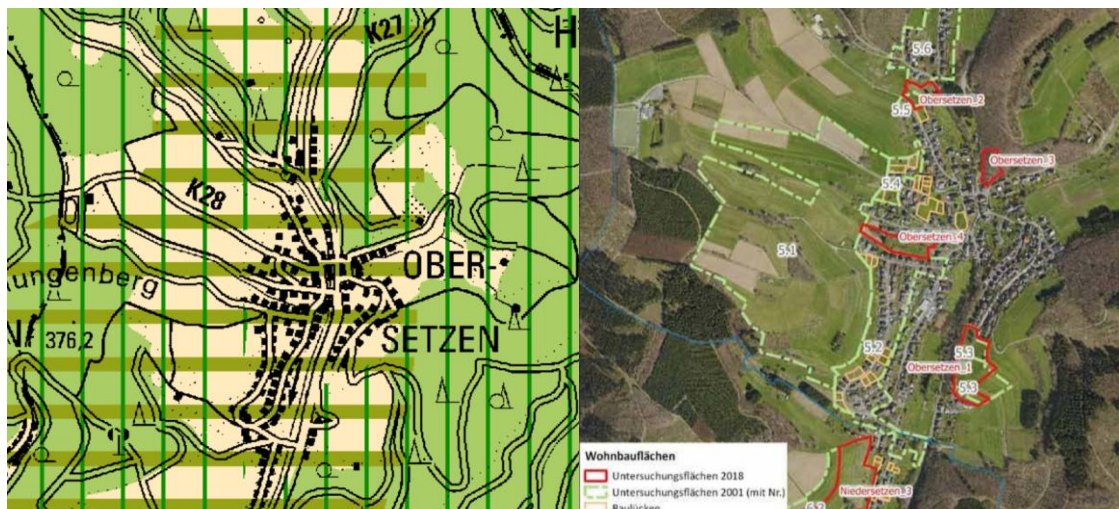


Detailbetrachtung:

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Die bewaldeten Hänge bleiben erhalten bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des zum Teil steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht zu erwarten. Eine relevante klimaökologische Bedeutung kommt dagegen dem westlich angrenzenden Sohlbachtal mit seinen großflächigen Freiflächen zu.

Auch die Überplanung der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche bzw. kleinerer Ortsteile mit Regionalen Grünzügen bereitet Probleme:

Auszug aus dem Regionalplanentwurf / Auszug aus dem Wohnbau- und Agrarlandkonzept



In den als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) deklarierten Stadtteilen lässt der Landesentwicklungsplan (LEP) eine moderate Siedlungsentwicklung zu, von der die Stadt Siegen in den nächsten Jahren zum Erhalt der Trag- und Zukunftsfähigkeit der Stadtteile Gebrauch machen wird. Die Ausnahmeregelung der Zielformulierung, gemäß der keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzugs bestehen dürfen, führt allerdings zu einer abwegigen Gesamtschau:

So könnten im Bereich Obersetzen Flächen an den Siedlungsändern zu Wohnbauland entwickelt werden, weil diese nicht vom Regionalen Grünzug erfasst werden. Flächen im Innenbereich des Ortsteils, die im Zuge des Wohnbaulandkonzeptes untersucht und von denen einige als geeignet für eine Entwicklung angesehen wurden, dürfen gemäß dieser Regelung jedoch gerade nicht entwickelt werden, weil sie sich innerhalb des Regionalen Grünzugs befinden.

Weiterhin enthält die Begründung den Hinweis darauf, dass bei einer generellen Entwicklung von Flächen in Stadtteilen im AFAB, die von Regionalen Grünzügen überlagert werden, künftig nur im Einzelfall entschieden werden kann, ob eine Beeinträchtigung durch die angestrebte Planung vorliegt (vgl. Begründung: S. 17). Einige der ländlichen Stadtteile Siegens wie Feuersbach und Obersetzen/Niedersetzen, werden dadurch in ihrer Entwicklung gehemmt und Bauleitplanverfahren, die die Stadt Siegen in diesen Stadtteilen anstößt, werden mit zusätzlichen, nicht abschätzbaren Restriktionen („Einzelfallentscheidungen“) belegt. Diese Regelung stellt somit einen deutlichen, nicht begründeten Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die Methodik der Ausweisung von Regionalen Grünzügen sowie deren zeichnerische Darstellung von Grund auf zu überarbeiten. Viele der Flächenfestlegungen auf Siegener Stadtgebiet sind aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Die getroffenen Festlegungen sind daher zurückzunehmen. Aktuell scheint die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge der Plangeberin nur dazu zu dienen, der Stadt Siegen und anderen Kommunen im Planungsraum Südwestfalen Flexibilität bezüglich der Ausweisung von Siedlungsflächen zu nehmen, insbesondere in den Ortsrandbereichen. Auf Grund zahlreicher Restriktionen, mit denen die Baulandentwicklung in den Stadtteilen oder Ortsrandbereichen ohnehin schon behaftet ist, wird daher neben einer grundsätzlichen Überarbeitung dieser Flächenkategorie gefordert, dass die Regionalen Grünzüge nicht bis unmittelbar an die ASB/GIB heranreichen, sondern dass ein Übergang eingeräumt wird, innerhalb dessen der Stadt Siegen ein gewisser Spielraum zur Ausübung ihrer kommunalen Planungshoheit gewährt wird. Dies ist dann gegeben, wenn die Flächen in den Übergangsbereichen beispielsweise als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) oder als Fläche für Wald ausgewiesen werden. Zudem fordert die Stadt Siegen, die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge nicht mit Stadtteilen im AFAB zu überlagern, sondern endabgewogene Festlegungen zu treffen: Die Festlegung als Regionaler Grünzug ist zurückzunehmen, da die Siedlungsbereiche der Bestandssituation entsprechen.

Generell stellt sich die Frage, ob die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge für den hier vorliegenden deutlich weniger dicht besiedelten Planungsraum das richtige Instrument ist. Gemäß Raumordnungsgesetz (ROG) ist die Leitvorstellung für die Raumordnung die, dass eine großräumig ausgewogene Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen herbeigeführt werden soll. Diese hier vorgesehene Festlegung führt jedoch eher dazu, dass sich die ohnehin schon aufgrund ihrer spezifischen Voraussetzungen sehr unterschiedlichen Teilräume perspektivisch noch weiter auseinander entwickeln werden. Auch die Festlegungen des Landesentwicklungsplans deuten darauf hin, dass diese Flächenkategorie eher in Ballungsräumen zum Einsatz kommen sollte und dort auch einen sinnvollen Zweck erfüllt. Dem entsprechend sind im LEP in der zeichnerischen Darstellung im Ruhrgebiet und längs der Rheinschiene auch Regionale Grünzüge festgelegt. In Südwestfalen hat die Landesregierung im LEP – sicherlich aus gutem Grunde – auf eine Ausweisung verzichtet.

Zu 3.1: Kulturlandschaftsentwicklung

3.1-2 Grundsatz – Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll der Charakter der bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche mit ihren wertgebenden Elementen und Strukturen unter Berücksichtigung der Leitbilder sowie der fachlichen Grundsätze bewahrt und entwickelt werden (vgl. Fachbeitrag Kulturlandschaft). Die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche sind in der Erläuterungskarte 3A abgebildet.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, die Kulturgüter mit Raumwirkung sowie die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche aus der Erläuterungskarte 3A im Regionalplanentwurf in der Legende zur Verortung zu benennen und dahingehend nicht alleine auf den Fachbeitrag zu verweisen. Die Stadt Siegen regt außerdem an, die alte Siegtalbrücke, die im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag des LWL beschrieben wird, als kulturlandschaftsprägendes Bauwerk zu streichen bzw. aus der Erläuterungskarte herauszunehmen, weil im Zuge der Ausbaumaßnahme A 45 der Umgang mit dem technischen Bauwerk in Verantwortung des Landesbetriebes NRW liegt und weil aus Sicht der Stadt Siegen nicht geboten ist, beispielsweise Sichtachsen zu diesem technischen Bauwerk in Bezug auf Planungen und Maßnahmen zu schützen.

3.1-3 Grundsatz – Kulturhistorische Kleinstrukturen

Im Rahmen der Landschaftsplanung sollen bei der Darstellung der Entwicklungsziele für die Landschaft morphologische und sonstige kulturhistorisch bedeutsame Kleinstrukturen in ihrem räumlichen Zusammenhang berücksichtigt werden.

Bewertung / Kritik

Bereits die Verwendung der Begrifflichkeit „Kleinststrukturen“ weist darauf hin, dass der Regionalplanentwurf an dieser Stelle Regelungen enthält, die seiner Maßstabebene nicht gerecht werden. Die angesprochenen „Kleinststrukturen“ wie beispielsweise die in den Erläuterungen angesprochenen paläontologischen Relikte oder Ofenreste als Zeugnisse des historischen Bergbaus werden – soweit sie durch Planungen betroffen sind – im Zuge der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB berücksichtigt und die entsprechenden Belange werden in die Abwägung eingestellt.

Anregung / Forderung

Aus Sicht der Stadt Siegen ist der Grundsatz zu streichen – der Umgang mit den genannten Schutzgütern kann der kommunalen Planungshoheit überlassen werden.

Zu 3.2: Freizeit, Erholung, Tourismus

3.2-2 Grundsatz – Sicherung und Schutz des Orts- und Landschaftsbildes

Neue raumbedeutsame Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus sollen sich in das bestehende Orts- und Landschaftsbild einfügen und seinem grundlegenden Charakter entsprechen.

Bewertung / Kritik

Der Grundsatz zur Sicherung und zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes nimmt Bezug auf den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Ohne Heranziehung dieses Fachbeitrags, in dem die Landschaftsbildeinheiten beschrieben sind, ist der formulierte Grundsatz nicht aus sich heraus verständlich. Für Siegen ist der formulierte Grundsatz jedoch von Bedeutung, da sich aus dem Fachbeitrag ergibt, dass das LANUV das Landschaftsbild auf Siegener Stadtgebiet fast ausnahmslos in die Wertigkeiten „sehr hoch (herausragend)“ (dunkelgrün) und „hoch (besonders)“ (hellgrün) einstuft:

Ausschnitt aus Karte 15 des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege

Anregung / Forderung

Die Bewertung der Landschaftsbildeinheiten aus dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege müssen bei Beibehaltung dieses Grundsatzes Teil des Regionalplanentwurfs werden. In dieser Form ist der räumliche und inhaltliche Bezug des Grundsatzes aus Sicht der Stadt Siegen unklar bzw. allein aus dem Regionalplan heraus nicht verständlich.

			6	3	2	11
Vlb-048-O3	Wald-Offenland-Mosaik östlich von Siegen	Das Landschaftsbild wird in dieser großflächigen LBE durch eine waldreiche Mittelgebirgslandschaft geprägt. Eingestreut finden sich zahlreiche größere Siedlungen, die von Offenland umgeben sind. Das Offenland besteht überwiegend aus Wiesen und Weiden, gelegentlich durchsetzt von Ackerflächen. Der Siedlungsflächenanteil ist vergleichsweise hoch. Das Waldbild prägt in besonderer Weise das aktuelle Bild der Landschaft. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Fichtenwald und Eichen-Birken-Wald. Stellenweise zeigen Eichen-Birkenwälder noch charakteristische Phasen der Waldentwicklung klassischer Niederwälder. Zum Strukturreichtum tragen zudem zahlreiche kleinere Fließgewässer bei, in deren schmaler Talsohle sich ebenfalls oft Grünland findet. Aufgrund des hohen Siedlungsanteils ist die LBE durchzogen von einigen größeren Straßen. Darüber hinaus finden sich in den Randbereichen der Siedlungen oftmals größere Gewerbegebiete. Südöstlich von Siegen liegt weiterhin eine größere Deponie. Zwischen Anzhausen und Salchendorf stehen einzelne Windenergieanlagen. Insgesamt ist die LBE als vergleichsweise unbelastet einzustufen.	6	3	2	11
Vlb-048-W1	Wald westlich von Kreuztal	Das Landschaftsbild in dieser schmalen LBE ist geprägt von einem hohen Waldanteil. Lediglich nördlich von Krombach finden sich größere Offenlandbereiche, die landwirtschaftlich genutzt werden. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Nadelwald und Laubwald. Die LBE wird weiterhin geprägt durch zahlreiche Bachtäler, die z. T. steile Einschnitte gebildet haben und für ein abwechslungsreiches Relief sorgen. Die LBE wird von einigen größeren Straßen gequert (u. a. BAB A 45).	6	3	2	11
Vlb-048-W2	Wald um Hilchenbach	Das Landschaftsbild in dieser LBE ist geprägt von einem hohen Waldanteil. Lediglich östlich von Hilchenbach finden sich größere Offenlandbereiche, die landwirtschaftlich genutzt werden. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Nadelwald und Laubwald. Die LBE wird weiterhin geprägt durch zahlreiche Bachtäler, die z. T. steile Einschnitte gebildet haben und für ein abwechslungsreiches Relief sorgen. Die LBE weist wenige Vorbelastungen auf. Es finden sich vereinzelt größere Straßen.	6	3	2	11

Zu 4.1: Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum

4.1-1 Grundsatz – Dezentrale Entwicklung

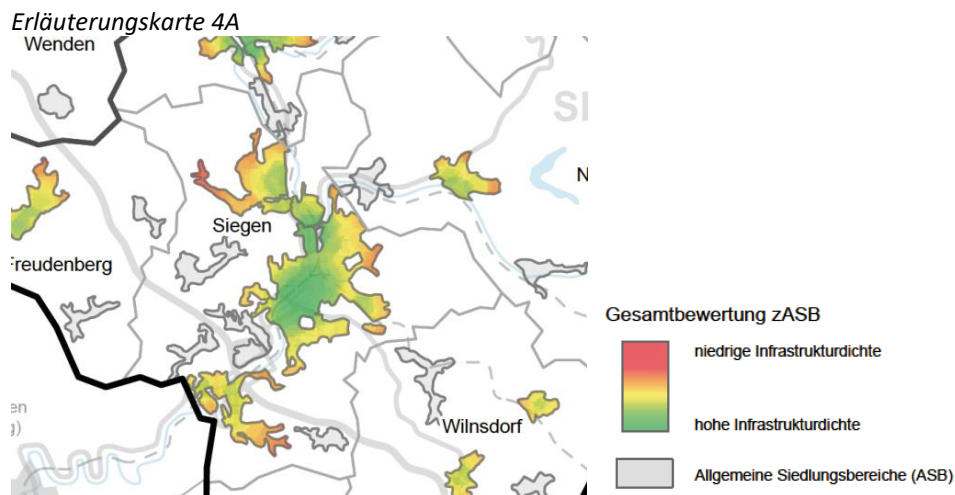
Die polyzentrische Siedlungsstruktur im Planungsraum soll gemäß der Leitvorstellung der dezentralen Konzentration und unter Berücksichtigung der regionaltypischen Siedlungs- und Landschaftsstruktur gesichert und weiterentwickelt werden.

4.1-2 Grundsatz – Daseinsvorsorge sichern

Neue Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollen vorrangig in den zASB angesiedelt werden. Eine tragfähige und flächendeckende Grundversorgung in den Kommunen soll gesichert werden.

Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu beiden Grundsätzen ist aufgeführt, dass sich die Siedlungsentwicklung an den zASB (zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen) orientieren soll, ebenso die Ansiedlung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Erläuterungskarte 4A enthält die Abgrenzung der zASB für die Stadt Siegen:



Im Wohnbaulandkonzept 2018 der Stadt Siegen sind Potenzialflächen für die Wohnbaulandentwicklung auch außerhalb der zASB dargestellt. Weder in den textlichen Festlegungen, noch in den Erläuterungen oder der Begründung des Regionalplanentwurfs wird klargestellt, wie diese beiden Grundsätze in der bauleitplanerischen Abwägung zu berücksichtigen sind und ob Wohnbauflächen und gewerbliche Flächen auch prioritär außerhalb der zASB entwickelt werden dürfen, wenn sie nach einem städtischen Konzept Priorität genießen. Gleiches gilt für die Ansiedlung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die im Zuge der Wohnbaulandentwicklung immer mitgedacht werden muss.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in den Grundsätzen 4.1-1 und 4.1-2 klarzustellen, dass der Vorrang der Flächen- und Infrastrukturentwicklung in den zASB nicht gilt, wenn ein Abweichen beispielsweise durch die Priorisierung der städtischen Wohnbauflächenentwicklung oder auf Basis eines Integrierten Handlungskonzeptes begründet ist. Da sich der Grundsatz auf eine konkrete zeichnerische Kategorie bezieht, muss die zeichnerische Abgrenzung der zASB maßstäblich und in der zeichnerischen Darstellung, nicht lediglich in einer Erläuterungskarte erfolgen. Die genaue Abgrenzung der zASB ist so nicht nachvollziehbar.

4.1-5 Ziel – Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung

Die durch die Bauleitplanung zu sichernden Entwicklungsflächen für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Mischnutzungen sind am nachweisbaren aktuellen Handlungsbedarf zu bemessen.

Übersteigen die Siedlungsflächenreserven in den Bauleitplänen der Kommunen die abgeschätzten Bedarfe, sind nicht mehr benötigte Reserveflächen dem Freiraum zuzuführen. Handelt es sich um Flächen, die bereits in verbindliche Bauleitplanung umgesetzt sind und für die sich aus der Rückführung der Flächen Entschädigungsansprüche ableiten lassen, so gilt Satz 2 nicht. Vorrangig sind Reserveflächen zurückzuführen, die am Übergang zwischen Siedlungs- und Freiraum liegen oder in im regionalplanerischen Freiraum gelegenen Ortsteilen verortet sind und dabei von ihrer Dimensionierung her nicht an die vorhandene Infrastruktur angepasst sind.

Dazu: Ausführungen zur Methodik der Flächenermittlung in der Begründung (S. 13-17) und Auszug aus den Erläuterungen:

*[...] In Summe setzen sich die ASB-Bedarfe aus den herkömmlichen ASB-Bedarfen und **den erstmalig im Rahmen der Neuaufstellung des vorliegenden Regionalplans abgeschätzten ASB-Gewerbe-Bedarfen (ASB-G)** zusammen. Unter den ASB-G-Bedarfen werden weitere Nutzungen wie Dienstleistungen oder wohnverträgliches Gewerbe subsummiert. Die GIB-Bedarfe umfassen weiterhin die Flächenbedarfe für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe.*

Methodik

Die Methodik zur Abschätzung der Siedlungsflächenbedarfe basiert - wie bisher auch - auf einem von der Landesplanung beim Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen in Auftrag gegebenen Gutachtens aus März 2011. Aufbauend auf diesem Gutachten ist von den Regionalplanungsbehörden gemäß LEP zu ermitteln, in welchem Umfang rechnerisch ein Bedarf an zusätzlichen Wohnbauflächen bzw. Allgemeinen Siedlungsbereichen besteht. Kernpunkt dieser Berechnung sind die Wohnungsmarktkennziffern Ersatzbedarf, Neubaubedarf, Fluktuationsreserve und Leerstand. Der resultierende Wohnungsbedarf wird schließlich mit Siedlungsdichteparametern auf Flächenäquivalente umgerechnet. **Auf Basis desselben Gutachtens (!) hat nun die Bezirksregierung nach Beschluss des Regionalrates vom 12.12.2019 die Methode angepasst.** Wesentliche Änderungen betreffen die Nichtberücksichtigung des Leerstands sowie die Reduzierung der Fluktuationsreserve von 3 % auf 1 %. Zur Umrechnung von Wohnungsbedarf in Fläche werden die Kommunen erneut in einen Dichtewert eingestuft:

"So unterscheidet sich im Planungsraum Arnsberg die Siedlungsentwicklung großer und kleiner Mittelzentren in ihrer Dichte nur unwesentlich. Eine Abgrenzung „verdichtet“ zu „hochverdichtet“ bei 2.000 EW/km² Siedlungs- und Verkehrsfläche wirkt aus empirischer Sicht willkürlich. Einzig das Oberzentrum Siegen weist flächige hochverdichtete Strukturen auf. Deshalb werden die siedlungsstrukturtypischen Dichten wie folgt unterschieden:

- | | | |
|----------------------|--------------------------------|-------------|
| - Gering verdichtet: | < 1.000 EW/km ² SuV | (20 WE/ha) |
| - Verdichtet: | > 2.000 EW/km ² SuV | (30 WE/ha) |
| - Hochverdichtet: | > 100.000 EW | (40 WE/ha)" |

Als Bezugsgröße wird nicht mehr wie bisher das gesamte Gebiet der Verwaltungseinheit verwendet (Bevölkerungsdichte), sondern nur noch der Flächenanteil, der Siedlungs- und Verkehrsraum umfasst (Siedlungsdichte).

Berechnete Bedarfe (Zusammenschnitt aus der Tabelle auf S. 32 der Begründung):

ASB Bedarfsabschätzung 2018–2040				
Stadt/Gemeinde	ASB-Bedarf Wohnen in ha	ASB-Bedarf Gewerbe in ha	Reserven FNP Wohnen 06.01.2020 in ha	Bedarfsab- schätzung 2040 (+) Überhang (-) Defizit in ha
Siegen	149	33	126	-55
Kreis Siegen- Wittgenstein	294	55	628	278

Bewertung / Kritik

Die Methode zur Berechnung der Siedlungsflächenbedarfe wurde durch die Bezirksregierung Arnsberg modifiziert, mit der Folge, dass alle Kommunen in Siegen-Wittgenstein zum Teil deutliche Reduzierungen der Flächenbedarfe verkraften müssen. Dies gilt auch für die Stadt Siegen, obwohl es mit dem hier dargestellten Defizit von 55 ha so aussieht, als ob hier zusätzliche Ausweisungen möglich wären. Auf FNP-Ebene wird der Stadt Siegen ein Überhang von 24 ha bescheinigt, welches zurückzunehmen ist. Die Fluktuationsreserve wurde mit Verweis auf den LEP von 3 % auf 1 % reduziert. Wesentliche Auswirkungen haben die Änderungen bei der Umrechnung des Wohnungsbedarfes in Wohnbauflächenbedarf: Die zur Berechnung angesetzten Werte der Siedlungsdichte werden „scheinbar willkürlich“ Siedlungsstrukturtypen zugeordnet (S. 275, 3. Absatz der textlichen Erläuterungen und Festlegungen). Die angesetzten Werte sind nicht nur „scheinbar“ willkürlich, sondern sehr weit von der Realität entfernt und somit tatsächlich willkürlich, da sie sich nicht an den realen Werten der Region orientieren. Siegen wird als Oberzentrum willkürlich aus der Dichteberechnung herausgenommen und bekommt stattdessen den höchsten Dichtewert zugeordnet, obwohl mehr als die Hälfte der Stadtteile eine Siedlungsdichte < 2.000 EW/km² aufweisen. In der Konsequenz bedeutet dieser höchste Dichtewert nun einen reduzierten Siedlungsflächenbedarf von ca. 25 ha je 1.000 Wohneinheiten bzw. anders ausgedrückt: es müssen 40 WE je ha realisiert werden. Wenn diese Dichtewerte als Zielsetzung der Bezirksregierung verstanden werden sollen, hat dies deutliche Folgen für die städtebauliche Ausformulierung der Siedlungsbereiche. Eine entsprechend verdichtete Bebauung mit einem deutlichen Anteil an Geschosswohnungsbau ist zwar in den Kernbereichen Siegens vorstellbar, nicht jedoch in den ländlich geprägten kleineren Stadtteilen Siegens.

Die Annahme der Siedlungsdichte sollte sich daher vielmehr an der in Siegen tatsächlich vorhandenen Dichte orientieren. Der Regionalplan spricht zwar im Zusammenhang mit der Siedlungsdichte von einem homogenen Raum. Dieser homogene Raum weist aber bereits auf dem Gebiet der Stadt Siegen nicht flächig die hier zu Grunde gelegte Dichte von 40 Wohneinheiten pro ha auf.

Maßgeblichen Einfluss auf die Berechnung der Bedarfe hat zudem der Wechsel der Bezugsgröße. Während bisher die Fläche des gesamten Stadtgebietes Grundlage der Berechnung war, werden nun lediglich die Siedlungs- und Verkehrsflächen zur Berechnung herangezogen, ohne regionale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Bei der Berechnung der Wohnbaulandreserven wird auf Seite 276 der textlichen Erläuterungen und Festlegungen zum Regionalplanentwurf außerdem der „gering verdichtete“ Siedlungsstrukturtyp mit einer Einwohnerzahl kleiner 1.000 Einwohnern festgelegt, der verdichtete Siedlungsstrukturtyp beginnt bei 2.000 Einwohnern. Es stellt sich die Frage, wozu der Siedlungsstrukturtyp zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern zählt. An anderer Stelle in den textlichen Festlegungen (S. 275) wird hingegen eine Einteilung in < 1.000 und > 1.000 Einwohner vorgenommen.

Anregung / Forderung

Im LEP wird den Bezirksregierungen ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, „in begründeten Fällen, z. B. auf der Grundlage empirischer Ermittlungen, von den genannten Richtwerten ab[zu]weichen“ (aus: LEP NRW, Erläuterungen zu Ziel 6.1-1). Bedauerlicherweise erfolgt dies im vorliegenden Regionalplanentwurf nur ansatzweise und aus fachlicher Sicht völlig unzureichend. Es wird zwar auf die topografischen Besonderheiten hingewiesen (S. 275 der textlichen Erläuterungen), eine konsequente Anwendung der resultierenden tatsächlichen Dichtewerte bleibt jedoch aus. Die im LEP eingeräumte Abweichungsmöglichkeit aufgrund empirischer Zahlen wird daher unter anderem zu Lasten der Stadt Siegen unverständlicherweise nicht genutzt.

Daher wird gefordert, dass für das Siegener Stadtgebiet eine eigene Bedarfsberechnung anhand tatsächlich vorhandener Dichtewerte der bereits besiedelten Bereiche durchgeführt wird. Die bewegte Topographie, naturschutzfachliche und weitere Restriktionen, die auch den Siedlungsbestand in seiner Entstehung beeinflusst haben, würden somit Berücksichtigung finden und die Berechnung des künftigen Siedlungsflächenpotenzials würde tatsächlich bedarfsgerecht erfolgen. Außerdem sind Widersprüche in der Methodik aufzulösen. Des Weiteren wird gefordert, das Instrument des raumordnerischen Vertrags zum Zwecke einer konsensorientierten Siedlungsflächenentwicklung und abgestimmten Entwicklung von Regionalplanung und Flächennutzungsplanung bereits im Zuge der Regionalplanerarbeitung einzusetzen.

Da die Restriktionen bei der Entwicklung von Wohnbauland und gewerblichen bzw. industriellen Bauflächen immer stärker zunehmen, muss den Kommunen eine gewisse Flexibilität, auch in Form einer Auswahl zwischen mehreren Flächen, die für eine Entwicklung geeignet sind, eingeräumt werden. Daher kann die Formulierung im o.a. Ziel „**Übersteigen die Siedlungsflächenreserven in den Bauleitplänen der Kommunen die abgeschätzten Bedarfe, sind nicht mehr benötigte Reserveflächen dem Freiraum zuzuführen**“ so nicht stehen bleiben und Spielräume müssen berücksichtigt werden und so formuliert werden, dass die kommunalen Zwänge, Entscheidungsspielräume und die Planungshoheit gewahrt bleiben. Das Vorhandensein der Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet nämlich nicht automatisch, dass diese Flächen einer Nutzung zugeführt werden. Dies wird dadurch deutlich, dass, wie zuvor bereits erläutert, die Stadt Siegen in der Vergangenheit sehr flächensparend und passgenau neue Baugebiete eher unter dem Bedarf entwickelt hat. Der Raumordnungsvertrag könnte hier das Instrument sein, um den jeweiligen Anforderungen und Intensionen - Regionalplanungsbehörde / Kommune - gerecht zu werden. Die Stadt Siegen fordert, mindestens die Zielformulierung dahingehend umzuformulieren.

Außerdem muss verbindlich klargestellt werden, unter welchen Voraussetzungen und Vorgaben etwaige Rücknahmen zu erfolgen haben (örtlicher und flächenmäßiger Bezug).

Weiterhin fehlt eine eindeutige Klarstellung, wie das in Siegen errechnete Defizit von 55 ha im Kontext der Ermittlungen auf Ebene des Siedlungsflächenmonitorings zu bewerten ist. Bislang wird gefordert, trotz des Defizites bei Neuausweisungen zunächst Rücknahmen vornehmen zu müssen.

Ob die Zuordnung der Tabellen zur Bedarfssituation (Tab. 4.1 und 4.4 der Begründung) rechtskonform im Sinne der Verbindlichkeit, Bestimmtheit und Eindeutigkeit richtig in der Begründung platziert ist und nicht eigentlich den Textlichen Festlegungen zuzuordnen sein müsste, kann von hier nicht eingeschätzt werden. Im Sinne der Verständlichkeit und Klarheit wäre diese auf jeden Fall der Zielformulierung zuzuordnen.

4.1-6 Grundsatz – Siedlungsräumliche Gliederung durch Grünflächen

Siedlungsflächen sollen durch innerörtliche und vernetzte Grünflächen gegliedert werden. Dabei soll insbesondere die Weiterführung von siedlungsnahen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion vom regionalplanerisch festgelegten Freiraum in den Siedlungsraum hinein berücksichtigt werden.

Bewertung / Kritik

Die auch in diesem Grundsatz angesprochenen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion sind im Regionalplanentwurf nicht dargestellt (siehe auch unter 2.2 dieser Stellungnahme). Hier wird auf den Fachbeitrag Klima sowie auf das LANUV-Fachinformationssystem Klima verwiesen. Die Gliede-

zung des Siedlungsraums durch Grünflächen wird jedoch bereits über die kommunale Bauleitplanung sowie Konzeptplanungen (z. B. Grünflächenkonzept der Stadt Siegen „Grün kommt an“) hinreichend gesteuert.

Anregung / Forderung

Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Bezüglich dieses Grundsatzes wird eine dynamische Verweisung auf das LANUV-Fachinformationssystem Klimaanpassung ergänzt, die so rechtlich als nicht zulässig erachtet wird. Diese Forderung deckt sich mit der Forderung zu Grundsatz 2.2-3.

Die allein textliche Festlegung deutet auch bei diesem Grundsatz darauf hin, dass der Regionalplan für diesen Regelungsgehalt die falsche Planungsebene ist, da sich die textlichen nicht in zeichnerische Festlegungen im Maßstab 1:50.000 übertragen lassen. Die Planung innerstädtischer Grünflächen sollte daher der Stadt Siegen in eigener Verantwortung überlassen bleiben. Es wird daher gefordert, den Grundsatz zu streichen.

Zu 4.2 Allgemeine Siedlungsbereiche

4.2-1 Ziel – Nutzung der Allgemeinen Siedlungsbereiche

Die Siedlungsentwicklung mit Wohnen, wohnverträglichem Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen, öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen vollzieht sich in räumlich konzentrierter Form vorrangig in den zeichnerisch festgelegten zASB und ASB.

Dazu: Auszug aus den Erläuterungen:

„[...] Wohnverträgliches Gewerbe ist als nicht erheblich störendes Gewerbe mit der Funktion Wohnen vereinbar. [...] Innerhalb der ASB gelegene, kleinteilige Lebensräume, Klimafunktionsflächen, Waldflächen oder sonstige Freiflächen, die durch Fachrecht geschützt sind oder entwickelt werden sollen, sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen und ggf. von der baulichen Entwicklung auszunehmen. In der Planungsregion ergeben sich in den Tallagen Überlagerungen von ASB und ÜSB. Hier gilt der Vorrang des vorsorgenden Hochwasserschutzes, sodass diese Standorte von zusätzlichen Bauflächen freizuhalten sind.

Bewertung / Kritik

Während im Ziel selbst noch die zASB erwähnt werden, bleiben diese in den Erläuterungen unberücksichtigt. In dieser Zielformulierung bleibt also unklar, ob die Siedlungsentwicklung in den zASB einen Vorrang genießen soll, oder ob die Siedlungsentwicklung in den zASB und den ASB gleichrangig nebeneinander steht. Sollten diese gleichrangig nebeneinander stehen, stellt sich die Frage, wozu die Kategorie zASB eingeführt wurde.

In den Erläuterungen werden – wie an vielen Stellen des Regionalplanentwurfs – Ausnahmen von der vollumfänglichen Nutzbarkeit der ausgewiesenen Flächenkategorie definiert. Zum einen sind kleinteilige Freiflächen von einer Bebauung freizuhalten bzw. bei der Flächenumsetzung zu berücksichtigen, die im Regionalplan-Maßstab (1:50.000) offensichtlich nicht darstellbar sind. Zum anderen sind die Flächen, für die sich die überlagernde Festlegung ÜSB – ASB ergibt, von zusätzlichen Bauflächen freizuhalten.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in der Zielformulierung bzw. den Erläuterungen klar zu stellen, dass die Siedlungsentwicklung in den zASB gegenüber der Siedlungsentwicklung in den ASB keinen Vorrang genießt. Die Festlegung dahingehend, dass wohnverträgliches Gewerbe auch in den ASB zulässig ist, wird seitens der Stadt Siegen begrüßt und sollte auch bei einer Änderung der Festlegungen zu GIB (Öffnung dieser

Flächenkategorie auch für wohnverträgliches Gewerbe, siehe Forderung zu Ziel 4.3-2) beibehalten werden. Damit wäre aus Sicht der Stadt Siegen die notwendige Flexibilität für eine sich an den gesellschaftlichen Entwicklungen orientierende Bauleitplanung gegeben.

Bereiche der überlagernden Festlegung ÜSG – ASB sind aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene nicht endabgewogen, der regionalplanerische Zielkonflikt wird auf die kommunale Ebene verschoben. Die Stadt Siegen fordert daher, diese überlagernden Darstellungen zurückzunehmen, dies kann vor allem durch Korrektur der Datengrundlage für die Ausweisung der ÜSG geschehen. Im Zuge der kommunalen Bauleitplanung ist die Beachtung bzw. Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes außerdem Gang und Gäbe und rechtlich umfassend normiert, so dass der Hinweis auf die kleinteiligen Freiflächen, die als zusätzliche Restriktion für die nachfolgende Planungsebene gedacht zu sein scheint, aus Sicht der Stadt Siegen ebenfalls entfallen kann.

4.2-2 Grundsatz – zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche

Die Siedlungsentwicklung soll sich innerhalb der zASB insbesondere in den Bereichen vollziehen, in denen sich räumliche Schwerpunkte von öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen befinden. Die zASB sind der Erläuterungskarte 4A zu entnehmen.

Anregung / Forderung

Die Regelungen des LEP lassen zu, dass die Bezirksregierungen die zASB in Abstimmung mit den Kommunen festlegen. Die neue Kategorie wurde zwar im Rahmen der Werkstattgespräche kommuniziert und es wurden sehr umfangreiche die Infrastrukturdaten bei den Kommunen abgefragt. Eine Rückkopplung zu der Unterscheidung in ASB und zASB durch die Bezirksregierung fand jedoch nicht statt. Für die Stadt Siegen hat dies zur Folge, dass die Stadtteile Seelbach/Trupbach sowie Achenbach, Dreisbach, Gosenbach und Eisern nicht als zASB festgelegt sind. Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie Infrastrukturangebote finden sich jedoch auch in diesen Stadtteilen. Andere Bereiche, die über keinerlei entsprechende Angebote verfügen, sind hingegen als zASB festgelegt (siehe nachfolgendes Beispiel eines Wohngebietes aus Kaan-Marienborn):

Ausschnitt aus der Erläuterungskarte 4A und Darstellung im Regionalplanentwurf:



Die Umsetzung von Flächenentwicklungen für Wohnbauland richtet sich vorrangig nach der Priorisierung und den Untersuchungsergebnissen des Wohnbaulandkonzeptes der Stadt Siegen von 2018. In diesem Konzept wurden auch Entwicklungsflächen in den vorgenannten Stadtteilen als geeignet identifiziert, insbesondere unter Berücksichtigung der vorhandenen Infrastrukturen zur Daseinsvorsorge, aber auch der sozialen und Bildungsinfrastruktur. Daher fordert die Stadt Siegen, auch die genannten Stadtteile als zASB auszuweisen.

4.2-3 Ziel – Allgemeine Siedlungsbereiche mit Zweckbindung

ASB-Z dienen den in der Zweckbindung benannten Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die der benannten Zweckbindung entgegenstehen, sind ausgeschlossen.

| Hochschulbereich der Universität Siegen (Siegen)

Die Flächen der Universität Siegen dienen der Unterbringung von Hochschuleinrichtungen, ergänzenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie der Unterbringung von hochschulaffinem Gewerbe.

Bewertung / Kritik

Der Campusstandort Haardter Berg ist im Regionalplanentwurf als ASB-Z festgelegt. Am Standort sind neben den im Ziel genannten Hochschuleinrichtungen auch Wohnheime sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge (z. B. Kindertagesstätten) für Studierende angesiedelt bzw. geplant.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, Wohnheime für Studierende und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ebenfalls im ASB-Z Hochschulbereich der Universität Siegen aufzuführen, da es sich bei Studierendenwohnheimen ebenfalls um ergänzende Einrichtungen handelt und bereits Wohnheime am Haardter Berg vorhanden bzw. geplant sind. Ebenso ist im Campus-Bereich bereits eine Kindertagesstätte vorhanden.

Zu 4.3: Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)**4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen**

Die Siedlungsentwicklung mit emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen vollzieht sich in räumlich konzentrierter Form vorrangig in den zeichnerisch festgelegten GIB.

4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die Bauleitplanung hat die spezifischen Nutzungsmöglichkeiten von Gewerbe- und Industrieflächen vor Fremdnutzungen zu schützen.

Dazu aus den Erläuterungen:

Zu 4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die GIB dienen gem. der Anlage 3 zur LPlG DVO der Unterbringung von

| emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben,

| emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen

sowie jeweils zuzuordnender Anlagen (Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen). Sie sind insbesondere für die Neuansiedlung, Verlagerung und Erweiterung gewerblicher Betriebe und Anlagen, die wegen ihrer Standortanforderungen, ihrer Größenordnung oder ihres Störgrades den ASB nicht zuzuordnen sind, vorgesehen. Emittierende Betriebe sind Betriebe, von denen Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen i. S. d. § 3 Abs. 3 BImSchG ausgehen.

Zu 4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Als GIB eignen sich möglichst ebene, großflächige und infrastrukturell gut angebundene Standorte mit einem angemessenen Abstand zu sensiblen Nutzungen. Die topografischen Gegebenheiten des Planungsraums begrenzen die Möglichkeit zur Festlegung entsprechender Bereiche als GIB zum Teil erheblich. Hinzu kommt der wertvolle Naturraum, der vor Inanspruchnahme geschützt werden soll. Das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept der Regionalplanungsbehörde zeigt die begrenzten Möglichkeiten zur Festlegung neuer GIB auf. Eine nutzungskonforme Entwicklung der festgelegten GIB ist folglich zwingend notwendig.

Die GIB sollen daher der Neuansiedlung, der Verlagerung und der Erweiterung solcher gewerblichen Betriebe und Anlagen vorbehalten bleiben, die wegen ihrer Standortanforderungen, ihrer Größenordnung oder ihres Störgrades nicht wohnverträglich sind. Die Bauleitplanung hat eine Fehlnutzung der GIB durch Betriebe, die auf diese Qualitäten nicht angewiesen sind, auszuschließen.

Durch die Flächenknappheit erhält der Schutz der GIB vor heranrückender Wohnbebauung eine besondere Bedeutung. Die Übergangsbereiche zur Wahrung des Abstands zwischen emittierenden und schutzbedürftigen Nutzungen sollen deshalb im ASB liegen. Geeignete Maßnahmen, eine Einschränkung des emittierenden Gewerbes durch heranrückende schutzbedürftige Nutzungen zu vermeiden, können z. B. die Festsetzung von Gewerbegebieten nach § 8 BauNVO oder von Grün- oder Freiflächen im angrenzenden ASB sein.

Dazu aus der DVO LPlG NRW (Anlage 3):

1.c)

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen – GIB – (Vorranggebiete):

Flächen für die Unterbringung insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen (Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen),

soweit sie nicht mit Planzeichen 1.d) oder 1.e) darzustellen sind.

Bewertung / Kritik

Gemäß der Regelungen des rechtskräftigen Regionalplans für den Oberbereich Siegen wie auch der geltenden DVO LPlG NRW dienen die GIB der Unterbringung *insbesondere* von gewerblichen Betrieben und Anlagen, die im ASB nicht untergebracht werden können. Auch wohnverträgliches Gewerbe ist gemäß den Formulierungen von Ziel und Grundsatz zulässig. Im hier vorliegenden Regionalplanentwurf hingegen ist über das Ziel 4.3-2 geregelt, dass die Bauleitplanung Betriebe, die wohnverträglich sind, auszuschließen hat. Die nunmehr vorgesehene Festlegung ist hinsichtlich der Ausrichtung nicht mit den Erläuterungen zum geltenden Regionalplan vergleichbar, die noch die Möglichkeit bot, dass gewerbliche Bauflächen für wohnverträgliches Gewerbe (gerade) auch innerhalb der GIB entwickelt werden konnten.

Die kommunale Planungshoheit der Stadt Siegen wird durch die neuen Ziele für gewerbliche und industrielle Bereiche massiv beschnitten. Die Flexibilität bei der Entwicklung von GIB hin zu tragfähigen und zukunftsweisend ausgerichteten Unternehmensstandorten sowohl für produzierende, gleichermaßen aber auch nicht-produzierende Betriebe, die dennoch spezifische Standortanforderungen z. B. hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme oder des Verkehrsaufkommens stellen, wird den Kommunen mit diesen Festlegungen genommen. Zum einen muss die Möglichkeit gegeben sein, traditionelle Gewerbe- und Industriezweige in den vorgesehenen GIB ansiedeln zu können und zum anderen kann aber auch der festzustellende Strukturwandel nicht dadurch aufgehalten werden, dass die einzig möglichen Flächenreserven bauleitplanerisch für Betriebe mit entsprechenden Standortanforderungen (Logistik, Industriebetriebe) ausschließlich vorbehalten sind. Das Gewerbegebiet Martinshardt I im Siegener Leimbachtal hätte nach dem derzeitigen Regionalplanentwurf nicht entwickelt werden dürfen bzw. einem aufwändigen Zielabweichungs- oder Regionalplanänderungsverfahren bedurft, um als ASB ausgewiesen zu werden, welches mit dem vorliegenden Entwurf neben dem Wohnen auch auf wohnverträgliches Gewerbe, Dienstleistungen und Einzelhandel abstellt. Auch die Entwicklung des Gewerbegebietes Martinshardt II sowie des GIB Oberschelden/Seelbach ist aus Sicht der Stadt Siegen durch die restriktiven Zielfestlegungen gefährdet.

Aus Gründen des Immissionsschutzes gegenüber schutzwürdigen Nutzungen ergibt sich oftmals erst auf Ebene der Bebauungsplanung – Vorbelastung und Topografie spielt hier eine stark beeinflussende Rolle – der zwingende Ausschluss der industriellen Nutzung und zum Teil auch die Einschränkung der gewerblichen Nutzung. Dies stellt dann die einzige Möglichkeit dar, diese Flächen überhaupt gewerblich zu entwickeln. Inwiefern eine solche Bauleitplanung dann mit den hier in Rede stehenden Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wäre im Sinne der Endabgewogenheit der Ziel zu konkretisieren.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Spielraum, den auch die DVO LPIG mit der Formulierung „insbesondere“ einräumt, an die Kommunen weiterzugeben, um die Entwicklung ihrer Gewerbe- und Industriegebiete weiterhin am eigenen Bedarf und an der lokalen Unternehmenslandschaft ausrichten zu können und die Vorgaben dahingehend – wie im rechtskräftigen Regionalplan – flexibler zu formulieren. Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt Siegen über die Bauleitplanung den Schutz von Gewerbe- und Industriegebieten vor etwaigen Fremdnutzungen – dort, wo nötig und fachlich geboten – hinreichend sichergestellt. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt Siegen dürfen nicht zusätzlich und in Form eines pauschalen „Störfeuers“ auf Ebene der Regionalplanung auf ein unzumutbares Maß eingeschränkt werden.

4.3-3 Grundsatz – Zukunftsweisende Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Bei der Planung und Umsetzung von GIB soll die Schaffung mehrgeschossiger Produktionsebenen angestrebt werden.

Die für die Betriebsabläufe in den GIB erforderlichen Infrastrukturen sollen flächensparend entwickelt werden. Insbesondere die für den ruhenden Verkehr benötigte Inanspruchnahme von Flächen soll auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Für eine gleichzeitig flächensparende und energieeffiziente Ausnutzung der Flächenpotenziale sollen erneuerbare Energien bspw. in Form von Aufdach- und/oder Fassadenanlagen genutzt werden.

Anregung / Forderung

Für Handwerk und Logistik sowie die Unterbringung von Stellplätzen und Neben-/Sozialräumen oder Büros können mehrgeschossige Gewerbebauten aus Sicht der Stadt Siegen eine gewinnbringende Lösung sein. Gerade für das im Siegerland traditionell ansässige metallverarbeitende Gewerbe, welches beispielsweise mit tonnenschweren Pressen oder anderen Anlagen produziert, erscheint eine solche Festlegung jedoch eher realitätsfern. Die Stadt Siegen regt daher an, den Grundsatz um die Formulierung „wenn betriebstypenabhängig möglich“ zu ergänzen.

Die Stadt Siegen begrüßt die Festlegung zur Doppelnutzung von Flächen für Gewerbe und Energieerzeugung. Damit wird eine Unternutzung von Flächen vermieden. Dennoch sollte die Möglichkeit, über Jahre kaum vermarktungsfähige Gewerbebestandorte bzw. für Betriebserweiterungen vorgesehene Flächen zumindest temporär für PV-Freiflächenanlagen zu nutzen, gegeben sein. Gleiches muss für Rand- und Restflächen gelten. Daher sollte an dieser Stelle eine entsprechende Ausnahmeregelung ergänzt werden. Im Entwurf wird bislang lediglich in den Erläuterungen auf nicht nutzbare Restflächen wie Böschungskanten verwiesen. Somit regt die Stadt Siegen an, die textliche Festlegung um einen Hinweis zu ergänzen, dass Ausnahmen für die Nutzung von Freiflächen für PV-Anlagen im Rahmen der Bauleitplanung definiert werden können.

Zu den Zeichnerische Darstellung – Abgrenzung von ASB und GIB

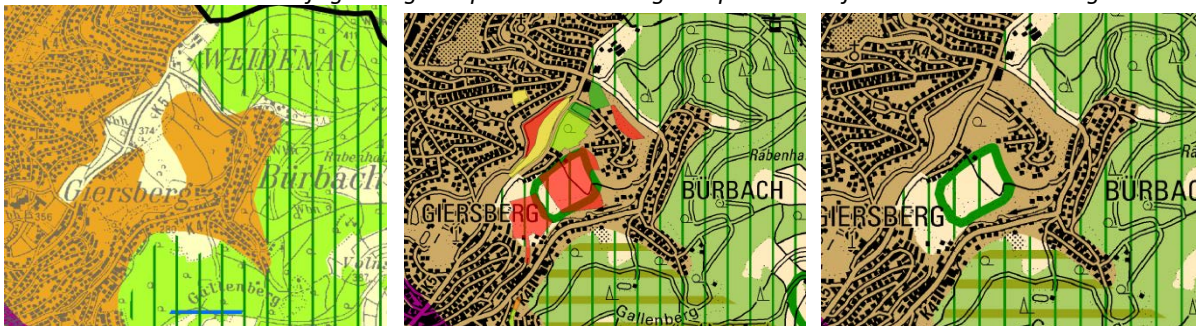
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Bereich Fischbacherberg



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Vorgaben der Stadt Siegen, lediglich am südwestlichen Zipfel (Graudener Straße Richtung Witschert) sollte der ASB vergrößert werden, um die Möglichkeiten einer potentiellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten. Ggf. wäre die Einsparung größerer ASB-Reserven im braun umkreisten Bereich möglich. Die Überlagerung des ASB mit der Darstellung "Wasserschutzgebiet" ist zu vermeiden.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Bürbacher Giersberg



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen, die im Wohnbaulandkonzept priorisierten Flächen sind im ASB enthalten.

Die Fläche neben dem Bürbacher Friedhof (rot umrandet) sollte als ASB dargestellt werden, um die Möglichkeiten einer potentiellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

Ggf. wäre die Einsparung größerer ASB-Reserven in den grau umrandeten Bereichen auf den nicht zur Bebauung empfohlenen Flächen möglich.

Zur BSN-Darstellung siehe Abschnitt zu 5.4.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Häusling/Lindenberg

**Detailbetrachtung:**

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht nur zum Teil den kommunalen Erfordernissen: Die im Wohnbaulandkonzept untersuchte Fläche Siegen_2 ist nur zum Teil im ASB enthalten.

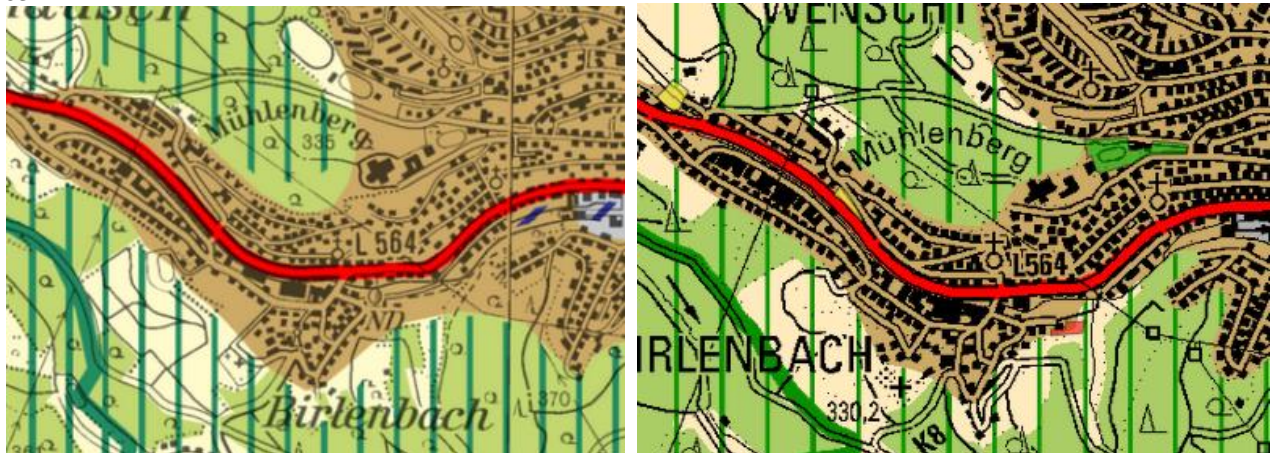
Der Bereich des ehemaligen GIB Fludersbach wurde gemäß der neuen Bestimmungen zu ASB/GIB an die Realnutzung angepasst und durch das überwiegend angesiedelte nicht-störende Gewerbe als jetzt ASB dargestellt.

Die Stadt Siegen hatte eine Erweiterung des ASB in Richtung Deponie entsprechend der tatsächlichen Nutzung gewünscht. Dem ist die BRA nicht nachgekommen, daher bleibt die Fläche als Freiraum ausgewiesen.

Der Bereich ist als unbeplanter Innenbereich zu bewerten – die Ausweisung eines ASB sollte vorgenommen werden.

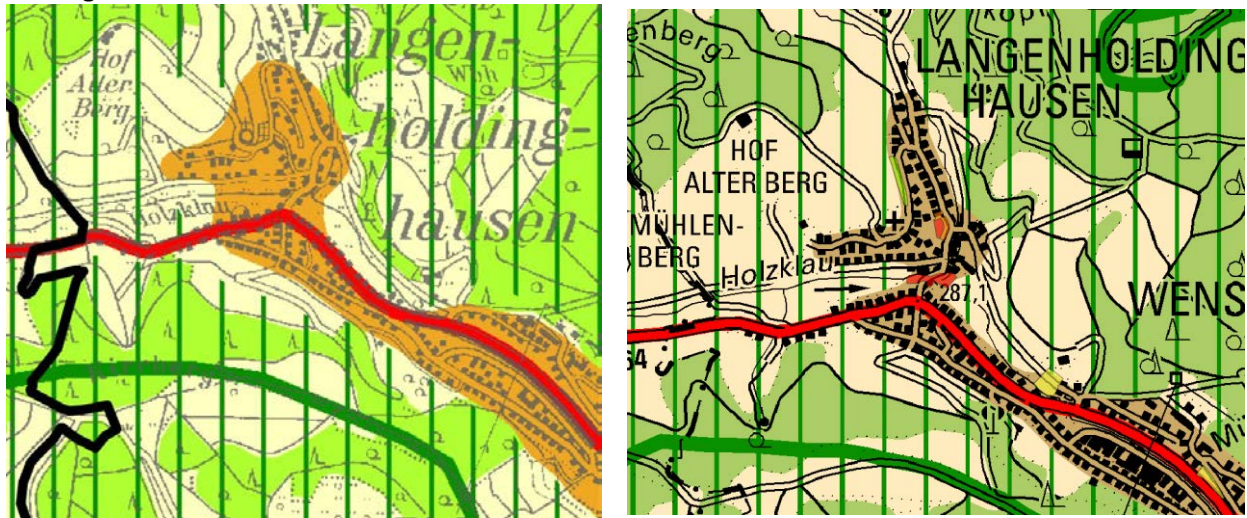
Eine Flächeneinsparung des ASB zu Bilanzzwecken wäre auch hier durch genauere Abgrenzung möglich. Zur BSN-Darstellung siehe Abschnitt zu 5.4.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Birlenbach/Langenholdinghausen:

**Detailbetrachtung:**

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen und wurde z. B. beim Baugebiet Zäunchen an die reale Nutzung angepasst. Im Bereich des Sportplatzes Birlenbach wurde der ASB zurückgenommen - hier sollte nach Meinung der Verwaltung eine Ausweitung der ASB-Darstellung erfolgen, um die Möglichkeiten einer potenziellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

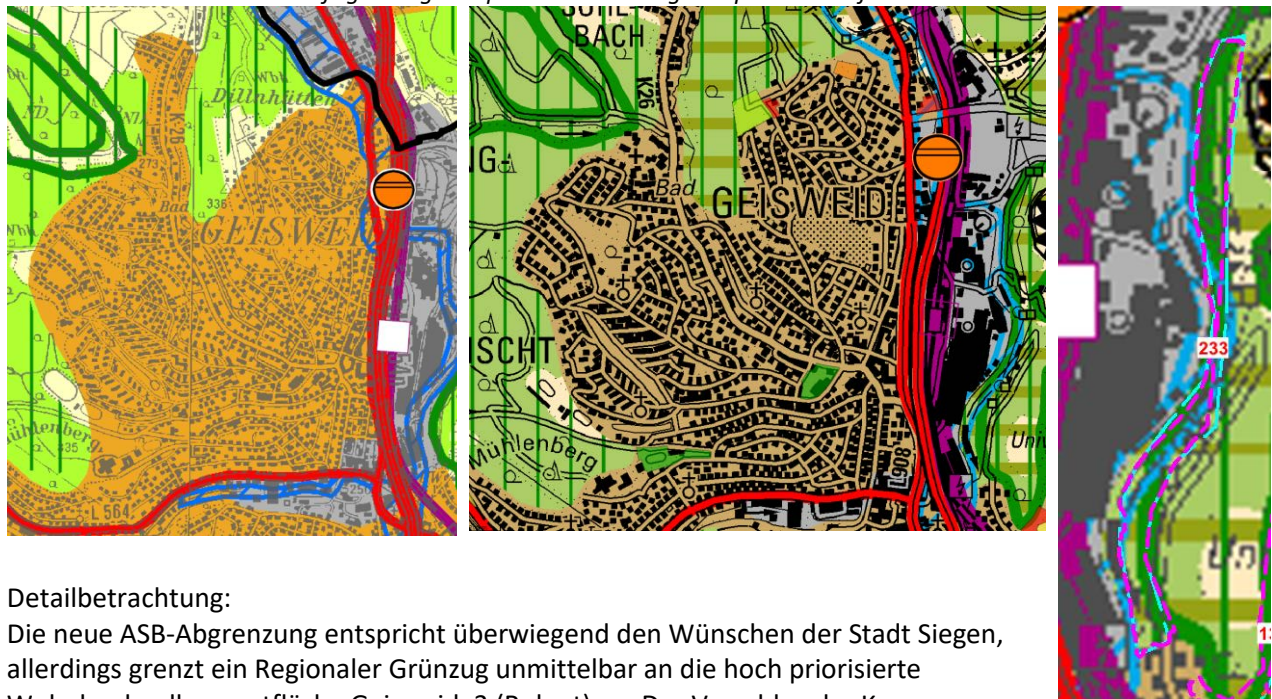
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Birlenbach/ Langenholdinghausen:



Detailbetrachtung:

Die ASB-Ausweisung im Bereich Langenholdinghausen ist an die Realnutzung angepasst und aus Sicht der Verwaltung daher so in Ordnung. Die Fläche Am Altenberg ist nach wie vor im ASB enthalten und könnte aufgrund der aktuellen Entwicklung als Freiraum dargestellt werden.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Geisweid



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen, allerdings grenzt ein Regionaler Grünzug unmittelbar an die hoch priorisierte Wohnbaulandkonzeptfläche Geisweid_3 (Ruhrst) an. Der Vorschlag der Kommune, den "Außenbereich im Innenbereich" im Wenscht aus dem ASB herauszunehmen, wurde nicht umgesetzt (Eichenallee-Buchenweg-Eulenweg-Spechtweg).

Die faktisch als Industriegebiet genutzten Flächen der Deutschen Edelstahlwerke östlich der Ferndorf wurden entgegen des Wunsches der Kommune nicht als GIB dargestellt, sondern als BSN. Das bedeutet, dass Gebäude bzw. betriebliche Einrichtungen der DEW nun innerhalb der BSN liegen. BSN und Regionaler Grünzug reichen auch hier unmittelbar bis an den GIB heran – Nutzungskonflikte sind somit vorprogrammiert

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Haardter Berg



Detailbetrachtung:

Die hier vorgenommene ASB-Z Abgrenzung kann mitgetragen werden. Entsprechend der aktuellen Planungen des Bebauungsplans "Science-Campus" wird angeregt, Wohnheime für Studierende und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ebenfalls im ASB-Z Hochschulbereich der Universität Siegen aufzuführen.

BSN sowie Regionaler Grünzug reichen direkt bis an die ASB heran (insb. im Bereich Sportplatz Glückaufstraße).

Der Deponiestandort Haardter Berg ist umgeben von BSN sowie überlagert von einem Regionalen Grünzug, so dass hier Nutzungskonflikte bestehen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Achenbach

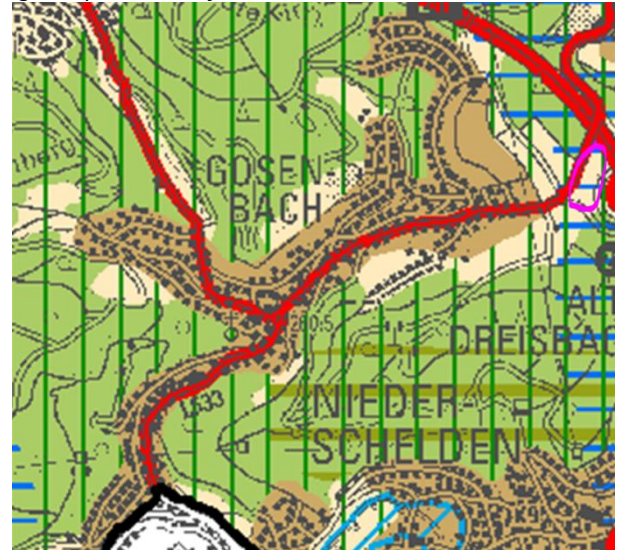
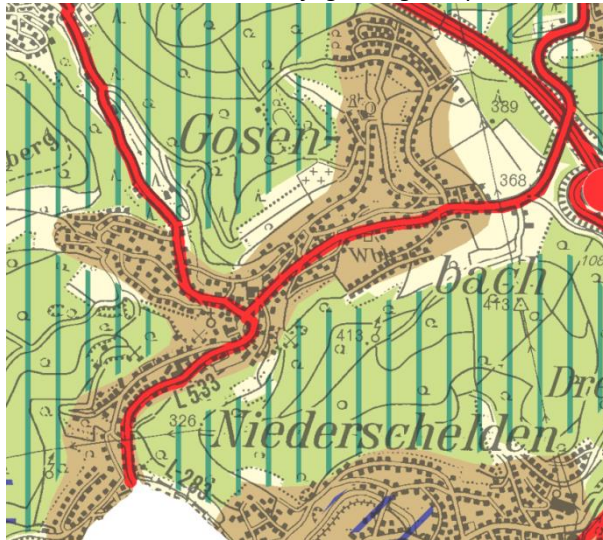


Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht den Wünschen der Stadt Siegen. In Achenbach beginnend zieht sich die Signatur "Wasserschutzgebiet" flächendeckend über die Siedlungsbereiche Alte Dreisbach und Heidenberg, die GI-Flächen im Siegtal einschließlich der nördlichen Teile von Eisernfeld und der Hengsbach bis hin zur Eisernhardt. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.

Das GIB Heidenberg wurde aufgrund der Realnutzung in ASB umgewandelt, die Hänge zum Siegtal wie gewünscht in Freiraum.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Gosenbach



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen.

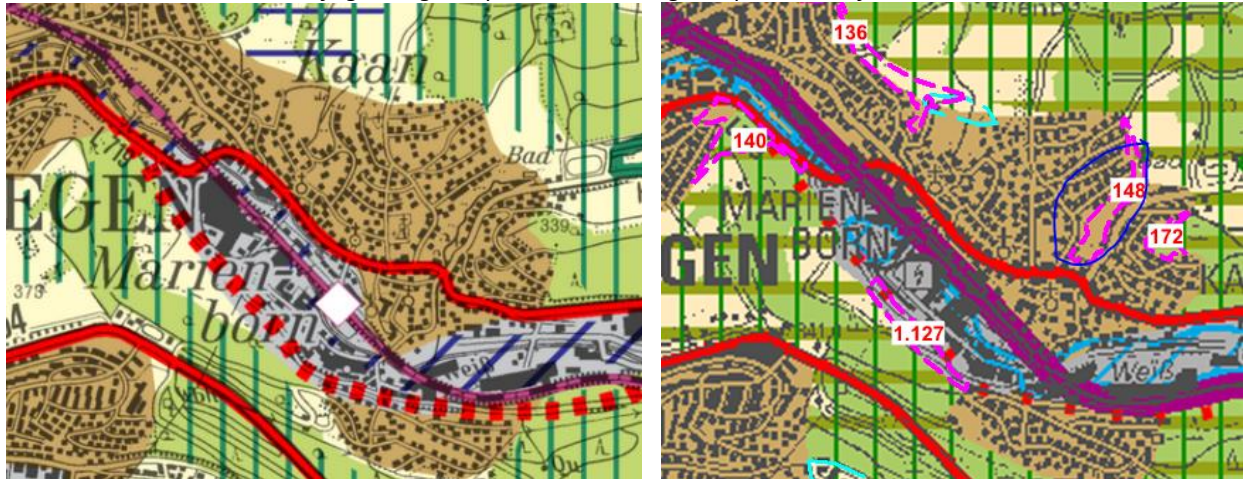
Die Fläche westlich des Friedhofs sollte als ASB dargestellt werden, um die Möglichkeiten einer potenziellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage Am Rothenberg (pink umrandet) liegt im Wasserschutzbereich sowie im "Bereich zum Schutz der Landschaft und Erholung". Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.

Im Bereich "Neue Feld" könnten gemäß Wohnbaulandkonzept weitere Flächen zurück genommen werden:



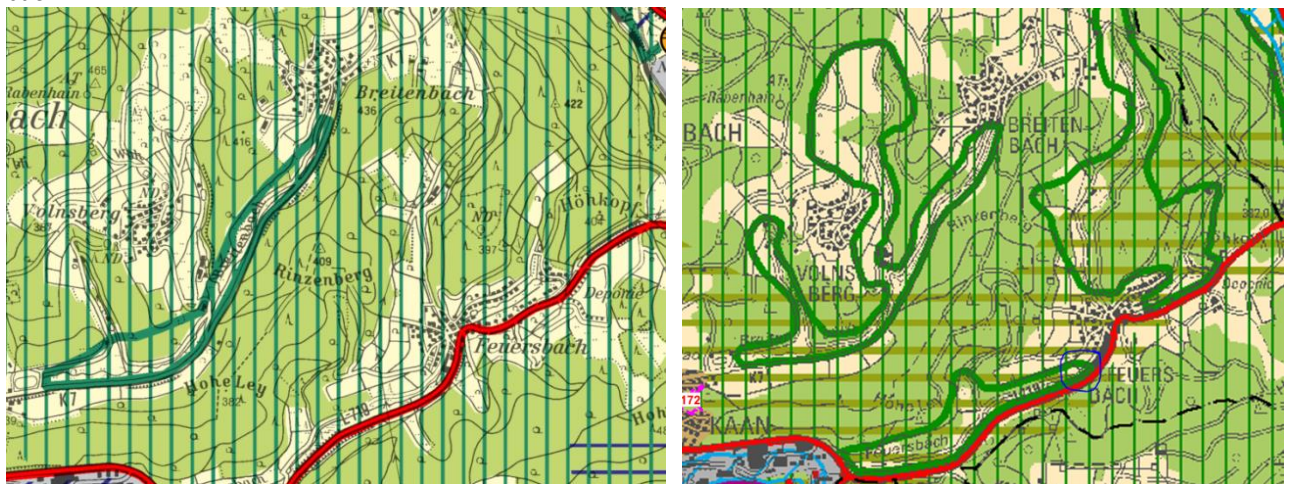
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Kaan



Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung in der Talaue des Breitenbachs (148) wurde entgegen dem städtischen Wunsch nicht herausgenommen. Da der obere Lauf des Baches im BSN liegt, wäre eine Herausnahme aus dem ASB wünschenswert. Die Darstellung der Überschwemmungsbereiche der Weiß gehen deutlich über die festgesetzten bzw. gesicherten Überschwemmungsbereiche hinaus. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-3.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Volnsberg, Breitenbach, Feuersbach



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen. Die großen BSN-Bereiche (u. a. mit den landwirtschaftlich genutzten Flächen in den Talauen von Breitenbach und Feuersbach) schließen direkt an die Siedlungsbereiche an, so dass Konfliktsituationen entstehen. Insbesondere gilt dies angrenzend an die Firma Schäfer in Feuersbach. Die großflächigen Regionalen Grünzüge überlagern die Siedlungsbereiche des Stadtteils Feuersbach. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.4-1.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Wellersberg



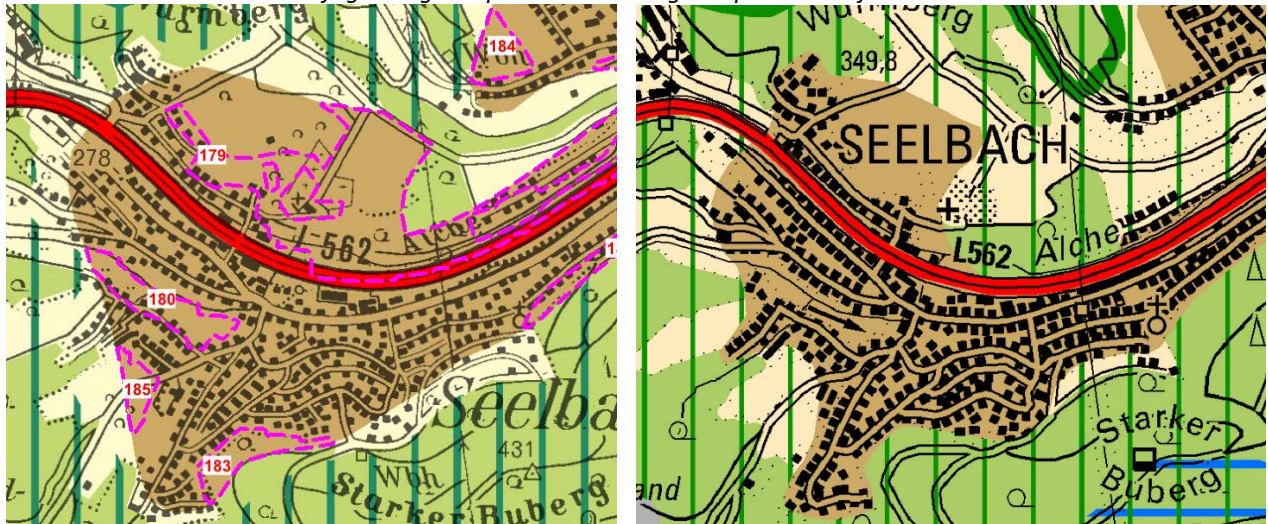
Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Gesprächen mit der BRA. Allerdings besteht aus Sicht der Stadt Siegen keine Notwendigkeit, die Waldfläche zwischen der Verlängerung Blücherstraße und der Verlängerung Herderstraße als ASB darzustellen (grau umrandet). Die Fläche 143 östlich der Kinderklinik sollte als Freiraum ausgewiesen werden (ca. 4 ha, blau umrandet).

Die GIB wurden gemäß der neuen Einteilung auf Basis der reellen Nutzung in ASB geändert (kein emittierenden Industriebetriebe).

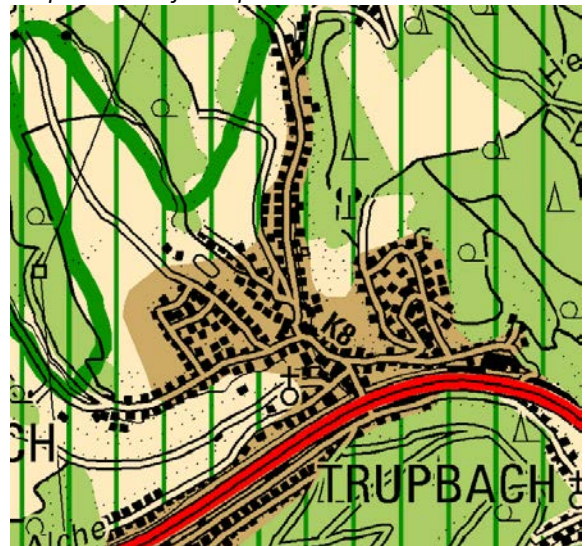
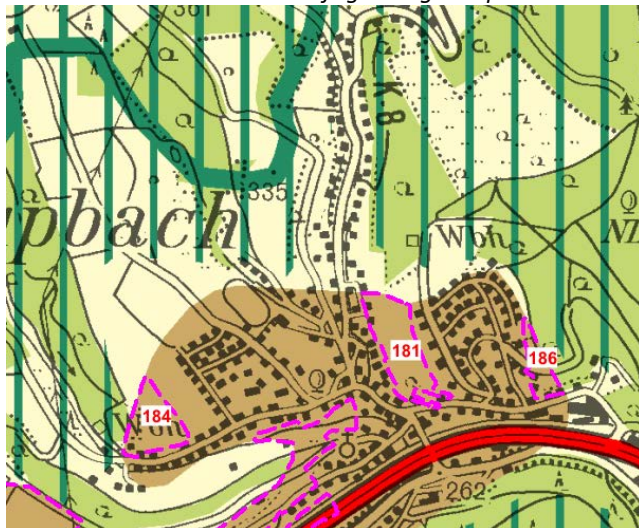
Der Hermelsbacher Friedhof wird tlw. von "Bereich zum Schutz der Landschaft und Erholung" überlagert. Ob diese Abgrenzung einer sachgerechten und fachlichen Abwägung Stand hält, ist zu überprüfen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Seelbach

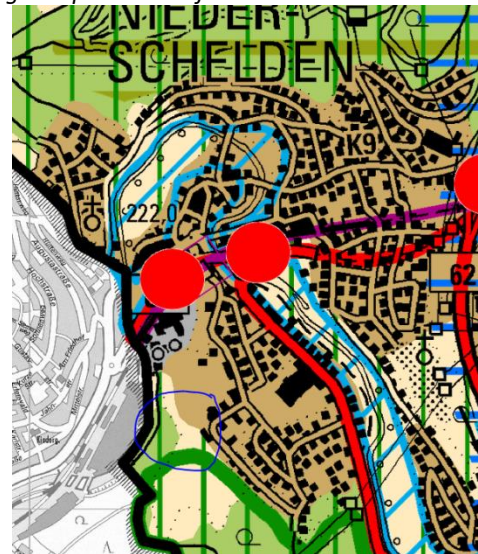
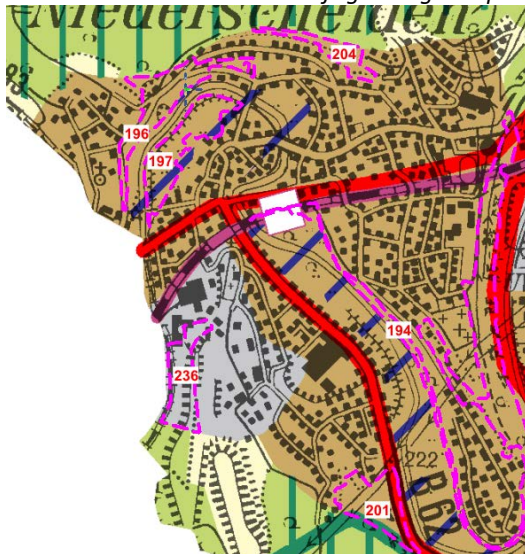


Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Jedoch wurde dem Wunsch der Kommune nicht entsprochen, die Fläche 180 aus dem ASB heraus zu nehmen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Trupbach**Detailbetrachtung:**

Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Jedoch wurde dem Wunsch der Kommune nicht entsprochen, die Fläche 181 aus dem ASB heraus zu nehmen und die ASB an die Realnutzung anzupassen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Niederschelden**Detailbetrachtung:**

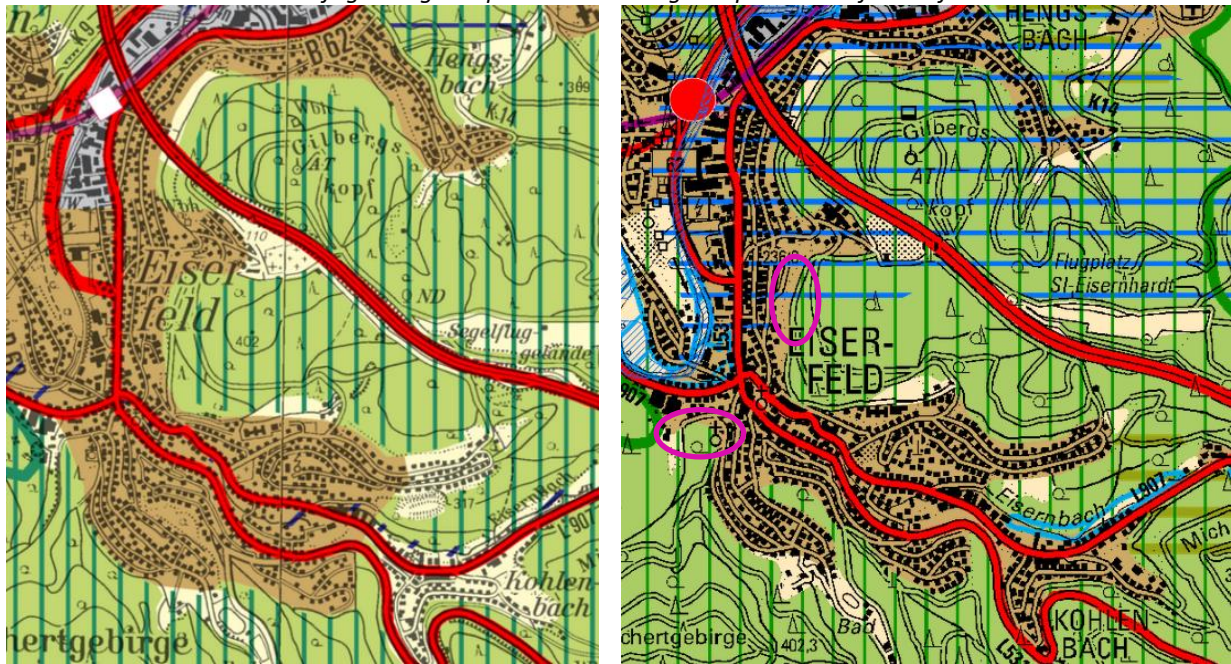
Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Eine mögliche wohnbauliche / gewerbliche Entwicklung der Sandhalde ist jedoch nicht vollumfänglich im Regionalplanentwurf abgedeckt, da die BRA hier hinter den Wünschen der Kommune zurück geblieben ist.

Der BSN umfasst hier nun einen noch größeren Teil der Sandhalde und reicht bis unmittelbar an die aktuelle (und geplante) gewerbliche Nutzung heran.

Die Überschwemmungsbereiche (grob blau schraffiert) sind deutlich zu groß dargestellt und gehen weit über die vorläufig gesicherten Bereiche hinaus (fein blau schraffiert): Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.



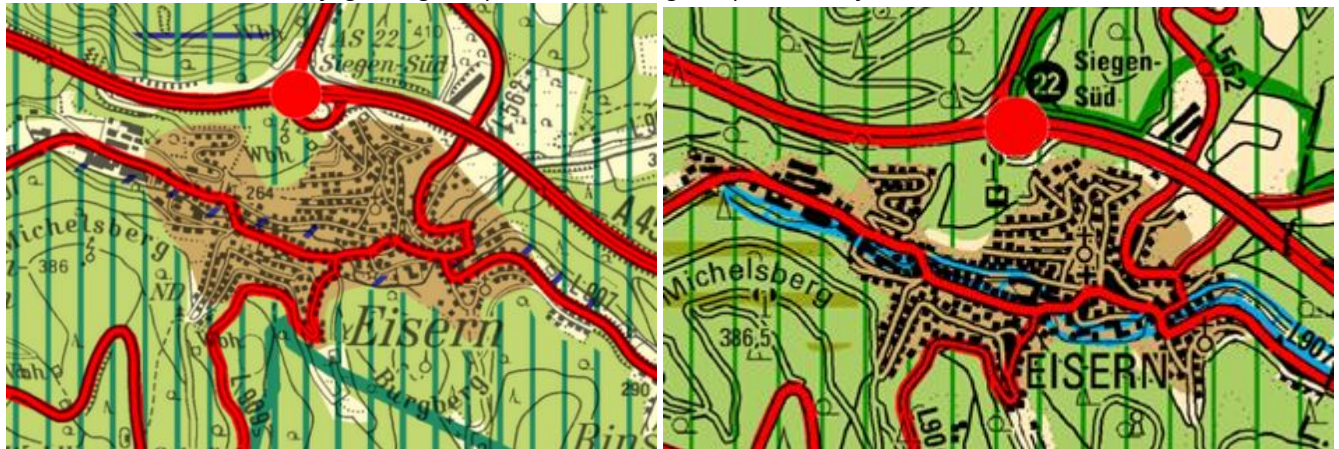
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Eiserfeld



Detailbetrachtung:

ASB-Abgrenzung: Die Fläche "In der Tretenbach" wurde entgegen dem Wunsch der Kommune aus dem ASB entfernt, obwohl dort eine Ergänzungssatzung nach Baugesetzbuch besteht. Ebenfalls nicht nachgekommen wurde dem Wunsch, die Fläche Hengsbach (Eiserfeld_2 des Wohnbaulandkonzeptes) zurückzunehmen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Eisern



Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung wurde an die Realnutzung angepasst. Die Potenzialfläche Eisern_1 "Auf dem Groben" ist in der neuen ASB-Abgrenzung nicht vollständig enthalten.

Ein BSN grenzt direkt an das Werksgelände der Firma Hundhausen an, Nutzungskonflikte sind hier vorprogrammiert.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf überlagert mit der GIB-Abgrenzung aus dem rechtskräftigen Regionalplan (blaue Umrandung) - Bereich Eisernhardt:



Detailbetrachtung:

Die GIB-Fläche wurde im vorliegenden Entwurf deutlich verkleinert (vorher: blaue Umrandung). Die Stadt Siegen fordert daher die Beibehaltung der ursprünglichen Abgrenzung.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die ASB-Abgrenzung gemäß den vorangehenden Detailbetrachtungen anzupassen.

4.4-2 Grundsatz – Standorte von Einkaufszentren

Die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i. S. d. § 11 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO (Einkaufszentren) soll nur innerhalb der zASB erfolgen.

Bewertung / Kritik

Wenn Einkaufszentren nur noch in den zASB angesiedelt werden sollen, sind solche Ansiedlungen in einigen Siegener Stadtteilen gemäß der aktuell vorliegenden Abgrenzung der zASB (Erläuterungskarte 4A) nicht mehr möglich. Jedoch befinden sich auch in den nicht als zASB deklarierten Stadtteilen, beispielsweise in Seelbach und Achenbach, die für sich genommen Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung darstellen, Nahversorgungsstandorte. An diesen Standorten ist die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten – auch solchen, die der Definition eines Einkaufszentrums unterfallen könnten – durchaus vorstellbar und im Sinne der dezentralen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger oftmals gewünscht (z. B. Supermarkt, Drogerie, Getränkemarkt in räumlicher Nähe und mit organisatorischer Einheit).

Anregung / Forderung

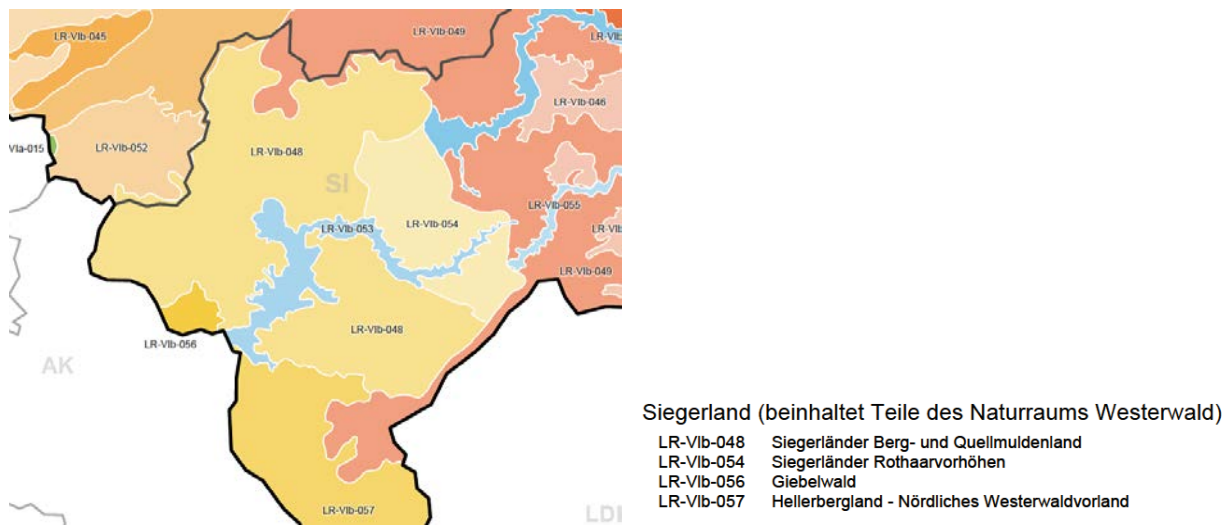
Die Stadt Siegen fordert, die zASB in der Grundsatzformulierung gegen ASB zu ersetzen oder die Formulierung dahingehend zu entschärfen, dass die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i. S. d. § 11 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO **vorrangig** innerhalb der zASB erfolgen soll. .

Zu 5.1: Festlegungen für den gesamten Freiraum

5.1-3 Grundsatz – Leitbilder der Landschaftsentwicklung

Bei der Formulierung von Entwicklungszielen der Landschaftsplanung und bei der Erarbeitung von Kompensationskonzepten sollen die Leitbilder der Landschaftsräume und die Entwicklungsziele für die Verbundschwerpunkte des Biotopverbunds berücksichtigt werden. Die Landschaftsräume sind in Erläuterungskarte 5A abgebildet.

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5A:



Bewertung / Kritik

Die im Grundsatz erwähnten Leitbilder der Landschaftsräume und Entwicklungsziele der Verbundschwerpunkte sind in Erläuterungskarte 5A nicht näher beschrieben, lediglich dargestellt. In den Erläuterungen zu Grundsatz 5.1-3 wird auf das Landschaftsinformationssystem (LINFOS) des LANUV verwiesen, das im Internet verfügbar ist.

Anregung / Forderung

Die Leitbilder der Landschaftsräume sowie die Entwicklungsziele aus dem LINFOS sind, wenn sie in der Bauleitplanung Berücksichtigung finden sollen, in den Regionalplanentwurf aufzunehmen. Die dynamische Verweisung wird auch hier seitens der Stadt Siegen als nicht rechtmäßig angesehen.

5.1-4 Grundsatz – Orts- und Landschaftsbild bestimmende Strukturen

Charakteristische Siedlungs- und Freiraumstrukturen, die das Orts- und Landschaftsbild in besonderer Weise bestimmen, sollen in ihrer Funktion erhalten und entwickelt werden.

Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu diesem Grundsatz werden sehr kleinteilige Strukturen wie beispielsweise markante Einzelbäume oder Streuobstwiesen angesprochen, die zu erhalten und entwickeln seien. Dies auch hier nur textlich, weil die Maßstabsebene eine zeichnerische Darstellung gar nicht zulassen würde. Auch diese Strukturen werden jedoch selbstverständlich und bereits ohne Regionalplanentwurf im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt.

Anregung / Forderung

Auch hier ist der Grundsatz daher aus Sicht der Stadt Siegen zu streichen – der Umgang mit den Schutzgütern ist der kommunalen Planungshoheit zu überlassen.

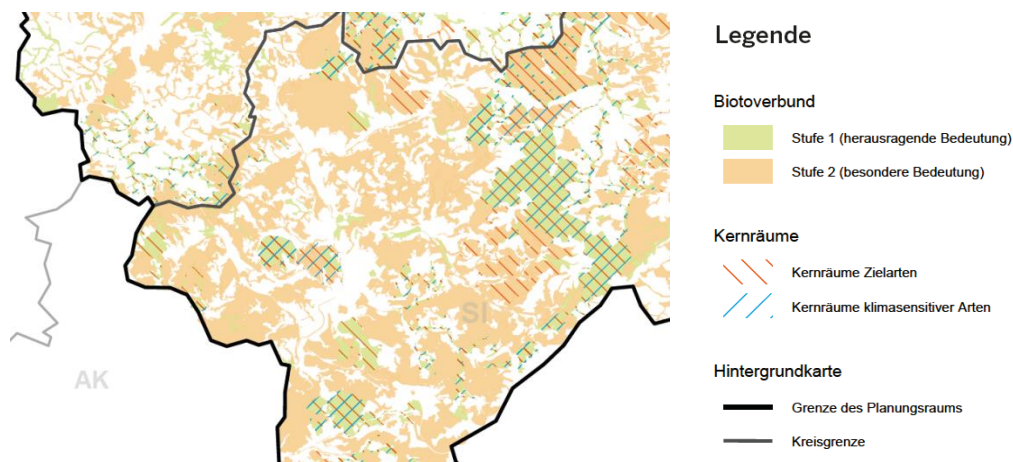
5.1-5 Grundsatz – Siedlungs- und freiraumübergreifende Biotopvernetzung

Bei der Siedlungsentwicklung sollen freiraum- und siedlungsübergreifend Lebensgemeinschaften und Biotop-e einschließlich ihrer ökologischen Wechselbeziehungen vernetzt werden. Dabei sollen auch die Ansprüche von klimasensitiven Arten berücksichtigt werden. Dies schließt die Sicherung und Entwicklung von Lebensräumen ein, deren Bedeutung für diese Artengruppen erst im Zuge des prognostizierten Klimawandels steigen wird. (vgl. Erläuterungskarte 5B)

Dazu aus den Erläuterungen S. 88:

Daher ist der Gedanke der Biotopvernetzung auch bei der Siedlungsentwicklung insbesondere in der Bauleitplanung von Relevanz. Gerade Übergangsbereiche an Siedlungsrändern können ein wesentlicher Bestandteil der Biotopvernetzung sein. Der Siedlungsraum weist durch intensive Nutzung einen hohen Bedarf zur Verbesserung von Biotopverbindungen auf. Hier liegt jedoch auch ein besonders hohes Potenzial, durch vergleichsweise geringen Aufwand zu einer qualitativen Aufwertung der Vernetzungsstruktur beizutragen. (vgl. Grundsatz 4.1-6) Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z. B. das Entwickeln von Bachsystemen mit ihren Auen und begleitenden Gehölzen oder angrenzendem Grünland bzw. innerörtlichen Grünflächen. Derartige Maßnahmen bieten häufig viele Möglichkeiten für Synergien beim Zusammenspiel unterschiedlicher Fachplanungen. Bewertung / Kritik

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5B



Auch die Belange, auf die in diesem Grundsatz Bezug (Artenschutz bzw. klimasensitive Arten bzw. Lebensräume für diese Artengruppen) genommen wird, sind sehr kleinteilig, wenn in den Erläuterungen beispielsweise Bachsysteme und begleitende Gehölze genannt werden. Diese Strukturen werden ebenfalls im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt. Die zeichnerische Darstellung des Biotopverbunds in Erläuterungskarte 5B hingegen lässt auch hier einen konkreten räumlichen Bezug vermissen. Der Begriff der klimasensitiven Arten wird im Regionalplanentwurf nicht näher definiert.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, Satz 2 und 3 des Grundsatzes 5.1-5 zu streichen und damit den Regelungsgehalt der kommunalen Planungshoheit zu überlassen. Die Stadt Siegen fordert außerdem, den Biotopverbund kartographisch so darzustellen, dass eine dem Maßstab des Regionalplans entsprechende Verortung der Flächenkategorien möglich wird.

Zu 5.2: Wald und Forstwirtschaft

5.2-1 Grundsatz – Erhalt großflächiger, unzerschnittener Waldbereiche und überregionaler Wildtierkorridore

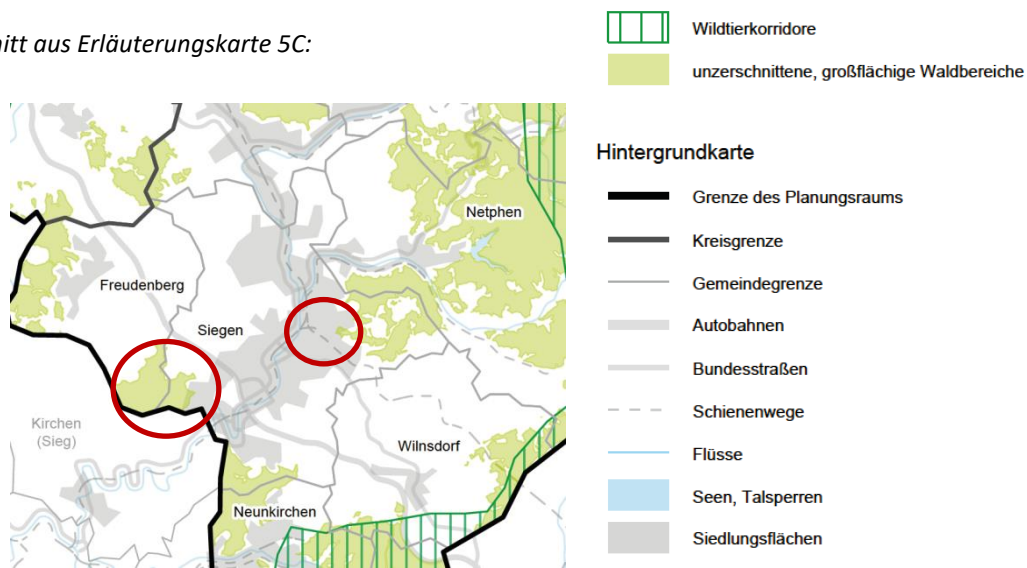
Die Lebensräume von Arten mit weiträumigem Arealanspruch und deren durchgängige Wanderkorridore sollen gesichert und entwickelt werden.

Hierfür sollen großflächige, unzerschnittene und störungsarme Waldbereiche sowie naturnahe, strukturreiche Laubwälder und Waldränder gesichert und entwickelt werden. (vgl. Erläuterungskarte 5C)

Ausschnitt aus den Erläuterungen S. 93:

[...] Diese Trittsteine und Korridore können unter die Darstellungsschwelle für regionalplanerisch festgelegte Waldbereiche fallen. Daher können Verbundkorridore für Arten der Waldgilde auch in zeichnerisch nicht als Wald festgelegten Bereichen liegen.[...]

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5C:



Bewertung / Kritik

Wie bei vielen Festlegungen wird auch hier wieder Bezug genommen auf kleinteilige Strukturen unterhalb der Darstellungsschwelle, die nicht einmal als Wald festgelegt sind, trotz dass sich dieser Grundsatz auf Waldbereiche bezieht. Der räumliche Bezug dieses Grundsatzes ist somit nicht nachvollzieh- und abgrenzbar. Auch die Erläuterungskarte liefert auf Grund der Maßstäblichkeit keine Erkenntnisse zur Abgrenzung der unzerschnittenen, großflächigen Waldbereiche. Es fällt allerdings auf, dass sich im Siegener Stadtgebiet der als Siedlungsfläche dargestellte Bereich in zwei Teilbereichen (rote Kreise in der Karte) mit den unzerschnittenen, großflächigen Waldbereichen überschneidet. In der Erläuterungskarte scheint die Darstellung der Siedlungsbereiche im Übrigen über die tatsächlich besiedelten Bereiche deutlich hinauszugehen. Es stellt sich die Frage, welche Datengrundlage hier genutzt wurde.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in den Grundsatz auf die auf Regionalplanebene darstellbaren unzerschnittenen, großflächigen Waldbereiche zu begrenzen und im Übrigen der kommunalen Planungshoheit zu überlassen, kleinteilige schützenswerte Strukturen bzw. Biotopverbünde und Wildtierkorridore im Zuge städtebaulicher Entwicklungen zu schützen. Die Waldbereiche sind so darzustellen, dass eine räumliche Verortung möglich ist und die Siedlungsbereiche sind in der kartographischen Darstellung zu korrigieren. Sollten weiterhin Überschneidungen zwischen den Siedlungsbereichen und den Waldbereichen auftreten, sind die Waldbereiche innerhalb der Siedlungsbereiche zeichnerisch zurückzunehmen.

5.2-6 Ziel – Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen

Naturwaldzellen und deren unmittelbare Umgebung sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um die ungestörte Entwicklung der Biozönosen sicherzustellen.

Wildnisentwicklungsgebiete und deren unmittelbare Umgebung sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um die ungestörte Entwicklung der Biozönosen sicherzustellen.

Zugelassene Saatgutbestände und Samenplantagen sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um ihre Bedeutung für die Versorgung mit hochwertigem, standortangepasstem Saatgut zu erhalten.

Forstliche Versuchsflächen sind bis zum Abschluss der unmittelbaren Beobachtung vor jeder den Versuchszweck beeinträchtigenden Einwirkung zu schützen.

Die Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, zugelassenen Saatgutbestände und forstlichen Versuchsflächen sind in Erläuterungskarte 5D abgebildet.

Bewertung / Kritik

Im Ziel 5.2-6 wird auf Flächenkategorien (Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen) Bezug genommen, die in einer Erläuterungskarte lediglich mit Piktogrammen verortet sind. Die Begriffe der „unmittelbaren Umgebung“ sowie der „nachteiligen“ bzw. „beeinträchtigenden“ „Einwirkungen“ sind nicht näher definiert.

Anregung / Forderung

Entsprechend der Zielfestlegung sind die Flächenkategorien mindestens in einer Erläuterungskarte und damit räumlich konkret verortet darzustellen. Die Piktogramme und der Verweis auf den Fachbeitrag des Landesbetriebs Wald und Holz, der nicht Teil des Regionalplanentwurfs ist, reicht aus Sicht der Stadt Siegen nicht aus, da das Planwerk aus sich heraus verständlich und lesbar sein muss. Die vorgenannten Begrifflichkeiten sind außerdem zu definieren. Andernfalls ist nicht nachvollziehbar, welche Auswirkungen die Flächenausweisungen auf ihre Umgebung haben.

5.2-7 Grundsatz – Erhalt und Pflege kulturhistorischer Waldnutzungsformen und Objekte

Waldflächen mit Relikten historischer Waldnutzungsformen sowie kulturhistorisch wertvolle Objekte und Strukturen im Wald sollen entsprechend ihres schutzwürdigen Charakters auf Grundlage abgestimmter Nutzungskonzepte erhalten und gepflegt werden.

Ausschnitt aus der Begründung S. 65:

[...] Wegen ihrer Kleinteiligkeit bzw. geringen Größe ist gegenüber den kulturhistorischen Elementen und Strukturen besondere Aufmerksamkeit geboten, da sie aufgrund von Nutzungsintensivierungen oder Erschließungsmaßnahmen in ihrem Erhalt gefährdet sein können. [...]

Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu diesem Grundsatz werden wiederum sehr kleinteilige Strukturen wie beispielsweise Kalköfen und Verhüttungsstellen angesprochen, die zu erhalten und entwickeln seien. Dies auch hier nur textlich, weil die Maßstabebene eine zeichnerische Darstellung gar nicht zulassen würde. Auch diese Strukturen werden jedoch selbstverständlich und bereits ohne Regionalplanentwurf im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bzw. des Denkmalschutzes bereits berücksichtigt.

Anregung / Forderung

Auch hier ist der Grundsatz daher aus Sicht der Stadt Siegen zu streichen – der Umgang mit den Schutzgütern ist der kommunalen Planungshoheit zu überlassen.

Zu 5.3: Offenland und Landwirtschaft

5.3-1 Grundsatz – Sicherung von Offenland

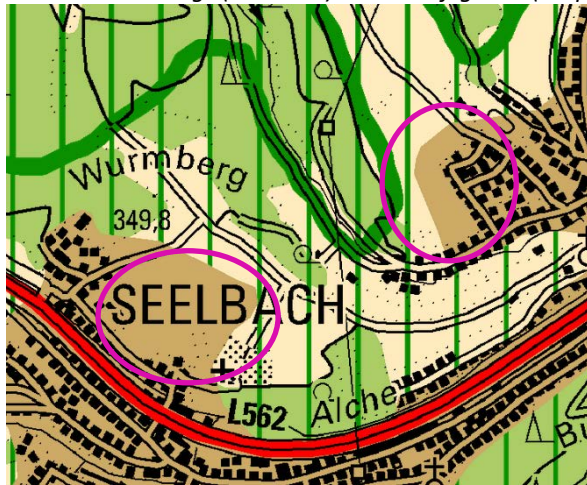
Offenland soll als wesentlicher Bestandteil des Landschaftsgefüges gesichert werden.

Bewertung / Kritik

Die Formulierung des Grundsatzes 5.3-1 lässt offen, was genau „Offenland“ ist. Auch beispielsweise innerhalb von im Regionalplanentwurf festgelegten, aber noch nicht bauleitplanerisch umgesetzten ASB und GIB findet sich „Offenland“, das der Beschreibung in den Erläuterungen und der Begründung zu den textlichen Festlegungen entspricht. Sollen diese „Offenland“-Bereiche nun freigehalten werden, steht der Grundsatz 5.3-1 in großem Widerspruch zu den Festlegungen von ASB, GIB und anderen Siedlungs-

flächenkategorien, die zur baulichen Entwicklung vorgesehen sind und deren Flächen auf Siegener Stadtgebiet z.T. in die Kategorie „Offenland“ fallen.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf und dem gültigen FNP der Stadt Siegen mit Verortung der Offenlandbereiche "Wurmberg" (Seelbach) und "Wolfsgrow" (Trupbach), die als Wohnbaulandreserve im FNP dargestellt sind:



Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert klarzustellen, dass sich der Grundsatz auf die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) bezieht. Andernfalls ist der Grundsatz bzw. sind die Ziel-Festlegungen zu den Siedlungsflächenkategorien nicht endabgewogen – der Grundsatz sollte in diesem Falle gestrichen werden.

Zu 5.4: Natur und Landschaft

5.4-1 Ziel – Bereiche für den Schutz der Natur

In den BSN ist die naturnahe oder durch Extensivnutzung bedingte Ausprägung von Natur und Landschaft langfristig zu sichern und zu entwickeln.

Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch als BSN festgelegten naturschutzwürdigen Oberflächengewässer und deren zugehörige Talzüge (Anhang 5-I) sind BSN.

Die BSN sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und eine dem jeweiligen Schutzzweck angepasste Nutzung zu pflegen und zu entwickeln oder einer ungestörten Entwicklung zu überlassen.

Dem Arten- und Biotopschutz ist in den BSN der Vorrang vor beeinträchtigenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einzuräumen. Dies schließt auch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen ein, die in der Umgebung von BSN stattfinden und sich beeinträchtigend auf die wesentlichen Teile des jeweiligen BSN auswirken können.

Alle Nutzungen sind in ihrer Art und Intensität den jeweiligen standörtlichen Erfordernissen zur Erhaltung und Entwicklung der BSN anzupassen.

5.4-2 Ziel – Umsetzung der Bereiche für den Schutz der Natur

Die zeichnerisch festgelegten BSN sind entweder in ihrer Gesamtfläche oder in ihren wesentlichen Teilen (Anhang 5-II i. V. m. Erläuterungskarte 5E) als Naturschutzgebiete festzusetzen oder über langfristige vertragliche Vereinbarungen zu sichern. Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch festgelegten BSN sind als Naturschutzgebiete oder geschützte Landschaftsbestandteile festzusetzen oder über langfristige vertragliche Vereinbarungen zu sichern. Insbesondere sind die

- / Kernräume von Zielarten*
- / Räume zur Vernetzung von Zielarten*
- / Räume klimasensitiver Zielarten und Biotopen zu beachten.*

Im Falle der Sicherung durch vertragliche Vereinbarungen ist eine Schutzqualität sicherzustellen, die der eines Naturschutzgebietes entspricht. Die Durchgängigkeit der Talzüge ist in Hinblick auf den Gewässerbiotopverbund zu sichern und zu entwickeln. (vgl. Anhang 5-I).

Auch unterhalb der Darstellungsschwelle des Regionalplans liegende naturschutzwürdige Bereiche sind als Naturschutzgebiete festzusetzen.

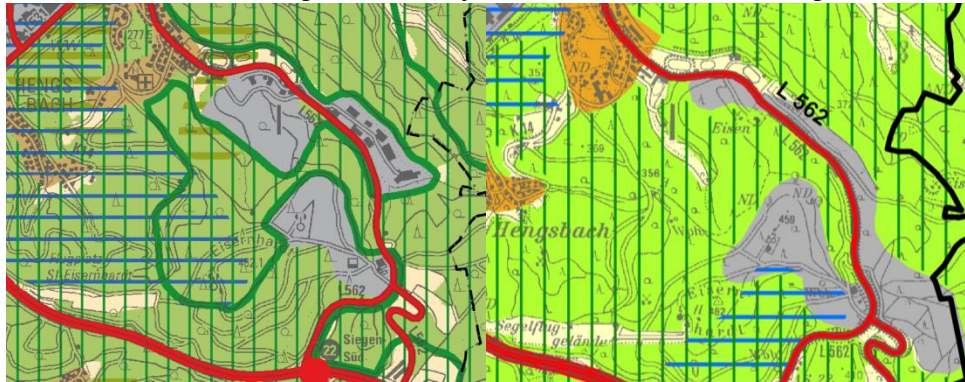
Bewertung / Kritik

Insgesamt werden im Stadtgebiet Siegen im Entwurf des Regionalplanes zehn BSN-Flächen dargestellt. Fünf dieser Flächen sind neu aufgenommen worden. Bei allen vorhandenen Bereichen wurden die Bezeichnungen geändert, bei einigen vorhandenen Bereichen wurden im Rahmen der zeichnerischen Darstellung zum Teil erhebliche Erweiterungen vorgenommen. Die BSN-Flächen stellen die Grundlage für die spätere Ausweisung von Naturschutzgebieten durch den Kreis Siegen-Wittgenstein dar. Dies müsste im Rahmen der Überarbeitung des Landschaftsplanes Siegen erfolgen.

Übersicht über die geänderten Bezeichnungen und die neu dargestellten BSN:

BSN-Ausweisung im rechtskräftigen Regionalplan	Neue BSN-Ausweisung
94 Feuchtwiesen Langenbachtal	139 Großes und Kleines Langenbachtal
95 Halde und Wälder am Haardter Berg	145 Siegen Schlackenhalde Monte Schlacko
96 Truppenübungsplatz Trupbach	136 Ehemaliger Truppenübungsplatz Trupbach
98 Schluchtwald am Kleff, Eiserfeld	165 Siegen Hirzhornberg bei Niederschelden
97 Breitenbachtal zwischen Kaan-Marienborn und Breitenbach	166 Weißbachtal mit Nebentälern
	137 Quellsiepen und Nebentäler des Heesbachtales
	138 Laubwälder und Siepen westlich Kreuztal und Geisweid
	142 Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg
	167 Grünland bei Siegen-Bürbach
	169 Waldgebiet bei Obersdorf

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – Bereich Martinshardt/Eisernhardt in Siegen, im Entwurf mit neuem BSN Nr. 160: „Waldgebiet bei Obersdorf“

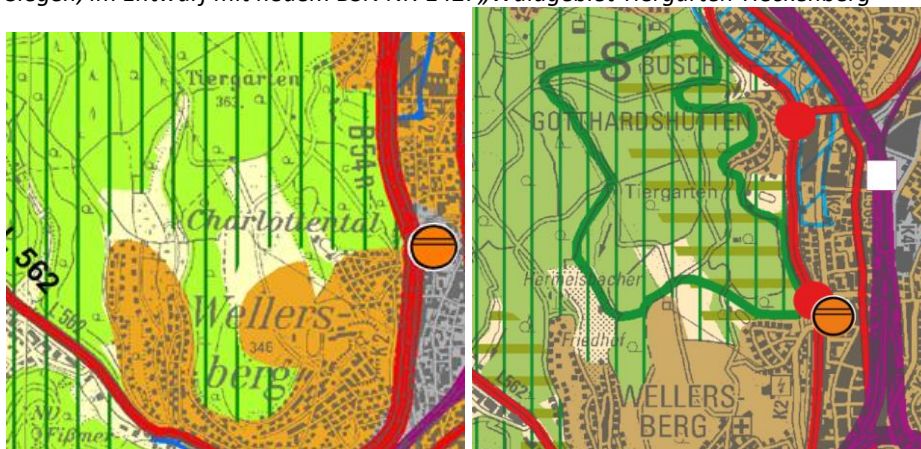


Detailbetrachtung:

Der neue BSN-Bereich Nr. 160 „Waldgebiet bei Obersdorf“ umfasst weite Waldareale im Leimbachtal und grenzt unmittelbar an die bestehenden Gewerbegebiete „Oberes Leimbachtal“, und „Martinshardt“ sowie an das geplante Gewerbegebiet „Martinshardt II“ an. Im Bereich des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ überlagert die BSN-Festlegung das geplante Regenrückhaltebecken. Als wesentlicher Grund der Ausweisung wird die Eignung der Wälder als Lebensraum für die Bechsteinfledermaus angegeben. Hierzu wird auf folgendes hingewiesen:

- Die Wälder im Leimbachtal werden momentan im Zuge der Borkenkäferkalamität großflächig abgeholzt. Damit gehen wesentliche Habitatstrukturen für die Bechsteinfledermaus verloren, sodass die Eignung der Wälder als BSN-Fläche fachlich zu hinterfragen ist.
- Die unmittelbare Nachbarschaft künftiger Naturschutzgebiete neben bestehenden und geplanten Gewerbegebieten ruft erhebliche Konflikte hinsichtlich vorhandener Lärm- und Lichtemissionen hervor, die möglicherweise zu Nutzungseinschränkungen der gewerblichen Nutzung führen können.
- Gleichzeitig mit der Abgrenzung der BSN Festlegungen wurde die GIB-Fläche Eisernhardt in ihrem Flächenzuschnitt verkleinert. Neben dieser Reduzierung ist die gewerblich industrielle Entwicklung innerhalb des Bereiches zusätzlich noch durch die direkt angrenzende BSN-Festlegung eingeschränkt. Dazu auch Pkt. 4.3

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – Bereich Wellersberg in Siegen, im Entwurf mit neuem BSN Nr. 142: „Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg“



Detailbetrachtung:

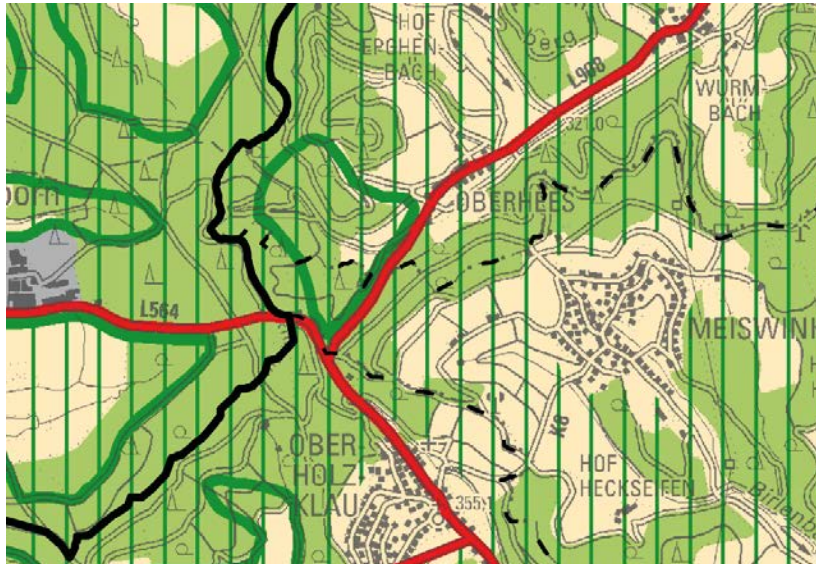
Die geplante BSN- und spätere Ausweisung eines Naturschutzgebietes umfasst weite Bereiche des Stadtwaldes „Weidenauer Tiergarten“, der eine große Bedeutung als Naherholungsgebiet für den Sied-

lungsbereich Weidenau / Siegen besitzt. Demnach darf die Ausweisung des BSN /perspektivisch des NSG der Naherholungsfunktion (z. B. Grillplatz) nicht entgegenstehen.

Große Bereiche des Tiergarten sollen im Rahmen der Ausgleichskonzeption für das geplante Gewerbegebiet Martinshardt II als Kompensationsfläche aus der Nutzung genommen und als Naturwaldfläche entwickelt werden. Beide Entwicklungsabsichten der Stadt Siegen dürfen nicht durch die BSN-Ausweisung gefährdet werden, ebenso nicht die geplante Ausweisung eines Wohngebietes im Bereich des ehemaligen Munitionsdepots und damit in unmittelbarer Nähe des BSN. Auch die forstliche Nutzung auf den übrigen Teilbereichen der BSN-Fläche darf durch die geplante Schutzausweisung nicht eingeschränkt werden. Hier erfolgt die Bewirtschaftung auf der Grundlage des gültigen Forsteinrichtungswerkes. Ebenso tangiert das BSN den Friedhofswald in der Hermelsbach, der jedoch weiterhin genutzt werden können muss.

Die Abgrenzung der BSN-Festlegung im Regionalplanentwurf ist zudem auf die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um auch den fachlichen Belangen Rechnung zu tragen. Konkret bedeutet dies, dass die nicht vom „Naturwald“ erfassten Bereiche, z. B. westlich der Panzerstraße oder die „Hundewiesen“, aus der BSN-Festlegung herausgenommen werden, da die naturfachlichen Gegebenheiten dies nicht rechtfertigen.

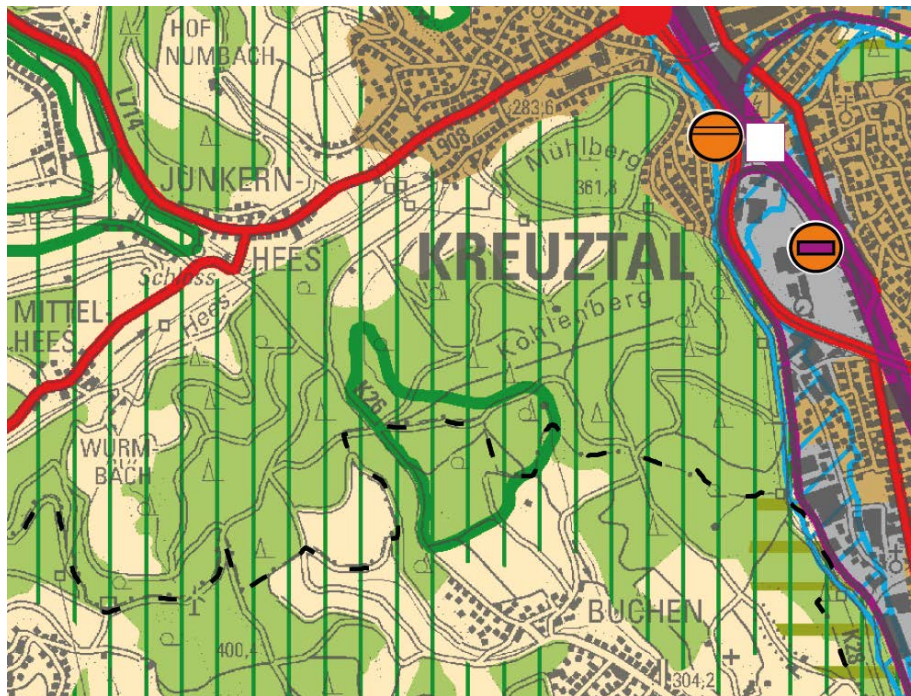
Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 137: „Quellsiepen und Nebentäler des Heesbachtals“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst Laubwaldbereiche im oberen Heestal an der nordwestlichen Grenze von Siegen nach Kreuztal hin. Da es sich dabei im Stadtgebiet Siegen ausschließlich um Wälder handelt, sind Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes nicht betroffen.

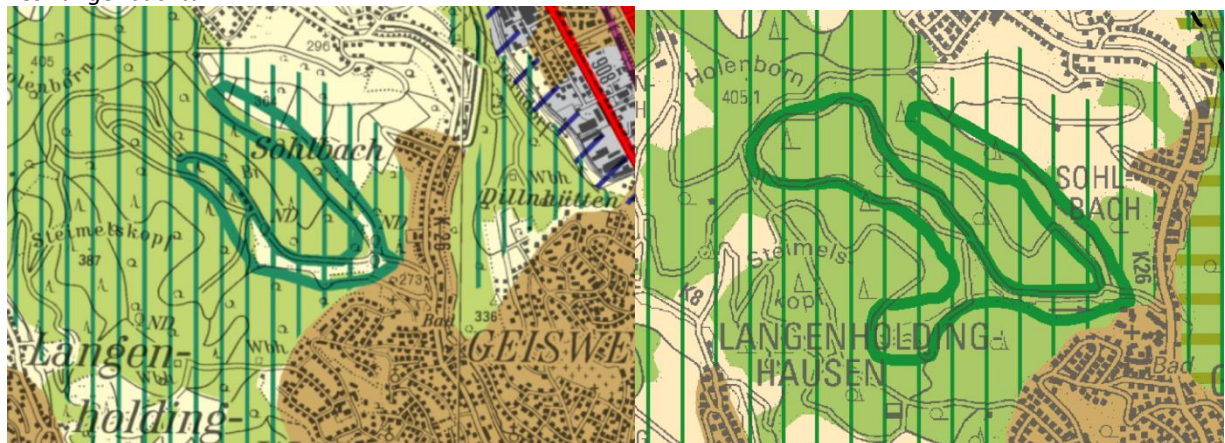
Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 138: „Laubwälder und Siepen westlich Kreuztal und Geisweid“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst Laubwaldbereiche an der nördlichen Grenze von Siegen nach Kreuztal hin. Da es sich dabei im Stadtgebiet Siegen ausschließlich um Wälder nördlich von Siegen-Buchen handelt, sind Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes nicht betroffen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 139: „Großes und Kleines Langenbachtal“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst ziemlich deckungsgleich das bestehende Naturschutzgebiet „Großes und Kleines Langenbachtal“. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.

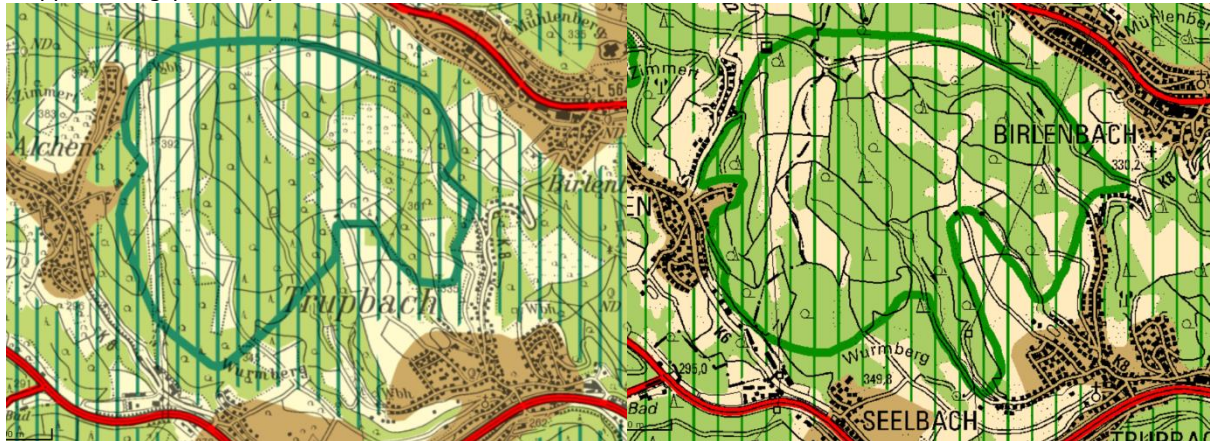
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 145: „Siegen Schlackenhalde Monte Schlacko“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst das bestehende Naturschutzgebiet „Schlackenhalde Monte Schlacko“, das nördlich angrenzende Haldengelände der Edelstahlwerke Südwestfalen sowie Waldbereiche in Richtung Niedersetzen. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen, ebenso wenig wie städtischer Grundbesitz. Der geplante BSN-Bereich grenzt allerdings unmittelbar an das vorhandene Wertstoffzentrum bzw. den ausgewiesenen GIB an und würde keine künftige Erweiterung nach Osten mehr zulassen, sondern vielmehr die Nutzungsmöglichkeiten des ausgewiesenen GIB gemäß der textlichen Festlegungen des Regionalplanentwurfs einschränken. Mit der Deponie Geisweid wurde eine überlagernde Festlegung getroffen, ebenso mit den Industrieanlagen der Edelstahlwerke östlich der Ferndorf (faktisches Industriegebiet) die Festlegung BSN getroffen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 136: „Ehemaliger Truppenübungsplatz Trupbach“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst die beiden Naturschutzgebiete auf dem Gelände des ehemaligen belgischen Truppenübungsplatzes (s. auch FFH-Schutzgebiet). Neu ist auf Siegener Stadtgebiet lediglich die Einbeziehung eines Laubwaldbereiches oberhalb des Wickersbacher Tales in Richtung Trupbach. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.

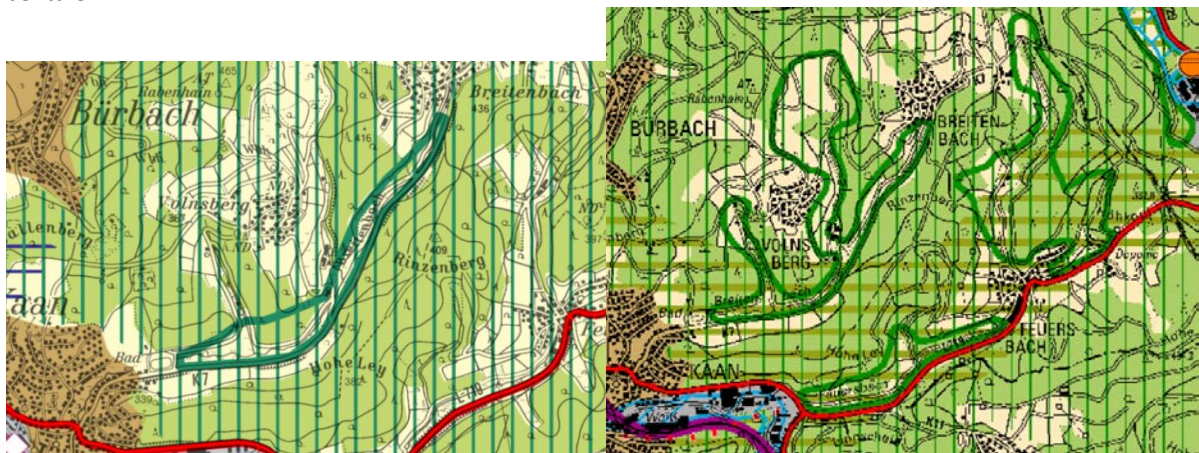
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 165: „Siegen Hirzhornberg bei Niederschelden“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst neben dem Naturschutzgebiet „Am Kleff“ die westlich angrenzenden Laubwaldbereiche, die z.T. städtische Forstfläche sind, sowie die rekultivierte Schlackenhalde der Charlottenhütte unterhalb der Birker Ley. Aus hiesiger fachlicher Sicht ist nicht nachvollziehbar, wie die rekultivierte Schlackenhalde Kriterien für die Ausweisung als BSN erfüllen kann. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.

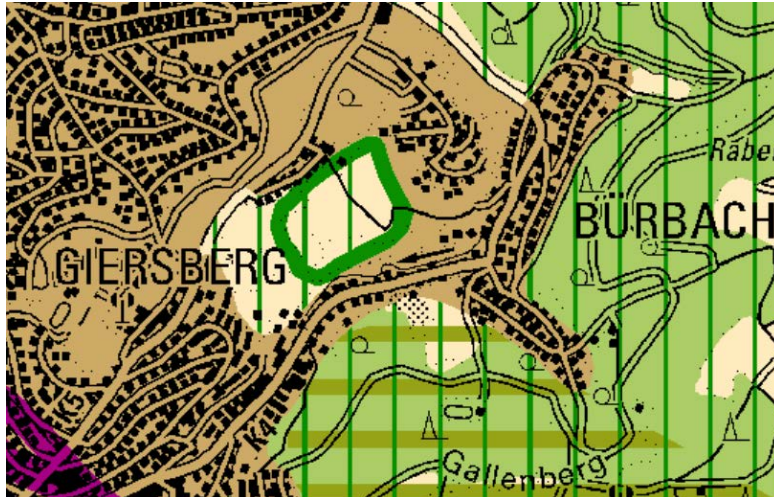
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 166: „Weißbachtal mit Nebentälern“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung erstreckt sich über die gesamte Länge des Breitenbachtales und der nördlichen Zuflüsse sowie über das obere und untere Feuersbachtal mit einem nördlichen Zufluss. Die Flächen im Breitenbachtal beinhalten das bestehende Naturschutzgebiet, zwei Geschützte Landschaftsbestandteile sowie arrondierende Landschaftseinheiten. Die Wiesen und Wälder im Bereich Feuersbach stehen bis auf zwei kleinere flächige Geschützte Landschaftsbestandteile bisher nicht unter Schutz. Die Potenzialfläche „Haselwiese“ aus dem Wohnbaulandkonzept der Stadt Siegen im Ortsteil Breitenbach wurde jedoch als BSN überplant. Die ausgewiesenen BSN reichen außerdem auch hier unmittelbar bis an besiedelte Bereiche im AFAB (Ortslagen von Breitenbach, Volnsberg und Feuersbach) heran.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 167: „Grünland bei Siegen-Bürbach“

**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung umfasst Magergrünland und Eichenwald am Siegener Giersberg direkt angrenzend an den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 355 „Bürbacher Giersberg“. Die Magergrünlandbereiche sind als §30 Biotop (BNatSchG) erfasst und z.T. in städtischem Besitz. Der Eichenwald ist städtische Forstfläche.

Eine Bebauung der Grünlandflächen ist vor Jahren gerichtlich versagt worden. Das städtische Wohnbaulandkonzept stuft die Wiesenbereiche als „unzureichend geeignet“ ein. Von hier ist aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar, warum die vom BSN-Bereich erfassten Waldflächen die Voraussetzungen für einen BSN-Bereich erfüllen können.

Gesamtbewertung / Kritik

In der zeichnerischen Darstellung sind BSN im Regionalplanentwurf häufig direkt bis an GIB und ASB oder Siedlungsbereiche im AFAB herangeplant. Im Bereich Breitenbach wird eine Konzeptfläche des Wohnbaulandkonzeptes überplant. Die textlichen Festlegungen wurden im Vergleich zum rechtskräftigen Regionalplan hinsichtlich des Beeinträchtigungsverbots von BSN durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen verschärft.

Insbesondere aufgrund der vorgegebenen Zielrichtung zur Konkretisierung der GIB ausschließlich für emittierende Industriegebiete ist ein direktes Angrenzen von BSN-Festlegungen mit perspektivischer Ausweisung als Naturschutzgebiet in noch aufzustellenden Landschaftsplänen nicht zielführend und es sind die Konflikte dahingehend vorprogrammiert, dass sich durch Industriebetriebe Auswirkungen auf die Naturschutzgebiete sowie generell die BSN ergeben werden. Die unmittelbare Nachbarschaft von BSN bzw. Naturschutzgebieten sowie bestehenden und geplanten Gewerbegebieten ruft beispielsweise erhebliche Konflikte hinsichtlich vorhandener Lärm- und Lichtemissionen hervor.

Auch durch die Entwicklung von ASB können angrenzende BSN beeinträchtigt werden. In der bauleitplanerischen Abwägung ist nach hiesigem Verständnis der Formulierung des Ziels 5.4-1 den BSN stets Vorrang einzuräumen. Das heißt, Abstände, die zur Bewältigung von Konflikten zwischen BSN und angrenzenden ASB bzw. GIB erforderlich sind, sind durch die Kommunen jeweils innerhalb der ausgewiesenen ASB bzw. GIB zu gewährleisten. Selbst eine gestaffelte Nutzung in den GIB (NSG, verträgliches Gewerbe, Industrie) wäre aufgrund der Vorgabe, dass die Bauleitplanung eine ausschließliche Nutzung als Industriegebiet regeln muss, gemäß dem Regionalplanentwurf nicht möglich.

Diese gravierende Einschränkung der kommunalen Planungshoheit auf Regionalplanebene muss auch im Kontext der ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen (Topografie, Artenschutz, Bergbau) bei der Entwicklung von Wirtschaftsstandorten und Siedlungsflächen bewertet werden. Durch letztere bereits bestehende Restriktionen reduziert sich das tatsächlich zu beplanende und zugestandene GIB- und ASB-Kontingent ohnehin schon jetzt. An dieser Stelle sei auch auf die Kritik an der neuen Siedlungsflächenbedarfsberechnung sowie auf die IHK-Studie „Vom Brutto zum Netto“ verwiesen.

Die Entwicklung von ASB und GIB, die in der Planungshoheit der Kommunen liegt, wird durch das Beeinträchtigungsverbot der BSN auf unzumutbare Weise eingeschränkt. Die zeichnerische Darstellung und Flächenbilanz der ASB und GIB entspricht somit nicht den Flächenkontingenten, die der Stadt Siegen de facto zur Verfügung stehen.

Im Übrigen wird im textlichen Ziel zusätzlich darauf hingewiesen, dass weitere schützenswerte Landschaftsbestandteile (Oberflächengewässer sowie zugehörige „Talzüge“) unterhalb der Darstellungsschwelle ebenfalls BSN seien. Diese textliche Darstellung soll die eigentlich erforderliche zeichnerische Darstellung ersetzen, die auf der Maßstabsebene des Regionalplans offenkundig nicht möglich ist. Auf Siegener Stadtgebiet betrifft dies gemäß Anhang 5-I der textlichen Festlegungen die Gewässer Ferndorfbach, Weiß, Alche und Sieg. Die allein textlichen Darstellungen sowie die Verwendung des nicht klar abgrenz- und beschreibbaren Begriffs der „Talzüge“ führen dazu, dass der räumliche Bezug des formulierten textlichen Ziels nebulös bleibt. Die restriktive Zielformulierung hätte jedoch Konsequenzen in Form deutlicher Restriktionen für sämtliche Bauleitplanverfahren, die die Stadt Siegen im Bereich der „Talzüge“ der genannten Gewässer durchführt.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die Flächenausweisungen der BSN so zurückzunehmen, dass zwischen GIB/ASB bzw. besiedelten Bereichen im AFAB und BSN jeweils ein Abstand verbleibt, der dazu ausreicht, Nutzungskonflikte zu bewältigen. Im Bereich der Wohnbaulandkonzeptfläche in Breitenbach ist die BSN-Ausweisung zurückzunehmen. Der notwendige Abstand zwischen BSN und GIB/ASB sollte nach fachlichen Kriterien ermittelt und so gewählt werden, dass die zeichnerisch dargestellten GIB und ASB vollumfänglich beplanbar sind. Da die Stadt Siegen in ihrer Flächenflexibilität trotz prognostizierter Überhänge durch die deutlich restriktiveren Bedarfsberechnungen über den Regionalplan ohnehin bereits deutlich in ihrer Planungshoheit eingeschränkt wird, ist eine weitere „versteckte“ Flächenrücknahme durch „heranrückende“ BSN nicht akzeptabel. Diese Vorgehensweise war nie Gegenstand der bisherigen Abstimmungen bzw. Werkstattgespräche und wurde somit nicht offen kommuniziert. Die nicht endabgewogene Flächenkonkurrenz wird als irreführend und damit nicht rechtmäßig angesehen und ist zu korrigieren bzw. hinsichtlich der Bestimmtheit konkret zu benennen. .

Die Stadt Siegen fordert darüber hinaus, die BSN-Festlegung im Bereich des Tiergartens (Nr. 142 Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg) in der zeichnerischen Darstellung entsprechend der naturfachlichen Gegebenheiten abzugrenzen und die BSN-Ausweisung der ehemaligen Schlackenhalde Charlottenhütte (Nr. 165) und der Forstflächen am Bürbacher Giersberg entsprechend der Detailbetrachtungen zurückzunehmen.

Außerdem fordert die Stadt Siegen, den Bezug auf die Oberflächengewässer und die „Talzüge“ aus ersatzlos aus den textlichen Festlegungen zu streichen. Damit würden sich die regionalplanerischen Regelungen auf die Maßstabsebene beschränken, in der zeichnerische Darstellungen möglich sind. Mit dem umfassenden Prüfkatalog des § 1 Abs. 6 BauGB ist den naturschutzfachlichen Belangen auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung vollumfänglich Genüge getan. Eine darüber hinausgehende Regelung des Regionalplans wird als überflüssiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit erachtet.

5.4-6 Grundsatz – Biotopvernetzung innerhalb der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

In den BSLE sollen die naturnahen Biotoptypen und extensiv genutzten Flächen vernetzt sowie eine reiche Ausstattung mit natürlichen Landschaftselementen gesichert und entwickelt werden.

Die BSLE sollen auch der funktionalen Einbindung und Vernetzung der BSN und der Sicherung notwendiger Pufferzonen zu diesen dienen.

Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die sich beeinträchtigend auf Flächen mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund auswirken können, sollen vermieden werden.

Bewertung / Kritik

Laut dem Grundsatz 5.4-6 sollen die BSLE als Pufferzone zu den BSN dienen. Häufig allerdings reichen die BSN, wie vorangegangen ausgeführt, bis unmittelbar an beispielsweise ASB und GIB, und damit an die Siedlungsbereiche, heran.

Die „Flächen mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund“ sind in der Erläuterungskarte 5B dargestellt, allerdings auf der gewählten Maßstabsebene räumlich kaum zu verorten.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Grundsatz im Regionalplanentwurf selbst umzusetzen und die zeichnerische Darstellung so auszulegen, dass erforderliche Puffer zwischen beispielsweise ASB und GIB als BSLE bzw. AFAB dargestellt werden. Hierzu wird auch auf die Stellungnahme zu den Zielen 5.4-1 und 5.4-2 verwiesen. Zur Darstellung des Biotopverbunds wird auf die Anregung / Forderung zu Grundsatz 5.1-5 verwiesen.

Zu 5.5: Wasser und Wasserwirtschaft

5.5-1 Ziel – Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz

Die BGG sind vor nachteiligen Auswirkungen auf die Wassergewinnung und die Wasserqualität zu schützen. Deshalb sind in diesen Bereichen insbesondere

/ raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben,

/ die Errichtung von wassergefährdenden Anlagen und

/ die Errichtung von Abfallentsorgungsanlagen auszuschließen.

Auch die nicht zeichnerisch als BGG festgelegten Einzugsgebiete von Wassergewinnungsanlagen und -entnahmestellen für die öffentliche Trinkwasserversorgung sind BGG (vgl. Erläuterungskarte 5G). In den aufgrund ihrer geologischen Struktur oder grundsätzlichen wasserwirtschaftlichen Bedeutung besonders gefährdeten Bereichen ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in besonderem Maße der Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen sicherzustellen. Bei der Überlagerung von Siedlungsraumfestlegungen sowie WEB mit BGG sind bei Planungen und Maßnahmen durch die Bauleitplanung und die Fachplanungen verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen. Bei der Überlagerung von BGG und BSAB hat die Wassergewinnung stets Vorrang vor dem Abbau von Bodenschätzen.

Dazu: Auszüge aus der zeichnerischen Darstellung

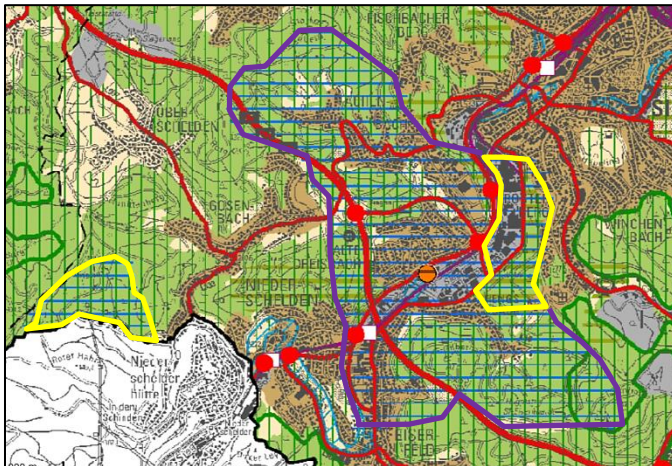
Bewertung / Kritik

In Bereichen, in denen die BGG ASB und GIB überlagern, ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielstellung der BGG-Festlegung vorliegt. Dazu wird u.a. auf die Wasserschutzgebietsverordnung hingewiesen. Hierzu ist festzustellen, dass solche Konflikte allein dann auftreten können, wenn die im Regionalplan als BGG definierten Flächen wesentlich großzügiger festgelegt werden, als die rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzzonen.

Für die Festsetzung der Wasserschutzzonen sind in NRW die Oberen Wasserbehörden zuständig, somit die Bezirksregierungen. Die rechtskräftigen und geplanten Wasserschutzzonen sind im Fachinformationssystem ELWAS-WEB dargestellt und wurden lt. Begründung zum Regionalplanentwurf, S. 79, auch aus ELWAS-WEB in den Regionalplanentwurf übernommen.

Bei Betrachtung der zeichnerischen Festlegungen für das Stadtgebiet Siegen fällt allerdings auf, dass die im Regionalplanentwurf enthaltenden BGG nicht den rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzzonen entsprechen, sondern deutlich darüber hinausgehen.

Der Regionalplanentwurf stellt folgende Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz im Stadtgebiet dar:



Legende:

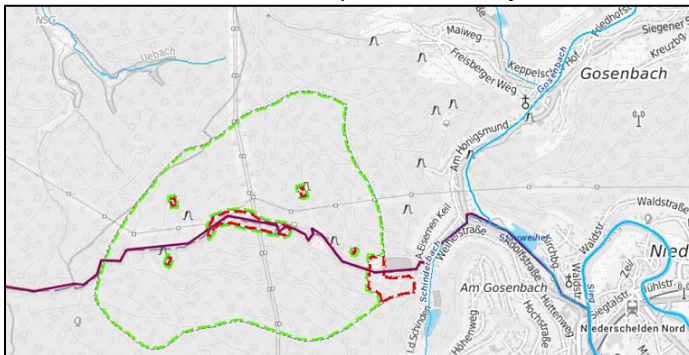
Gelbe Umgrenzungen:

geplante Trinkwasserschutzgebiete gem. ELWAS-Web

Lila Umgrenzung:

BGG-Festlegung im Regionalplanentwurf

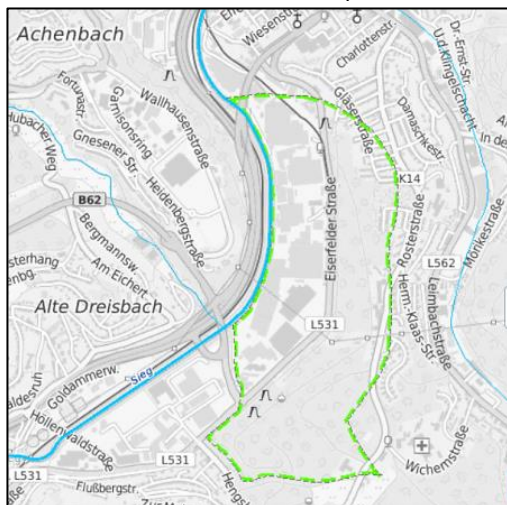
Ausschnitt aus ELWAS-WEB: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz Niederschelden



Detailbetrachtung:

Die vorgesehene Ausweisung des Bereiches für Grundwasserschutz Niederschelden am südwestlichen Stadtrand entspricht der bereits bekannten Abgrenzung des geplanten Trinkwasserschutzgebietes gemäß ELWAS-WEB.

Ausschnitt aus ELWAS-WEB: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz für die Grube Pützhorn Siegen

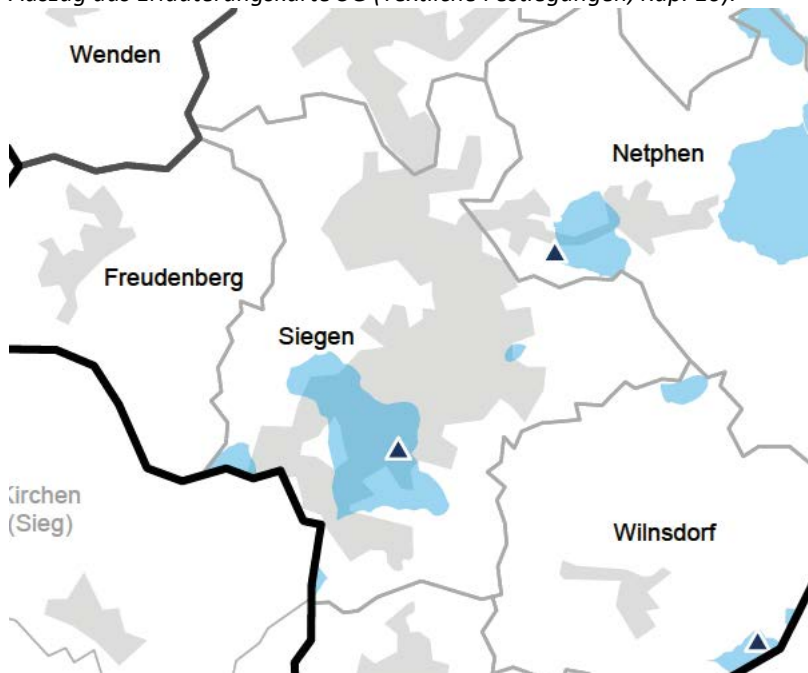


Detailbetrachtung:

Die vorgesehene Ausweisung des Bereiches für Grundwasserschutz für die Grube Pützhorn, Siegen-Hengsbach geht weit über die geplanten Abgrenzung eines Wasserschutzgebietes hinaus und umfasst

die Gemarkungen Achenbach, Dreisbach, Hengsbach bis hin zur Eisernhardt. (siehe Kartenauszug aus ELWAS WEB, 2021, oben gelb dargestellt). Der überwiegende Teil des Bereiches für Grundwasserschutz geht über das eigentliche Einzugsgebiet der Grube Pützhorn hinaus. Damit wäre in den o.g. Ortsteilen bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in besonderem Maße der Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen sicherzustellen. Bei Überlagerung mit neuen Bauflächen wären danach u.a. im Rahmen der Bauleitplanung verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen. Es ist hier nicht erkennbar, welche wasserwirtschaftlichen Gründe für die Ausweitung des Bereiches für Grundwasserschutz der Grube Pützhorn ausschlaggebend waren.

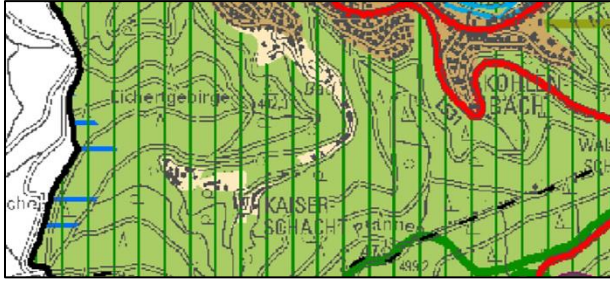
Auszug aus Erläuterungskarte 5G (Textliche Festlegungen, Kap. 10):



Detailbetrachtung:

Ein weiterer kleiner Teil im Bereich des Bürbacher Giersbergs, der in der Erläuterungskarte 5G als BGG dargestellt ist, ist weder in ELWAS-WEB noch in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs enthalten – die räumliche Verortung bleibt unklar. Die auf Siegener Stadtgebiet verzeichnete punktuelle Trinkwasserentnahmestelle ist räumlich ebenfalls nicht präzise zu verorten. Die in der Erläuterungskarte 5G dargestellten punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen bieten daher im Hinblick auf den Maßstab keinerlei Erkenntnisgewinn. Es handelt sich ganz offensichtlich nicht um raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen der Wasserwirtschaft – ebenso sind diese punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag nicht erwähnt. Auch aus den landesplanerischen Zielen ergibt sich keine Vorgabe für die Bezirksregierung Arnsberg, die punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen mit einer zeichnerischen Darstellung in der Erläuterungskarte sowie einer Zielfestlegung in den Blick zu nehmen. Im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag wird lediglich darauf hingewiesen, dass es öffentliche Trinkwassergewinnungsanlagen gibt, deren Einzugsgebiet derzeit nicht als Wasserschutzgebiete gesichert sind. Es wird darin jedoch kein regionalplanerischer Handlungsbedarf formuliert. Auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung findet die Trinkwasserversorgung im Rahmen des Prüfkatalogs des § 1 Abs. 6 BauGB dagegen stets und ohnehin Berücksichtigung, ebenso wie allgemein kleinräumliche Maßnahmen zum Schutz der Gewässer bzw. des Grundwassers vorzusehen sind.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz südwestlich Eiserfeld



Detailbetrachtung:

Westlich des Siedlungsbereichs Kaiserschacht, Eiserfeld (Kreuzzeichen) liegt ein Bereich für den Grundwasserschutz über die Stadtgrenze in das Stadtgebiet Siegen hinein. Dieser Bereich umfasste seinerzeit die Vorschlagsfläche 10 (Kreuzzeichen) für eine Windenergienutzung. Aktuell liegen konkrete Absichten zur Errichtung einiger Windkraftanlagen in diesem Bereich vor.

Anregung / Forderung

Bei Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung der BGG würde die kommunale Planungshoheit durch fachlich nicht belegte, jedoch in der Bauleitplanung zwingend zu beachtende Restriktionen des Grundwasser- und Gewässerschutzes unzulässig beeinträchtigt. Die Stadt Siegen fordert daher, die Festlegungen der BGG gemäß den in ELWAS-Web dargestellten geplanten und rechtskräftigen Trinkwasserschutzgebieten zu korrigieren und von der Zielfestlegung Abstand zu nehmen.

Da aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene keinerlei Regelungsbedarf bezüglich der punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen besteht, sind diese aus der Erläuterungskarte 5G sowie aus den entsprechenden Zielfestlegungen herauszunehmen. Ebenso sind textliche Festlegungen bezüglich weiterer Flächen für den Grundwasser- und Gewässerschutz unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans zu streichen – der planerische Umgang mit diesen kleinteiligen Strukturen soll der kommunalen Planungshoheit der Stadt Siegen überlassen bleiben.

Es wird weiterhin gefordert, auf die Ausweisung geplanter Trinkwasserschutzgebiete als BGG im Bereich der gewerblichen Bauflächen bzw. bestehenden Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe an der Marienhütte sowie im Bereich westlich Kaiserschacht zu verzichten, um die Bestandsnutzungen sowie die kommunale Windkraftplanung nicht zu gefährden.

5.5-3 Ziel – Überschwemmungsbereiche

*Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch als ÜSB festgelegten
 / festgesetzten Überschwemmungsgebiete,
 / vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete,
 / Gebiete mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit von Hochwasserereignissen (HQ100) und
 / **Preußischen Überschwemmungsgebiete**
 sind ÜSB (vgl. Erläuterungskarte 5H).*

Dazu: Auszüge aus der zeichnerischen Darstellung und Auszüge aus ELWAS-WEB zum Vergleich

Darstellung in den Überschwemmungskarten aus ELWAS-WEB:

Blau schraffiert: festgesetzte Überschwemmungsgebiete

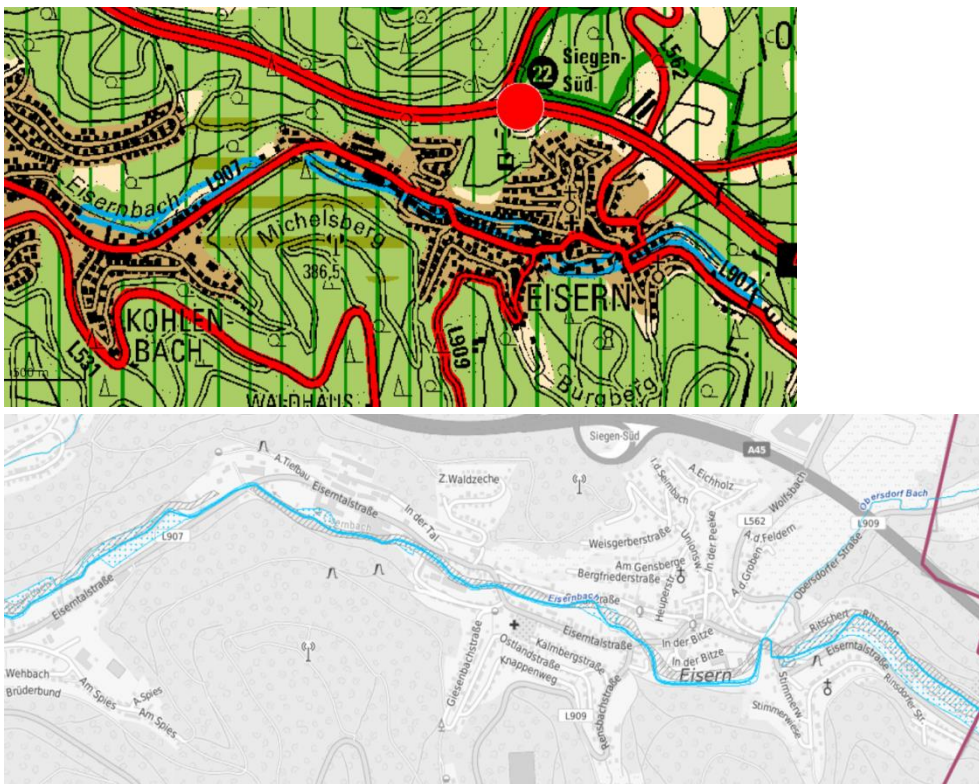
Gepunktet: vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete

Grau schraffiert: Überschwemmungsgebiete der preußischen Aufnahme

Ausschnitt Bereich Niederschelden/Eiserfeld



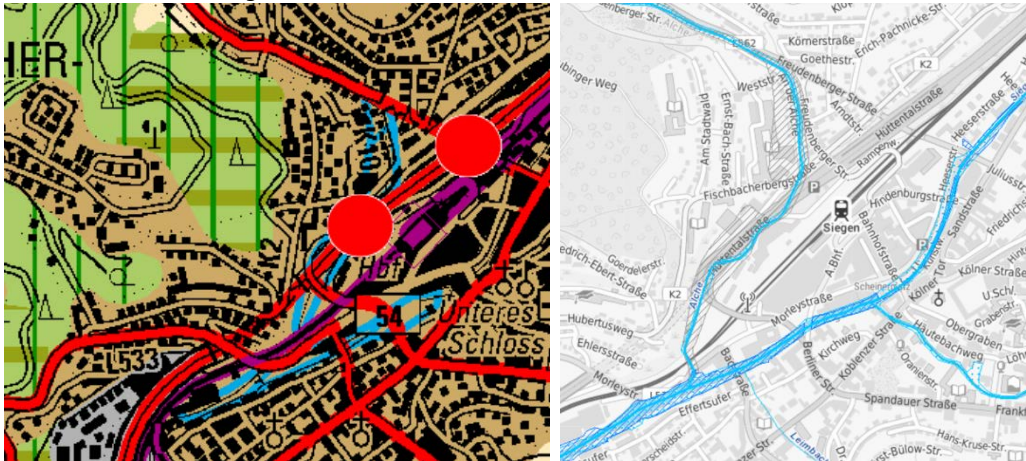
Ausschnitt Bereich Eisern



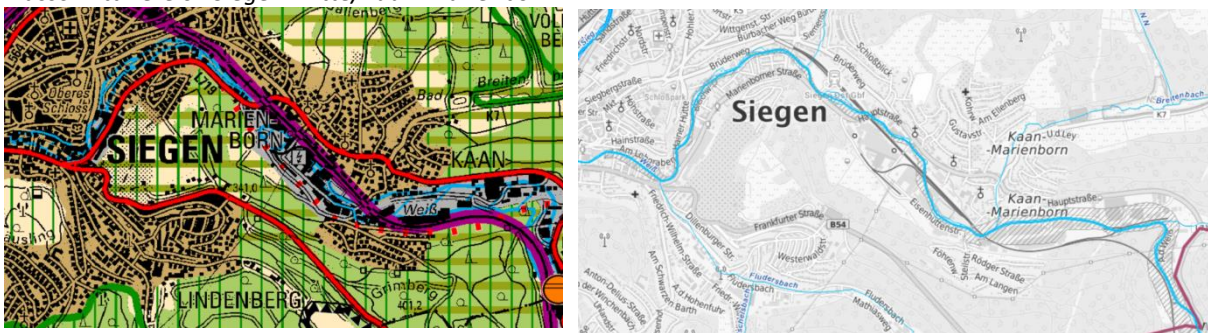
Ausschnitt Bereich Kläranlage Siegen



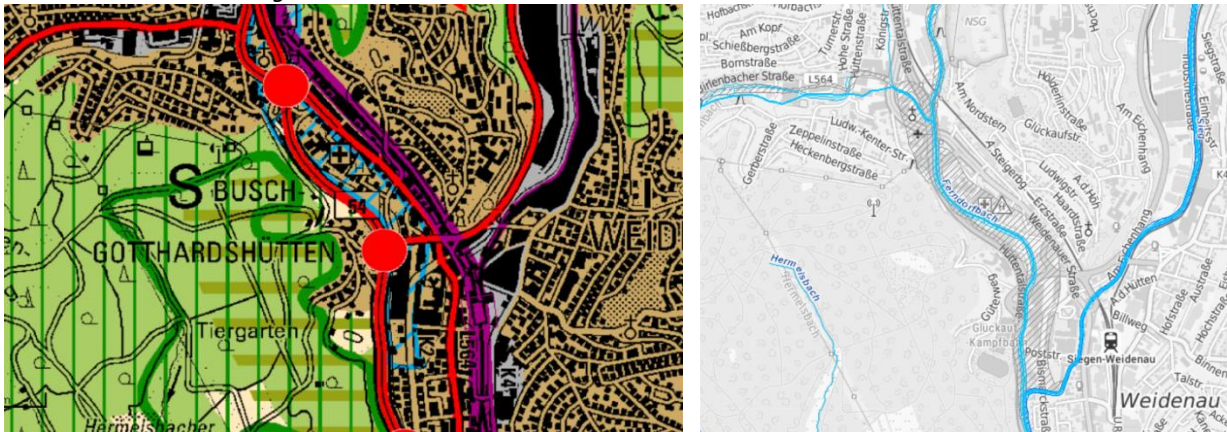
Ausschnitt Bereich Siegen-Mitte



Ausschnitt Bereich Siegen-Mitte/Kaan-Marienborn



Ausschnitt Bereich Buschgotthardshütten



Ausschnitt Bereich Geisweid



Bewertung / Kritik

Die Ausschnitte aus dem Fachinformationssystem ELWAS-WEB verdeutlichen, dass im Regionalplanentwurf nicht nur die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete als ÜSG festgelegt worden sind. Vielmehr wurden ebenfalls die Überschwemmungsgebiete der preußischen Aufnahme übernommen, auch in den Bereichen, in denen die Gewässer bereits hochwasserfrei ausgebaut sind. Dies führt dazu, dass ASB und GIB im Bereich der Ferndorf (Stadtgrenze Kreuztal bis Einmündung Sieg), der Sieg (Stadtgrenze Netphen bis Landesgrenze Rheinland-Pfalz), der hochwasserfrei ausgebauten Gewässer Alche und Weiß sowie verbreitet im weiteren Stadtgebiet überlagernd mit der Festlegung ÜSG belegt sind. Die Zielfestlegung des Regionalplanentwurfs bzw. die zeichnerische Darstellung von Überschwemmungsgebieten als Vorranggebiet hat die weitreichende Konsequenz, dass faktisch eine Sperre für die Bauleitplanung besteht, das heißt, neue Siedlungsentwicklungen innerhalb der ÜSG nicht zulässig sind.

Aus Sicht der Stadt Siegen und der für den Gewässerschutz zuständigen Entsorgungsbetriebe der Stadt Siegen ist fachlich nicht nachvollziehbar, warum gemäß dem wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag (S. 19) die preußischen Überschwemmungsgebiete eine geeignete Datengrundlage für die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten im Regionalplan darstellen, weil gerade diese veralteten Daten die in den letzten Jahren erfolgten hochwasserfreien Ausbauten der Gewässer unberücksichtigt lassen. Im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag wird diese These auch nicht näher begründet. In der Regionalplanbegründung selbst ist jedoch festgehalten, dass „zum Zeitpunkt der Erarbeitung der ÜSB-Kulisse die preußischen Überschwemmungsgebiete überprüft“ werden, dieser Prozess noch nicht abgeschlossen sei und im Sinne des Vorsorgegedankens auch diese ÜSB in Abstimmung mit der oberen Wasserbehörde festgelegt würden (Begründung, S. 80). Dies ist aus Sicht der Stadt Siegen keine fachliche Begründung für die Ausweisung von ÜSG.

Die Abgrenzung des punktuell festgelegten ÜSG im Bereich der Kläranlage Siegen ist fachlich aus den Daten von ELWAS-WEB nicht herleitbar – hierbei scheint es sich um einen kartografischen Fehler zu handeln, ansonsten wäre das ÜSG linear darzustellen gewesen oder auf eine Darstellung auf Grund des Maßstabs zu verzichten.

Analog zu den punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen wird auch hier in der Zielfestlegung wieder darauf hingewiesen, dass die Zielfestlegung auch für ÜSG anzuwenden ist, die sich auf Grund der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht zeichnerisch darstellen lassen.

Anregung / Forderung

Bei Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung der ÜSG würde die kommunale Planungshoheit durch Darstellungen, die auf den veralteten Daten der preußischen Überschwemmungsgebiete beruhen, unzulässig beeinträchtigt. Die rein „vorsorgliche“ Festlegung von ÜSG auf Basis noch zu prüfender bzw. in Bearbeitung befindlicher Darstellungen stellt einen erheblichen, nicht endabgewogenen und vollkommen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar.

Die Stadt Siegen fordert daher, in der zeichnerischen Darstellung die Festlegungen der ÜSG auf die festgesetzten und vorläufig gesicherten ÜSG zurückzunehmen und damit die planungsrechtlichen Konflikte, die auf dem Siegener Stadtgebiet durch die zahlreichen Überlagerungen von ASB und GIB mit ÜSG entstehen, zu minimieren. Die Erläuterungskarte 5H ist entsprechend anzupassen. Des Weiteren sind bei verbliebenen Überlagerungen zwischen ASB bzw. GIB und ÜSG die ASB bzw. GIB jeweils aus der zeichnerischen Darstellung herauszunehmen, weil in diesen überlagernden Bereichen für die kommunale Bauleitplanung keinerlei Möglichkeit zur Siedlungsentwicklung besteht und etwaige Flächenreserven nur so andernorts ausgewiesen werden können. Im Übrigen stellt die Überlagerung von ASB / GIB und ÜSG einen Zielkonflikt da und deutet darauf hin, dass die regionalplanerischen Festlegungen auch an dieser Stelle nicht endabgewogen sind.

Weiterhin besteht aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene keinerlei Regelungsbedarf bezüglich der Überschwemmungsgebiete, die in der zeichnerischen Darstellung auf Grund der Maßstabsebene nicht abbildbar sind. Auf Ebene der Bauleitplanung werden diese ÜSG im Rahmen der Ausübung der kommunalen Planungshoheit in fachlicher Abstimmung mit den entsprechenden Fachbehörden bereits aktuell hinreichend berücksichtigt.

Zu 6.1: Verkehr

6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem

Das Verkehrssystem soll die raum- und umweltverträgliche Mobilität von Menschen und Gütern gewährleisten. Dazu ist die Einbindung der Region – insbesondere der GIB – in das großräumige nationale sowie internationale Verkehrsnetz über alle Verkehrsträger sicher zu stellen.

Ihre innerregionale Erschließung soll so ausgestaltet werden, dass Mobilität und Leistungsaustausch zwischen den Orten – insbesondere zwischen den zASB – möglich ist. Die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes soll gesichert und entwickelt werden.

Im zukünftigen Verkehrssystem sollen insbesondere alternative Antriebstechnologien und Mobilitätsformen genutzt werden. Die Anteile der umweltverträglichen Verkehrsträger an der gesamten Verkehrsleistung sollen weiter gesteigert werden.

Anregung / Forderung

Den Ausführungen in der Erläuterung zu 6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem nach könnte sich der Grundsatz auch auf das Radverkehrsnetz beziehen. Zur Förderung des Umweltverbundes sollte dies aber auch aus dem Grundsatz selber direkt eindeutig ersichtlich werden und nicht erst aus dem Kontext der Erläuterung. Die Stadt Siegen fordert daher, in der Grundsatzformulierung klarzustellen, dass auch der Umweltverbund integrierter Teil des Regionalen Verkehrssystems ist.

Zu 6.2: Straßennetz

6.2-2 Ziel – Zukünftige Straßenbaumaßnahmen

Im Bereich der als Bedarfsplanmaßnahmen zeichnerisch festgelegten Trassen sind Planungen oder Maßnahmen, die eine spätere Konkretisierung der Planung oder den Bau unmöglich machen oder wesentlich erschweren, ausgeschlossen. Die zukünftigen Straßenbaumaßnahmen sind in Erläuterungskarte 6A abgebildet.

Bei der Überlagerung von Straßen für den vorwiegend großräumigen sowie vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, die im Regionalplan als Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung festgelegt sind, mit Regionalen Grünzügen bzw. mit BSN stehen diese der Umsetzung der Bedarfsplanmaßnahmen nicht entgegen.

Die Überlagerung von Straßen für den vorwiegend großräumigen sowie vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, die im Regionalplan als Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung festgelegt sind, mit den Siedlungsraumfestlegungen stehen diese der Umsetzung dieser nicht entgegen.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, neben den Bedarfsplanmaßnahmen im Regionalplan auch weitere Straßenbauprojekte an klassifizierten Straßen aufzuführen, auch, wenn sie bislang nicht Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans oder des Landesbedarfsplans NRW sind. Generell liegt der Planungshorizont des Regionalplans bei 2040, die des BVWP hingegen bei 2030. Daher ist es aus Sicht der Stadt Siegen erforderlich, auch über den BVWP und das Landesstraßenausbaugesetz hinausreichende Zielsetzungen im Regionalplan zu definieren. Die Anregung kann beispielsweise durch Formulierung eines weiteren Grundsatzes umgesetzt werden. Die Bedeutung dieser weiteren Projekte für die Stadt Siegen sowie für die Region würde damit unterstrichen. Aus Sicht der Stadt Siegen wären aufzuführen:

- AS Oberschelden/Seelbach an der BAB 45

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 6A:



Anregung / Forderung

Die Siegtalstraße ist falsch dargestellt. Die Dicke der Linie deutet auf eine Klassifizierung als Bundesstraße hin, die Siegtalstraße wird jedoch als L907 geführt und müsste daher eine dünnere Linie erhalten (wie die Eiserfelder Straße als L531). Die zeichnerische Darstellung sollte entsprechend korrigiert werden.

Zu 6.3: Verkehr

6.3-1 Grundsatz – Güterverkehr auf den Schienenstrecken

Die Bedienung des Güterverkehrs auf den Schienenstrecken des Planungsraums soll sichergestellt werden, die vorhandenen Einrichtungen des Güterverkehrs erhalten und bei Bedarf um neue Einrichtungenergänzt werden.

Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene soll gefördert werden, indem bei der Konkretisierung von GIB in kommunale Bauleitplanung die gewerblichen und industriellen Bauflächen an das im Umfeld vorhandene Schienennetz angebunden werden.

Anregung / Forderung

Der Grundsatz ist aus theoretischer verkehrsplanerischer bzw. umweltfachlicher Sicht zu begrüßen. Im topografisch bewegten Südwestfalen bzw. im Siegener Stadtgebiet ist eine direkte Anbindung der im Regionalplanentwurf ausgewiesenen und noch nicht mittels Bauleitplanung entwickelten GIB an den Schienenverkehr jedoch auf Grund der Topografie und des historisch gewachsenen Schienennetzes jedoch nicht möglich. Die Stadt Siegen regt daher an, den Grundsatz im Hinblick auf die Konkretisierung der GIB um die Anmerkung „sofern möglich“ zu erweitern.

Zu 6.4: Schienenpersonennahverkehr und straßengebundener ÖPNV

6.4-6 Grundsatz – Alternative Bedienungsformen des ÖPNV

Es sollen Konzepte für ein tragfähiges ÖPNV-Netz entwickelt werden. Bei der Planung und Ausgestaltung des ÖPNV-Netzes sollen insbesondere die Möglichkeiten alternativer Bedienungsformen berücksichtigt werden.

Anregung / Forderung

Im Gegensatz zu verdichteten Räumen stellen alternative Bedienungsformen des ÖPNV für Südwestfalen und auch für die Stadt Siegen mit einigen verdichteten, aber auch zahlreichen ländlichen Stadtteilen eine tragende Säule der Mobilität dar. Sie ergänzen das bestehende Hauptstreckennetz gerade in den ländlichen Bereichen. Die Stadt Siegen regt daher an, am Ende des Grundsatzes wie folgt zu ergänzen: „[...]“, um auch abseits der ÖPNV-Hauptstrecken eine qualitative ÖPNV-Anbindung anbieten zu können.“

Außerdem regt die Stadt Siegen an, in den Erläuterungen zum Grundsatz 6.4-6 Bezug auf weitere alternative Bedienungsformen zu nennen, beispielsweise Carsharing-Systeme wie das Dorfauto in Hilchenbach-Grund oder den bereits in den Erläuterungen zu Grundsatz 6.1-1 erwähnten autonom fahrenden Bus SAM in Drolshagen bzw. Lennestadt. Außerdem sollte erwähnt werden, dass das System der Bürgerbusse gerade für den ländlichen Raum von hoher Bedeutung ist.

Zu 6.5: Radverkehr

6.5-1 Grundsatz – Regionales Radwegenetz

Das bestehende Radwegenetz soll in seinem Bestand gesichert und zu einem regionalen Radwegenetz entwickelt werden. Dabei sollen neue Radwegeverbindungen und Lückenschlüsse interkommunal geplant und umgesetzt werden.

Eine Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln soll berücksichtigt werden. Das regionale Radwegenetz ist in Erläuterungskarte 6C abgebildet.

Dazu aus der Begründung S. 92:

MIV wird in ländlichen Regionen weiterhin den Mittelpunkt des Verkehrssystems bilden.

[...] Deshalb ist das bestehende Radwegenetz zu sichern und zu einem regionalen Radwegenetz zu entwickeln.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, im Sinne der Verkehrswende und des Grundgedankens der Förderung des Umweltverbundes den aus der Begründung zitierten Satz zu streichen. Außerdem sollte hinter „[...] zu entwickeln“ wie folgt ergänzt werden „und auszubauen“.

In die Erläuterungen zum Grundsatz 6.5-1 sollte die sich derzeit in Erarbeitung befindliche Machbarkeitsstudie für ein kreisweites Radverkehrsnetz im Kreis Siegen-Wittgenstein Eingang finden.

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 6C:



Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, die Mittelland-Route (D-Route 4), die das Siegener Stadtgebiet von Nordosten nach Südwesten durchläuft, ebenfalls als Radroute mit überregionaler touristischer Bedeutung darzustellen, nicht nur als regionalen Radweg nach Radwegenetz NRW. Zudem wird angeregt, die überregional touristisch bedeutsamen Themenradrouten in der Erläuterungskarte zu benennen.

Anregung / Forderung – Ergänzung des Teils 6.5:

Im Radwegenetz gibt es Projekte, für die neue Trassen vorgesehen sind und über das Bürgerradwegprogramm dem Landesbetrieb Straßen.NRW auch schon seit 2011 vorliegen. Aus Sicht der Stadt Siegen

sollten diese, ähnlich der Bedarfplanmaßnahmen im MIV-Bereich, aufgelistet werden. (vgl. Tab. 6.1, Seite 131).

Das betrifft im Stadtgebiet folgende Abschnitte:

- L907 zwischen Gosenbach und Oberschelden
- L564 zwischen Langenholdinghausen und Niederholzklaus (dieser befindet sich aktuell in der LP 1 zwischen der Stadt Freudenberg und Siegen in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW)
- L564 Langenholdinghausen
- K5 in Weidenau an der Giersbergstraße
- K7 zwischen Kaan und Volnsberg
- K7 zwischen Volnsberg und Breitenbach
- K8 zwischen Langenholdinghausen und Meiswinkel

Die Stadt Siegen regt an, hierzu einen eigenen Grundsatz zu formulieren und damit ein deutliches Signal für den Ausbau des städtischen und regionalen Radverkehrsnetzes zu setzen.

6.5-3 Grundsatz – Straßenbegleitende Radwege

Bei der Planung eines Neu- oder wesentlichen Umbaus von Straßen für den vorwiegend großräumigen oder überregionalen und regionalen Verkehr soll die Anlage straßenbegleitender Radwege vorgesehen werden.

Dazu aus der Begründung S. 93:

„Da die Anlage straßenbegleitender Radwege insbesondere im topografisch bewegten Planungsraum an bestehenden Straßen oft nur schwierig umsetzbar ist, soll der Radwegebau bei der Planung eines Neu- oder wesentlichen Umbaus mitgedacht werden.“

Bewertung / Kritik

Der in der Begründung zu Grundsatz 6.5-3 formulierte Ansatz ist aus Sicht der Stadt Siegen nicht zielgerichtet. Die derzeitige Formulierung widerspricht außerdem der Begründung auf S. 92 zu Grundsatz 6/5-1, in der erläutert wird, dass „das bestehende Radwegenetz zu einem regionalen Radwegenetz zu entwickeln“ ist und „interkommunal geplant und umgesetzt werden“ soll. Gerade in einem topografisch bewegten und ländlichen Raum wie Südwestfalen sind sichere Radwege längs der überörtlichen Verkehrswege unerlässlich, um den Radfahrerinnen und Radfahrern, deren Anzahl seit der Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs gerade auch auf diesen Verkehrswegen deutlich zugenommen hat, sicheres und komfortables Fahren zu ermöglichen und schwere Unfälle zu vermeiden. Zudem sollte der Hinweis darauf, dass die Anlage straßenbegleitender Radwege im topografisch bewegten Planungsraum an bestehenden Straßen oft nur schwierig umsetzbar sei, durch eine positive Formulierung ersetzt werden, etwa: „Auch für bestehende Straßen soll nach Möglichkeiten gesucht werden, straßenbegleitende Radwege zu realisieren.“

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Grundsatz in ein Ziel umzuwandeln und so auf eine stärkere Verpflichtung zur Anlage straßenbegleitender Radwege hinzuwirken, dies auch vor dem Hintergrund der Bürgerradwege, die der Landesbetrieb Straßen.NRW selbst in einem eigenen Programm fördert. Zudem sollte die Formulierung wie folgt ergänzt werden: „Die straßenbegleitenden Radwege sind möglichst störungsfrei und getrennt vom MIV zu führen.“

Zu 6.7: Abwasserentsorgung

6.7-1 Ziel – Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen

An den als Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen festgelegten Standorten sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die mit dieser Nutzung nicht vereinbar sind. Die Bauleitplanung hat unter Berücksichtigung des § 50 BImSchG sicherzustellen, dass die erforderlichen Mindestabstände zu immissionsempfindlichen Nutzungen eingehalten werden.

Anregung / Forderung

Die Kläranlage Siegen-Weidenau wird voraussichtlich 2024 an die Kläranlage Siegen angeschlossen. Die Umbauarbeiten auf der Kläranlage Siegen sind im Gange. Die Stadt Siegen fordert daher, dass die Außerbetriebnahme der Kläranlage Weidenau in den Regionalplan aufgenommen wird und festgelegt wird, das Ziel 6.7-1 nach Außerbetriebnahme auf den Kläranlagenstandort Weidenau keine Anwendung mehr findet.

Zu 8.1: Windenergie

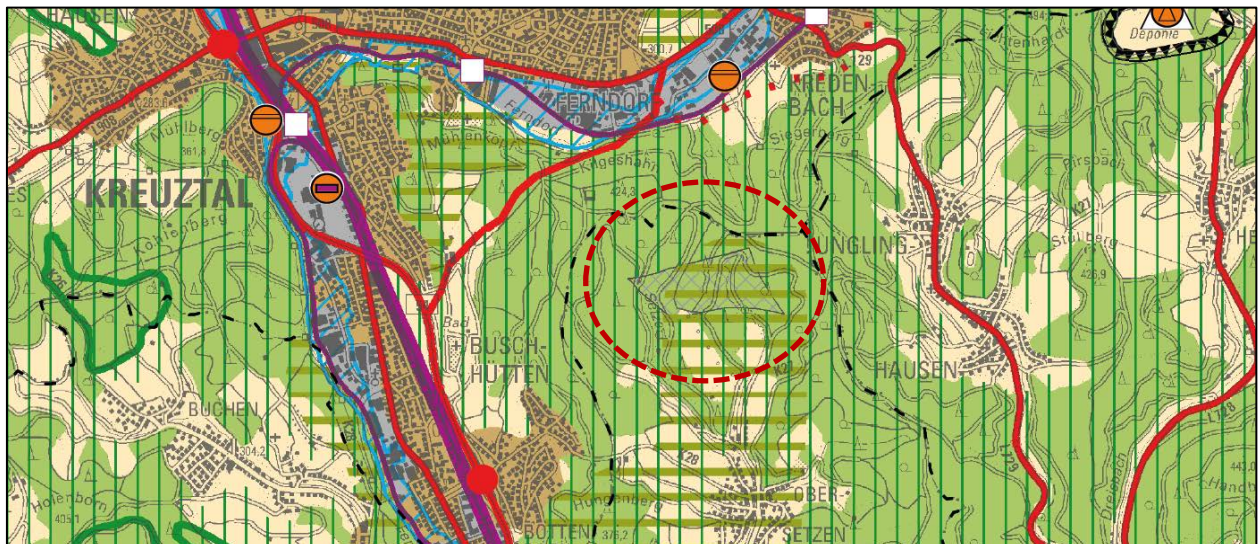
8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche

Innerhalb von WEB hat die Errichtung von Windenergieanlagen Vorrang vor allen anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen. Die WEB sind in Erläuterungskarte 8A abgebildet. Ausgenommen von dem Vorrang sind kleinteilige Flächen, die nach fachgesetzlichen Regelungen als Windenergieanlagenstandorte ausgeschlossen sind. Die WEB sind dabei auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung zu konkretisieren. Außerhalb der WEB können auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanungen weitere Flächen dargestellt bzw. Gebiete festgesetzt werden.

Zu 8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche

Die WEB sind Vorranggebiete im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG. Innerhalb dieser Gebiete sind alle räumlichen Planungen und Maßnahmen unzulässig, die der vorrangigen Nutzung entgegenstehen. Demnach darf im Flächennutzungsplan eine Windenergienutzung innerhalb der Vorranggebiete nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt sowohl für bestehende als auch für geplante Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan. Das mit der Vorranggebietsfestlegung verbundene Umsetzungserfordernis lässt den planenden Kommunen entsprechend des rahmensetzenden Charakters der Regionalplanung Konkretisierungsspielräume. So erfordert die lokale Planungsebene zum Teil eine detailliertere Auseinandersetzung mit verschiedenen Belangen als es im Planungsmaßstab des Regionalplans (1:50.000) möglich ist. Dies betrifft unter anderem Fragen des Artenschutzes oder auch des vorsorgenden Immissionsschutzes. [...]

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – WEB Obersetzen



Bewertung / Kritik

Vorranggebiete haben den Charakter von Zielen der Raumordnung und sind demnach von den nachgelagerten Planungsebenen zu beachten und als endabgewogen zu verstehen. Die WEB sind dabei auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung zu konkretisieren. Außerhalb der WEB können auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanungen weitere Flächen dargestellt bzw. Gebiete festgesetzt werden. Aber im Flächennutzungsplan darf eine Windenergienutzung innerhalb der Vorranggebiete des Regionalplanes nicht ausgeschlossen werden.

Für Siegen bedeutet dies:

Die Stadt Siegen hat mit der 28. Flächennutzungsplanänderung im Jahr 2001 drei Konzentrationszonen für Windenergieanlagen in den Stadtteilen Volnsberg, Meiswinkel, und Oberschelden ausgewiesen. Mit dieser Planung wird die Ausschlusswirkung gem. § 35 (3) Nr. 3 BauGB für alle weiteren Außenbereichsflächen innerhalb des Stadtgebietes erzielt.

Im Entwurf der nunmehr vorliegenden Neuaufstellung des Regionalplans ist innerhalb des Stadtgebietes Siegen ein Vorranggebiet für Windenergieanlagen als Ziel der Raumordnung und Landesplanung gemäß Nummer 8.1.1 der Begründung formuliert.

Dieses Gebiet liegt in der Gemarkung Obersetzen und entspricht in etwa der Lage der Fläche Nr. 1 Obersetzen in der begonnenen 85. FNP-Änderung. Das Verfahren zur Aufstellung der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes wurden bis zum Stand der frühzeitigen Beteiligung durchgeführt, ruht jedoch seit 2016. Damit ist die 28. FNP-Änderung weiterhin anzuwenden für alle Entscheidungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Windenergieanlagen, und sie erzielt Ausschlusswirkung für alle Flächen, die über die drei Konzentrationszonen hinausgehen.

Insofern verstößt die vorhandene Ausschlusswirkung der gemeindlichen Planung (28. Änderung) gegen das nunmehr in Festlegung befindliche landesplanerische Ziel, da aufgrund des vorliegenden Flächennutzungsplanes die im Regionalplan vorgesehene Fläche WEB 82 nicht mit Windenergieanlagen bebaut werden könnte.

Daraus folgt, dass die Anpassungspflicht gem. § 1 Abs. 4 BauGB in Verb. mit § 35 LPlG NRW (materielle Konkordanz der übergeordneten Landes- oder Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanung) ausgelöst wird.

Der Zielkonflikt kann planungsrechtlich nur ausgeräumt werden, wenn entweder die Stadt Siegen ein neues umfangreiches Flächennutzungsplanänderungsverfahren zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen unter Berücksichtigung der genannten landesplanerischen Vorgabe bzw. der geplanten Vorranggebiete durchführt, oder die bestehenden Ausweisungen durch ein gesondertes Verfahren aufhebt und somit auf die Ausschlusswirkung und kommunale Steuerungsmöglichkeit verzichtet und damit den gesamten Außenbereich gemäß § 35 BauGB für die Windenergienutzung freigibt. Über deren Zulässigkeit entscheidet dann der Kreis Siegen-Wittgenstein auf Grundlage der Vorgaben des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG)

Zur Fläche WEB 85

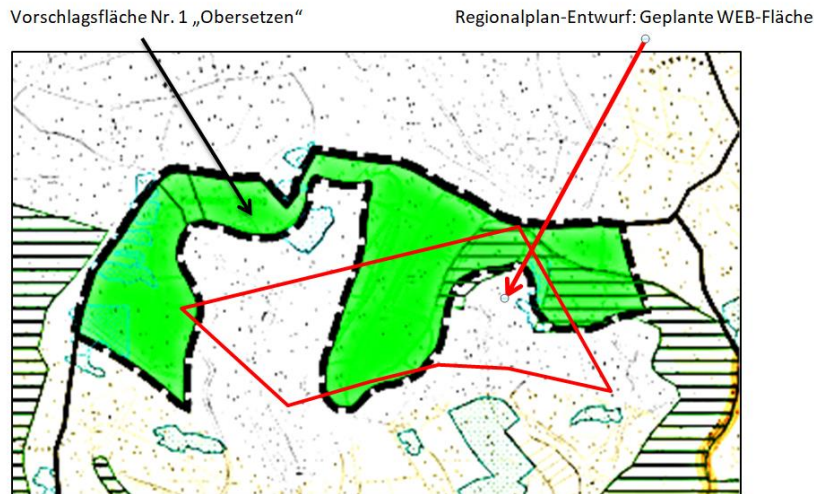
Für den Höhenzug nördlich der Ortslage Obersetzen wurden im Zuge der geplanten Ausweisung von Windkonzentrationszonen im Stadtgebiet (Konzept zur 85. Änderung des Flächennutzungsplanes) eine Vorschlagsfläche abgegrenzt. Diese umfasst ausschließlich die windexponierten Hang- und Kuppenlagen entlang der Stadtgrenze zu Kreuztal.

Zur Feststellung einer naturschutzrechtlichen Zulässigkeit der Vorschlagsfläche wurden umfangreiche Artenschutzuntersuchungen durchgeführt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass aus Artenschutzgründen keine zwingenden Gründe für eine Unzulässigkeit einer Konzentrationszone für die Windenergie-

nutzung vorliegen. Die von den Gutachtern gegebenen Hinweise auf notwendige Detailuntersuchungen wären im Rahmen nachfolgender Einzelgenehmigungsverfahren durchzuführen.

Daher wurde im FNP-Verfahren vorgeschlagen, die geplante Vorschlagsfläche (Nr. 1 Obersetzen) im Rahmen des FNP-Änderungsverfahrens weiter zu verfolgen.

Die nachstehende Überlagerung der geplanten WEB-Fläche des Regionalplanentwurfs mit der seinerzeit von der Stadt Siegen vorgenommenen Abgrenzung der Vorschlagsfläche Nr. 1 zeigt allerdings, dass die WEB-Fläche hiervon erheblich abweicht.



Die WEB-Fläche orientiert sich nicht an den vor Ort gegebenen topografischen Verhältnissen und umfasst auch die Tallagen des Setzebachtals. Diese sind für eine Windenergienutzung weitgehend ungeeignet. Außerdem rückt die WEB-Fläche näher an die Wohnbebauung von Obersetzen heran, was auch aus Immissionsschutzgründen problematisch zu bewerten ist. Anders als im Umweltbericht dargestellt befindet sich der Siedlungsbereich Obersetzen in einer Entfernung von nur rd. 750 m zum WEB und damit weniger als 1.000 m entfernt, trotz anders lautender Abgrenzungsmethodik gemäß Begründung, S.131 - Wahl eines Vorsorgeabstandes von 1.000 m zu Siedlungsflächen. Am Rande sei angemerkt, dass die Angaben im Flächensteckbrief zum WEB Obersetzen im Umweltbericht (S. 3370 ff.) unter Punkt 4 (Zusammenfassende Bewertung) missverständlich sind. Es sind demnach erhebliche Umweltauswirkungen für zwei Schutzgüter zu erwarten, thematisiert wird das Schutzgut Mensch („Für das Schutzgut Mensch, einschließlich menschliche Gesundheit sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen durch die Nähe zu Erholungswäldern der Stufe 1 im Umfeld der Stadt Siegen zu erwarten. Das Plangebiet ist mit Ausnahme des Südkorridors von derartigem Wald umgeben. Infolge der Errichtung von Windenergieanlagen kann es zu Störungen der Erholungsnutzung insbesondere durch Schallimmissionen in den Erholungswald hinein kommen.“). Die Tabelle in Pkt. 4 muss dahingehend angepasst werden.

Anregung / Forderung

Gemäß des geltenden LEP NRW mit dem „10.2-2 Grundsatz Vorranggebiete für die Windenergienutzung: In den Planungsregionen können Gebiete für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen festgelegt werden.“ sollte die Regionalplanbehörde auf die Zielformulierung 8.1-1 verzichten, um der kommunalen Bauleitplanung weiterhin die Planungshoheit zu überlassen. Damit können diese steuernd auf die Entwicklung der Windenergie in ihren Kommunen auf Basis und Auswertung der örtlichen Gegebenheiten Einfluss nehmen und die spezifischen örtlichen Aspekte in die Abwägung einstellen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten (das sind Gebiete, in denen bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist) könnte sowohl der regionalplanerischen Intension als auch der kommunalen Planungshoheit Rechnung getragen werden. Diese Festlegung entspräche eben-

falls der Untersuchungs- und Detailtiefe, die auf Regionalplanebene bezüglich der spezifischen örtlichen Gegebenheiten abgearbeitet werden kann.

Sollte die Regionalplanungsbehörde an der Festlegung der Vorranggebiete festhalten wollen und damit diese als rechtssicher im Hinblick auf die Vorgaben des LEPs in Verbindung mit den gesetzlichen Anforderungen an das Gegenstromprinzip und der Wahrung der kommunalen Planungshoheit erachten, ist eine Anpassung an die örtlichen Verhältnisse bzw. vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der städtischen Windkonzeptplanung und eine Anpassung an die derzeitigen bzw. geplanten gesetzlichen Regelungen im Rahmen der Länderöffnungsklausel (harter Tabubereich von 1.000 m um Siedlungsbereiche) zwingend notwendig.

Der Umweltbericht ist zu überarbeiten, Widersprüche sind zu korrigieren. Dem ist eine besondere Bedeutung beizumessen, da die Zusammenfassende Bewertung im Umweltbericht zu dem Schluss kommt, dass für das Schutzgut Mensch erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Im Gesamtresümee wird aber eine geringe bis mäßige Umweltauswirkung bescheinigt.

Wie willkürlich, unbegründet und von politischen Erwägungen getragen die Festlegung des gewählten Vorsorgeabstandes ist, zeigt, dass sich im Rahmen der hier vorliegenden Ausführungen keinesfalls an der Vorgabe des LEP mit „10.2-3 Grundsatz Abstand von Bereichen/Flächen für Windenergieanlagen Bei der planerischen Steuerung von Windenergieanlagen in Regionalplänen und in kommunalen Flächennutzungsplänen soll zu Allgemeinen Siedlungsbereichen und zu Wohnbauflächen den örtlichen Verhältnissen angemessen ein planerischer Vorsorgeabstand eingehalten werden; hierbei ist ein Abstand von 1500 Metern zu allgemeinen und reinen Wohngebieten vorzusehen.“ orientiert wird.

Zusätzliche Anregung: Regiopole Siegen

Am 10.06.2020 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen beschlossen, sich als Partnerin am Modellvorhaben des Bundes „Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland“ auf Grundlage des Zuwendungsbescheides der Bundesförderung „Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE/BMI)“ zu beteiligen.

Der Raumentwicklungsfunktion kleiner Großstädte in spezifischen Verflechtungsräumen wird im Zuge der bundespolitischen Raumagenda „Neuvermessung Deutschlands – Unser Plan für Deutschland“³ und der „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ eine besondere Bedeutung beigemessen. Die raumordnerische Relevanz von Regiopolen ergibt sich aus ihrer Funktion als Bindeglied zwischen Metropolen und ländlichem Raum. Gerade in den Regiopolen werden sowohl der Einfluss auf Siedlungsstrukturen und Siedlungsentwicklung (Entlastungsfunktion Metropolen), der Innenentwicklung von forschungsnahen Gewerbe- und Industrieansiedlungen (Fachkräfteentwicklung und Standortattraktivität) als auch die Ausbildung spezifischer Verkehrs-, Versorgungs-, Bildungs- und Energieinfrastrukturen (Sektorenkopplung) durch neue gesellschaftliche Entwicklungen, den Klimawandel, die fortschreitende Digitalisierung und sich ändernden Mobilitätskulturen der Menschen erkennbar.

Die Stadt Siegen entwickelt in dem o.g. Förderprogramm mit Laufzeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2022 ein spezifisches Regiopolekonzept für eine „Regiopolregion Siegen“ in Südwestfalen. Gegenstand sind u.a. die Analyse der regiopolitischen Ausstattungsmerkmale und Stadt-Umland-Verflechtungen entsprechend des Kriterienkatalogs, die Ableitung von Anforderungen an die Regiopolregion Siegen und die Erarbeitung der Grundlagen zur nachhaltigen Implementierung in die Regionalplanung. Die Regiopolregion soll dabei auch länderübergreifend (Lage Siegens im Dreiländereck) gedacht werden. Exemplarisch werden im Infrastrukturbereich „Bildung, Forschung & Entwicklung“ der Stadt Siegen die spezifischen Wissensinfrastrukturen als raumordnerische Bedeutung der Regiopolen herausgearbeitet. Das Forschungsprogramm dient als Instrument der EU-Kohäsionspolitik zur Umsetzung des Bundesprogramms „Regionen entwickeln“. Aus Sicht der Stadt Siegen wird daher bereits jetzt – zu Beginn der Konzepterarbeitung – eine Würdigung des Themas im Regionalplan als zielführend erachtet.

³ Vgl. [Unser Plan für Deutschland - Gleichwertige Lebensverhältnisse überall \(bund.de\)](https://www.bund.de)

Anregung / Forderung

Es wird angeregt, in den textlichen Festlegungen des Regionalplans die Raumkategorie der Regiopolen als zu den Metropolregionen gleichwertige Raumkategorie in ländlich geprägten Räumen im Regionalplan darzustellen und auf die Zielsetzung der Stadt Siegen hinzuweisen, ein Regionpolekonzept für eine „Regiopolregion Siegen“ in Südwestfalen zu entwickeln.